Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Ausgabe Nord

6. Januar 1977
Jg. 5 Nr. 1

Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Für die Redaktion verantwortlich: H.J. Hager – Erscheint im Verlag Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Sandhofer Straße 29, 6800 Mannheim – Gedruckt in Hamburg

Wochenzeitung 50 Pfg.
P 21903 C

An den richtigen Beschlüssen festhalten. Streiks vorbereiten.

In Norddeutschland und Westberlin sind durch die Tarifkommissionen der IGM jetzt alle Lohnforderungen erhoben worden. Neben dem Nordverbund ist auch für die niedersächsische Metallindustrie ein Mindestbetrag aufgestellt worden, der noch 2 DM unter den 125 DM des Nordverbundes liegt. Im Tarifbezirk Osnabrück sollen sich die Metallarbeiter für 9,5 % und die Streichung der 1,5er Lohngruppen einsetzen, während man in Westberlin 9 % und als „soziale Komponente" plus 2 % für die unteren Lohngruppen für ausreichend hält. Keine der Forderungen entspricht der Bewegung unter den Metallarbeitern.

Als einziges steht noch die Forderung der 93 000 VW-Arbeiter aus. Auf zwei VW-Tarifkommissionssitzungen wurde bereits über Art und Höhe der Forderung beraten. Beidesmal konnte keine Einigkeit erzielt werden. Endgültig soll die Forderung für die VW-Arbeiter nun Mitte Januar aufgestellt werden.

Im Ausblick auf das Jahr 1977 haben sich die neue Regierung der Bourgeois und Kapitalisten mit ihren Absichten geäußert. Schmücker, zum vorbildlichen Manager der Finanzbourgeoisie gekürt: „Wir streben eine etwas geringere Lohnaufbesserung an als die IGM allgemein." Sollen nach Willen der Bourgeoisie die Abschlüsse in der Metallindustrie die der Stahlindustrie nicht wesentlich überschreiten, so soll bei VW der Lohnabschluß noch etwas darunter bleiben. Groß ist die Konkurrenz für die westdeutschen Kapitalisten in der Werft-, Maschinenbau- oder Automobilindustrie. Um siegreich diesen Kampf zu überstehen, muß neues Kapital in die Schlacht geworfen werden. Die Metallarbeiter haben ihre Erfahrung mit den Kapitalisten wie mit der Ausplünderung durch den bürgerlichen Staat gemacht. Das drückt sich in Beschlüssen und Debatten über ausreichende Lohnforderungen aus. Schon 1976 gab es in den VW-Werken eine starke Bewegung für Festgeldforderungen, die die Tarifkommission zum Aufstellen einer Mindestforderung zwang und nur durch das Veto des IGM-Vorstands nicht öffentlich erhoben werden durfte. Noch stärker in diesem Jahr. Festgeldforderungen werden erhoben, weil der Gedanke an Streik verbreitet ist.

Während sich die Reihen der Arbeiter zusammenschließen, kommt immer deutlicher zum Ausdruck, wer wo steht. Gegen die Redner für Festgeldforderungen auf Betriebsversammlungen versuchte der Betriebsrat zu spalten. Die ÖTV hätte gelernt. Sie stellen in diesem Jahr Prozente auf, nachdem es im letzten Jahr nicht geklappt hat mit der Forderung von 135 DM. Im Betrieb gingen die SPD-ler des Betriebsrates daran, die Vertrauensleute der Fachabteilungen des Schnittbaus aus der einheitlichen Front gegen die VW-Kapitalisten herauszubrechen. Sie nahmen dafür die von ihrer Partei geschaffene „Steuerreform" zur Hilfe. Der Versuch schlug fehl. Es gelang nur, die Höhe der aufgestellten Festgeldforderung über die allgemein verbreitete Forderung von 180 DM auf 225 DM zu treiben.

In Salzgitter trat die Vertrauenskörperleitung auf der Betriebsversammlung überraschend mit einem Beschluß von 9,5 % und einem einheitlichen Geldbetrag für die unteren Lohngruppen auf. Er sollte Ergebnis einer Umfrage sein. Außer Mitgliedern der SPD-Betriebsgruppe wußte niemand davon. Beschlüsse wurden auf Abteilungen nicht gefaßt, darüber geredet hat man schon mal. So kommt man zu verbindlichen Beschlüssen und Umfragen, wenn man sich in einer SPD-Betriebsgruppe zusammengeschlossen hat.

In Hannover setzten sich die Sozialdemokraten für die Herstellung einer „einheitlichen Front" ein. Die Meister müssen auch dazu, deswegen 10 %. Das funktionierte nicht, weil zu auffällig. Umgehend waren die gleichen „Tarifexperten" für 250 DM Festgeld. Letztendlich gelang es ihnen auf einer zweiten, überraschend einberufenen Vertrauensleutevollversammlung eine Sockel- plus Prozentforderung gegen ein Viertel der Vertrauensleute durchzusetzen, die für Festgeld stimmten.

Man darf diesen „Tarifexperten", die sich mit Herz und Seele dem Reformismus verschrieben haben, keine freien Zügel lassen. In Wolfsburg hat eine Werkzeugmacherabteilung des Schnittbaus lieber gleich noch zusätzlich ihre Unterschriftensammlung für

(Fortsetzung Seite 2)



Bis zu 2 000 Menschen haben am Montag, den 3.1.77 in Bremen die Straßenbahnen und Busse blockiert. Der Grund: Der Bremer Senat hat ab 1.1.77 eine Straßenbahntariferhöhung in Kraft gesetzt, die im Durchschnitt 25 % Erhöhung, zum Teil bis zu 300 % mehr beträgt.

Die Polizei, die massiv in den umliegenden Seitenstraßen konzentriert war, traute sich nicht anzugreifen. 20 Betriebsräte, 22 Vertrauensleute und 12 Jugendvertreter haben unter anderen eine Zeitungsanzeige der Aktionseinheit unterzeichnet.

Rascher Wandel

„Uns allen auch etwas mehr Gelassenheit und ein fröhliches Herz", hat Schmidt zu Neujahr gewünscht, „damit wir die Herausforderungen gut bestehen können, die auch das neue Jahr für jeden einzelnen und für uns als Volk bereit hält." Dabei hat er wäßrig aus der Kiste geglotzt. Die Aufnahme stammte vom Vortag. Er selber war inzwischen schon in Spanien, wo er im Haus eines „ihm persönlich befreundeten Hamburger Reeders" Urlaub macht. Letztes Jahr war er in Griechenland. Auch bei einem „persönlich bekannten" Kapitalisten zu Gast.

Seit den Wahlen klingt der Macher etwas gedämpfter und macht bei Brandt Anleihen, schwätzt von Solidarität. Er hat die Ziele der Finanzbourgeoisie schlecht verkauft. Er wechselt die Masche. Er verkauft sie jetzt anders. Gedämpfter. Man soll nicht genau hinhören. „Man kann erschrecken vor den vielen Zeichen eines raschen Wandels in der Welt. Wir dürfen aber deshalb nicht versäumen, in diesen Prozeß des Wandels aktiv einzugreifen." Wer „kann" erschrecken? Die Finanzbourgeoisie. Die Arbeiterklasse hat keinen Grund zu erschrekken. Erstens hat sie nichts zu verlieren als ihre Ketten und eine Welt zu gewinnen. Zweitens sind die Zeichen des Wandels, die Schmidt erkennt, die gleichen, die Mao Tsetung bereits vor Jahren auf den Begriff gebracht hat: Die Haupttendenz in der Welt ist Revolution. „Aktiv eingreifen" heißt für Schmidt Vorbereitung der imperialistischen Intervention und des imperialistischen Krieges, Verschärfung der Reaktion, Vorbereitung der Konterrevolution. „Unser Land wird von anderen immer stärker zu mehr Verantwortung gedrängt." Zum Beispiel von den US-Imperialisten, Verantwortung in Zimbabwe oder im Kampf gegen die arabischen Völker zu übernehmen. Genügend Milliarden dort „arbeiten" haben die BRD-Imperialisten schon. Grund genug, „Verantwortung" zu übernehmen. Aber sie können nicht so recht. „Wir alle hatten geglaubt, daß es eines Tages nach der Überwindung der Weltwirtschaftskrise wieder so weitergehen würde wie vorher. Doch gerade in den letzten Monaten ist uns klar geworden, daß nichts wieder so sein wird wie vor 1974."

Wie sollte das auch gehen? Der Kapitalismus verfault vor sich hin, die Kapitalisten gehen der Arbeiterklasse ans Mark, um ihre Profite zu machen, und unter verschiedenen Stichworten wie „Rentensanierung" betreibt der imperialistische Staatsapparat ein systematisches Ausplünderungs- und Verelendungsprogramm. Aber sie kommen nicht durch mit ihren Plänen, wie sie wollen. Die Arbeiterbewegung duckt sich nicht, sondern kämpft und nimmt sich vor, passende Gegenschläge zu führen. Mit den „neuen Tönen" eines Heinz Oskar Vetter wird sie sich auch nicht abspeisen lassen. Natürlich wird es immer weniger so sein, wie vor 1974, und 1974 war schon vieles anders als 1964. In der ganzen Welt festigt sich der Zusammenschluß im Kampf gegen den Imperialismus. Die Völker der Dritten Welt sind die Hauptkraft, die internationale Arbeiterklasse führt diesen Kampf. Der Marxismus-Leninismus erstarkt. „Wir müssen verstehen", sagt Schmidt mit seinem wäßrigen Blick, „daß der rasche Wandel auch in der Bundesrepublik die bisherigen Maßstäbe politischen und wirtschaftlichen Handelns beeinflussen wird." Recht hat er. Die Finanzbourgeoisie wird den Druck verschärfen. Die Arbeiterklasse und die Volksmassen werden den Gegendruck verschärfen. Der Klassengegensatz schlägt um in offenen Klassenkampf. Immer mühsamer ist es für die Reformisten, diesen Kampf in ihren „Tarifrunden" zu bändigen. „Vorsichtigen und vorhersehenden Realismus" will Schmidt praktizieren. Mit anderen Worten: Er weiß, daß es immer schwieriger wird, die Massen zu betrügen und zu unterdrücken. Uns Revolutionären hat er wohl kein „fröhliches Herz" gewünscht. War unnötig. Es ist fröhlich.

US-Imperialisten wollen Terrainverlust im Libanon wieder wettmachen

Diktatorische Vollmachten für die Rabin-Regierung

Der Kolonialstaat Israel hat in der letzten Dezemberwoche große Truppenmanöver auf der Sinai-Halbinsel durchgeführt. So berichtete der Südwestfunk. In ihrem Herbstmanöver probten die zionistischen Truppen den Angriff auf Stellungen Ägyptens, Jordaniens und Syriens (Österreichische Militärische Zeitschrift 6/76). Fernsehen und Presse berichten jedoch groß über die Genfer Nahostkonferenz, welche die Nahostfrage einer friedlichen Lösung zuführen soll. Wie verträgt sich das? Der Kolonialstaat rüstet zu weiterer Aggression gegen das palästinensische Volk und die arabischen Staaten, der Blick der Weltöffentlichkeit soll davon abgelenkt werden.

Der Kolonialstaat ist von einer inneren Krise zerrissen und geschüttelt. Der revolutionäre Befreiungskampf des palästinensischen Volkes ist erstarkt, das Kräfteverhältnis im Nahen Osten hat sich weiter zu Ungunsten des Imperialismus und Hegemonismus und zugunsten der revolutionären arabischen Völker und Staaten der Dritten Welt verschoben.

Im Süden des Libanon sammeln sich die palästinensischen Massen. Von dort aus können sie den Kampf gegen den Zionistenstaat führen. Hochmütig hatten die Zionisten noch im Herbst erklärt, eine Rückkehr der Palästinenser in den Südlibanon, das „Al-Fatah-Land", würden sie nicht dulden.

Noch führen in verschiedenen Ortschaften die reaktionären Phalangisten Gefechte, um Terrain zu halten. Die Zionisten unterstützen sie mit Artilleriefeuer, „ab und an schießen die Israelis mit 15,5 cm-Geschützen herüber" (Welt, 30.12.). Die reaktionären Phalangisten, Kettenhunde des US-Imperialismus, fordern lauthals, daß die Palästinenser die schweren Waffen abliefern. Der PLO-Vorsitzende Arafat erklärt, „daß der palästinensische Widerstand im Südlibanon niemals seine schweren Waffen abgeben werde. ‚Wir brauchen diese Waffen im Kampf gegen Israel.' " (Süddeutsche Zeitung, 28.12.76)

In den Gefängnissen der Zionisten im Gazastreifen sind die palästinensischen Revolutionäre dieser Tage in den Hungerstreik getreten. Palästinensische Frauen haben im Gazastreifen zu ihrer Unterstützung demonstriert. (Süddeutsche Zeitung, 29.12.76)

In Westjordanien wollten die Zionisten die palästinensischen Massen spalten. Die palästinensischen Bürgermeister der drei wichtigsten Städte Hebron, Ramallah und Tulkarem sollten als „selbständige Vertretung" Westjordaniens Verhandlungen führen. Alle drei haben abgelehnt und ihre Unterstützung der PLO bekräftigt (Afrique/Asie, 27.12.76)

Wir erinnern uns, daß vor kurzem die Bourgeois juchzten, die PLO sei am Ende. Tatsächlich sieht sich die Kolonialmacht an jeder Stelle von einem geeint kämpfenden palästinensischen Volk angegriffen.

Die Besatzermacht ist der Verschärfung des nationalen Befreiungskampfes des palästinensischen Volkes nicht gewachsen. Präsident Ford hat dem US-amerikanischen Kongreß neue Wirtschafts- und Militärhilfe für Israel in Höhe von 1,5 Milliarden Dollar vorgeschlagen. (Le Monde, 25.12.76) Der Kolonialstaat muß gefechtsklar gemacht werden. Die Politik der Konterrevolution ist im Jahr 1976 überhaupt nicht aufgegangen.

Absicht von US-Imperialismus und Zionismus war, durch Angriffe der reaktionären Phalange im Libanon dem palästinensischen Volk eine empfindliche Niederlage zuzufügen und die PLO zu zerschlagen. Das ist gescheitert. Die PLO ist nicht zerschlagen. Sie hat die notwendigen Kampfrechte im Libanon verteidigt. Im Westjordanland hat sich eine Massenstreikbewegung gegen die Besatzer entwickelt. Die Absicht der Feinde war, die blutig geschlagenen und gedemütigten Palästinenser im Sudlibanon zusammenzupferchen, sie in die Zange zwischen Phalangisten und Zionisten zu treiben. Jetzt sieht sich der Zionistenstaat erneut mit dem bewaffneten palästinensischen Volk konfrontiert und muß sich gegen dessen revolutionäre Aktionen verteidigen. Noch vor gut mehr als einem Jahr

(Fortsetzung Seite 2)

US-Imperialisten wollen Terrainverlust im Libanon wieder wettmachen

(Fortsetzung von Seite 1)

erfreuten sich die Imperialisten am Libanon als „Schweiz des Nahen Ostens", prahlten die libanesischen Kompradoren, daß der Libanon zum „Abendland" gehöre. Der neue Ministerpräsident des Libanon Al-Hoss hat im Dezember 1976 in seiner Regierungserklärung erklärt, der Libanon sei „ein wesentlicher Teil der arabischen Welt. Al-Hoss bekannte sich zu den Grundsätzen der Arabischen Liga und bekräftigte seinen Glauben an die ‚palästinensische Sache'." (Süddeutsche Zeitung, 24./25.12.76)

Der US-Imperialismus wollte durch die Niederlage der Palästinenser und die Niederschlagung der libanesischen Massenbewegung Libanon zum festen imperialistischen Brückenkopf ausbauen. Heute stehen die Truppen der Arabischen Liga, vornehmlich Syriens, im Libanon und an der Grenze zu Israel. Im Oktoberkrieg 1973 konnten die Zionisten die Grenze zum Libanon entblößen und stellte diese eine offene Flanke für die arabischen Staaten, insbesondere Syrien, dar. Sie ist jetzt geschlossen, der Zionistenstaat ist von allen Seiten umstellt.

Über die politischen Fronten entscheiden die Klasseninteressen. Die arabischen Völker, die arabischen Staaten stehen in unversöhnlichem Widerspruch zu Imperialismus und Hegemonismus. Sie wollen nicht Ausbeutung und Plünderung, Unterjochung durch die Imperialisten, sondern nationale und soziale Befreiung.

Deshalb schließt sich die Front der arabischen Staaten gegen Imperialismus und Zionismus erneut zusammen. Vorübergehend haben Sozialimperialismus und US-Imperialismus, die gegen die arabischen Völker allemal gemeinsame Sache machen, einen Keil zwischen Ägypten und Syrien treiben können. Bitter waren für die Imperialisten die Erfahrungen aus dem Oktoberkrieg 1973, als das palästinensische Volk, die Armeen Ägyptens und Syriens gemeinsam gegen den zionistischen Aggressor kämpften. Am 22. Dezember haben Präsident Sadat von Ägypten und Präsident Assad von Syrien ein Gipfeltreffen durchgeführt und die Bildung einer „einheitlichen politischen Führung" beider Länder beschlossen mit der Absicht, auf eine Vereinigung beider Länder hinzuarbeiten.

Propagandatrommelfeuer, Spaltung und Intrigen, wirtschaftliche Erpressung haben die Imperialisten eingesetzt, um einen Beschluß der erdölproduzierenden Länder der OPEC über die Erhöhung der Erdölpreise zu verhindern. Sie haben den Beschluß nicht verhindert. Auch bei Saudi-Arabien, das die Ölpreise nur geringfügig erhöhen will, wittert die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" Böses. Saudi-Arabien werde bezüglich der besetzten Gebiete und Jerusalems Gegenleistungen verlangen.

Die revolutionären Anstrengungen der arabischen Nation konzentrieren sich auf den Besatzerstaat Israel. Er ist der Stützpunkt des Imperialismus in der arabischen Region.

Die Regierung des Zionistenstaates unter Rabin ist zurückgetreten. Die bürgerliche Presse fabuliert von Koalitionskrise. Sie will bloß vom Kern der Sache ablenken. Bis zu den Neuwahlen im Mai 1977 hat jetzt die Regierung Rabin diktatorische Vollmachten. Nach israelischem Gesetz kann in diesem Zeitraum das Kabinett alle Maßnahmen vollständig ohne das Parlament und gegen das Parlament beschließen. Aus der Regierung darf kein Minister zurücktreten. Der zentralisierte Einsatz der Staatsmacht wird so gesichert.

Die Siedlergesellschaft steckt in einer tiefen Wirtschaftskrise. Die Weizenernte ist um 17 Prozent gesunken, Industrie: „anhaltender Schrumpfungsprozess", Investitionen: „im dritten Jahr rückläufig". „Öffentliche als auch private Bauunternehmen befinden sich in finanziellen Schwierigkeiten, die bereits vereinzelt zu Zusammenbrüchen geführt haben". Die Auslandsverschuldung wird bis Ende 1977 auf 10,7 Mrd. US-Dollar steigen (Weltwirtschaft am Jahresende: Israel).

Die Zersetzung der Siedlergesellschaft entwickelt sich sprunghaft. Durch die Streikkämpfe der jüdischen Arbeiter tritt der Klassengegensatz hervor. Die Regierung Rabin plant die Zwangsschlichtung vor allen Streiks. Die Ideologie der Siedlergesellschaft, der Rassismus, ist mehr als brüchig. Nach einer israelischen Meinungsumfrage selber sind mehr als ein Drittel für Verhandlungen mit der PLO. Das ist Gift für die „Wehrfähigkeit", für die Unterjochung des palästinensischen Volkes.

Deshalb braucht die zionistische Bourgeoisie die Notstandsmaßnahmen. Da die Siedlergesellschaft nicht produziert, sondern ihre Existenz auf schierem Raub begründet ist, kann sie aus ihrer Wirtschaftskrise anders als durch einen neuerlichen Raubzug gegen die arabischen Völker und Brandschatzung gar nicht herauskommen.

Das ist eine Gesetzmässigkeit ihrer Existenz. Sie ist durch Erfahrung bewiesen. 1967 befand sich der Kolonialstaat gleichfalls in einer tiefen Wirtschaftskrise und antwortete mit dem „Blitzkrieg". Fast ohne Rohstoffe, ohne selbständige Wirtschaft ist Israel eine durchmilitarisierte Gesellschaft, die auf Raub aus ist, vom Raub lebt und einen Gutteil davon an die Imperialisten, seine Hintermänner, abführen muss. Am Beispiel des Handelsbilanzdefizits: es hat sich von 1955 mit 283 Millionen US-Dollar über 1965 mit 520 Millionen US-Dollar auf 1,3 Milliarden US-Dollar für die ersten neun Monate des Jahres 1976 vergrößert. Das zeigt zugleich, welche Reichtümer die Imperialisten aus palästinensischem Boden und palästinensischer Arbeitskraft ziehen.

Deshalb werden also gegenwärtig die Zionistentruppen gefechtsbereit gemacht, sind 35 Prozent des Staatshaushalts 1977 für das Militär vorgesehen. Die Zionisten sind auf einen neuen Aggressionskrieg aus und auf ihn angewiesen.

Das grosse Aufheben um die Vorbereitung der Genfer Konferenz kann nicht täuschen. Die Genfer Konferenz ist ein Nebenkampfplatz. Ihre Einberufung wird vor allem von der sozialimperialistischen Supermacht betrieben, die sich im Kampf um Hegemonie über den Nahen Osten im Nachteil sieht und sich über die Genfer Konferenz wieder verstärkt einschalten will. Der USA-Imperialismus tritt nicht offen gegen die Einberufung der Konferenz auf. Er läßt die Zionisten Bedingungen stellen, die eine Teilnahme der arabischen Staaten, die nur mit der PLO gemeinsam teilnehmen werden, unmöglich machen. Der Zionistenstaat braucht notwendig neue Expansion und bereitet den Überfall auf die arabischen Staaten vor. Das Friedensgesäusel von Rabin und den USA-Imperialisten soll das tarnen.

Die Zionisten mögen die Aggression wagen. Sie kann einen gesamtarabischen Befreiungskrieg auslösen. – (hjh)

Höhere Steuern und Preise zu Neujahr

Zu Neujahr sind eine ganze Reihe von Preis- und Steuererhöhungen in Kraft getreten oder sind angekündigt. Die Mieten werden nach Angaben des Deutschen Mieterbundes um 6 bis 8 Prozent in Sozialwohnungen und um 3 bis 5 Prozent in anderen Wohnungen steigen. Die Brauereikapitalisten haben den Bierpreis um 10 bis 20 Pfennig erhöht und werden weitere Erhöhungen vornehmen. Kaffee wird um weitere 10 Prozent teurer. Viele Krankenversicherungen haben die Beiträge angehoben. Benzin wird um einen Pfennig teurer, die Versicherungsprämien erhöhen sich ebenfalls, die Gebühren des TÜV erhöhen sich um durchschnittlich 7,8 Prozent. Rund 20 Prozent mehr an Branntwein- und Tabaksteuern will der Staatsapparat durch die bereits im Haushaltsstrukturgesetz beschlossenen Erhöhungen kassieren. Eine Flasche Schnaps ist um etwa eine DM teurer, Zigaretten kosten statt 2,30 DM nun 2,70 bis 2,85 DM. Über 14 Milliarden DM werden die Finanzämter allein aus diesen beiden Steuern einnehmen, um sie den Kapitalisten zuzuschieben.

Die Staatsbanken der Imperialisten stocken ihre Goldreserven auf

Ein Goldgeschenk von 1,35 Milliarden DM wollen sich die Imperialisten am 10. Januar aus den Banktresoren des Internationalen Währungsfonds (IWF) holen. Zur Abwicklung der Zahlungen zwischen Ländern mit verschiedener Währung hatten in den vergangenen Jahren alle Mitgliedsländer Gold in den Fonds einzahlen müssen. Vor einem Jahr nun haben die Imperialisten beschlossen, daß die Goldbestände des Fonds reduziert werden sollen. Zusätzlich zu den die Goldbestände des Fonds reduziert werden sollen. Zusätzlich zu den bisherigen Versteigerungen sollen jetzt 6,25 Millionen Feinunzen Gold direkt an die Staatsbanken zurückgegeben werden – allerdings nur an solche Länder mit „starker Währung" wie die USA, die BRD und Japan. Alle anderen gehen leer aus und müssen sich zum Beispiel an die westdeutsche Bundesbank wenden und dort Verkaufsbedingungen aushandeln. Der Fonds verkauft das Gold zum ehemals offiziellen Preis von 42,22 Dollar je Unze, der Marktpreis beträgt derzeit 134 Dollar.

An den richtigen Beschlüssen festhalten. Streiks vorbereiten.

(Fortsetzung von Seite 1)

180 DM zur Tarifkommission geschickt, obwohl der Vertrauenskörper die Festgeldforderung aufgestellt hat. Ebenso die Bereichsleiter des Akkordbereichs Nord, nachdem der IGM-Bevollmächtigte auf der Betriebsversammlung davon sprach, daß bisher aus diesem Bereich nichts für 180 DM vorliege.

Die Arbeiter in allen Bereichen der Metallindustrie gehen daran, die Konkurrenz untereinander, die durch Spaltung in Lohn- und Unterlohngruppen, durch „analytische Arbeitsplatzbewertungen" bis hin zur progressiv steigenden Lohntütenplünderung besteht, zu überwinden im Kampf gegen die Absichten der Kapitalistenklasse, das Lebensniveau der Arbeiterklasse weiter zu senken. Dabei hat die Arbeiterklasse große Fortschritte gemacht.

In solch einer Lage müssen Reformisten Manöver durchführen. Sie stützen sich dabei stets auf die Konkurrenz der Arbeiter untereinander. 9,6 % mindestens 125 DM sei ja nicht das Gelbe vom Ei, versuchte der Vertreter der sozialdemokratischen Verwaltungsstelle Bremen in der IGM die Vulkan-Arbeiter auszuspielen. Für die überwiegende Mehrheit bringt solch eine Forderung keinen Ausgleich für Inflation und das ganze Jahr lang betriebene Lohnsenkungen. Für einige aber schon, wird er sich gedacht haben. Auch wüßte er, daß die Mehrheit der Metallarbeiter im Nordverbund für Festgeld sei. Er sei ja selbst dafür, aber die Tarifkommission hat mehrheitlich beschlossen und Mehrheiten müsse man sich „beugen".

Wie kommen solche Mehrheiten zustande? „So ist es eben, jeder muß sehen, daß er sich so teuer wie möglich verkauft", lautet die Erfahrung der Reformisten. Vielfältig ist das Spektrum der Meinungen im Lohnkampf, sagen sie, und deshalb muß man Beschlüsse fassen, die allen gerecht werden und die gesamtwirtschaftliche Lage, wie auch die des eigenen Konzerns, worauf der sozialdemokratische Betriebsratsvorsitzende von VW stets besonders verweist, berücksichtigen.

Treiben die japanischen Kapitalisten den VW-Konzern, soll es, laut Sozialdemokraten, im Interesse der Arbeiter sein, zusammen mit Vorstandschef Schmücker zum Gegenangriff überzugehen.

Die gefaßten Mehrheitsbeschlüsse der Sozialdemokraten haben solche Gedanken zur Grundlage und nicht die des Zusammenschlusses der Arbeiterklasse gegen die Absichten der herrschenden Klasse, die Verelendung weiter voranzutreiben. Die Forderungen der Metallarbeiter nach Festgeldbeträgen von 1 DM pro Stunde oder in den VW-Werken nach 180 DM dagegen gehen vom Zusammenschluß aus. Als wenn die Arbeiter in den VW-Werken was anderes davon hätten, als erneute Steigerung der Ausbeutung, wenn VW von den Japanern Marktanteile an sich reißen würde. Wäre es nicht so, dann müßten sie unter dem „Manager des Jahres" Schmücker anstatt einen beständig schlechteren, einen beständig besseren Lebensstandard aufweisen können. Die Erfahrung, daß dem nicht so ist, hat die Arbeiterklasse auch ohne die jüngste Erfahrung aus den VW-Werken bereits öfters gemacht. Die Aufforderung, den Lohnkampf laufen zu lassen und sich zu beugen unter die sozialdemokratischen Mehrheiten, verlangt, diese Erfahrung beständig neu über sich ergehen zu lassen.

Der Sozialdemokrat Krenke hat auf der Vulkan-Werft dies von den Arbeitern gefordert. Daß die Metallarbeiter im Nordverbund mehrheitlich für Festgeld seien, hätte er nicht extra bestätigen brauchen. Ebenso sind es die Arbeiter in den VW-Werken und in den anderen Tarifbezirken der IGM. Drum muß an diesen richtigen Beschlüssen festgehalten werden, ohne Rücksicht auf solche Mehrheiten, wo „beugen" zu neuen Lohnraubabschlüssen führt. – (w. k.)

Die sowjetische Bourgeoisie kämpft um den Diamanten- und Goldmarkt

Lautstark dröhnen die russischen Sozialimperialisten in ihrer Propaganda, daß sie jede „Hilfe" zur Beseitigung des südafrikanischen Kolonialregimes leisten würden. Einige Beweggründe dafür haben zwei gescheiterte Spekulationsgeschäfte russischer Banken enthüllt. Es ging um Gold und Diamanten. Könnte sich die Sowjetunion an die Stelle des südafrikanischen Kolonialregimes setzen, so hätte sie das Weltmonopol auf dem Gold- und Diamantenmarkt. Im Kampf um die Marktanteile betreibt sie gewagte Finanzgeschäfte. Zum einen brachte sich die sowjetische Moscow Norodny Bank in London über Schweizer Nummernkonten in den Besitz südafrikanischer Goldminenaktien. Durch die Pleite ihres Geschäftspartners, des Börsenmaklers Chapman, Rowe kam die Sache ans Licht. Zum zweiten wollte sie groß am Diamantenmarkt einsteigen und finanzierte die hochgepäppelte Diamantenbörse in Frankfurt über die Ost-West-Handelsbank. Auch dieses Unternehmen ging nach 19 Monaten pleite, und die Bank verlor einige zig Millionen Dollar. Die Sozialimperialisten spielen hoch in ihrem Kampf gegen die imperialistischen Konkurrenten. (Nach: Handelsblatt, 30.12.76)

Seehäfen: Expansion auf dem Rücken der Hafenarbeiter

Kampf um Lohn- und Rahmentarife für die Häfen.

Hamburg. In den letzten Tagen berichteten die Zeitungen von der festen Absicht des Hamburger Senats, bei der Insel Scharhörn im Wattenmeer vor Cuxhaven einen neuen Tiefwasserhafen anzulegen, groß genug für die Öltanker und große Massengutschiffe, zB. Erzfrachter. Direkt bei dem geplanten Tiefwasserhafen soll Platz sein für Erdölraffinerien, Stahlwerke und ein Kraftwerk für die Energieversorgung der Kapitalisten. Damit kann die westdeutsche Finanzbourgeoisie ihre Stellung im imperialistischen Konkurrenzkampf verbessern, denn dieser Tiefwasserhafen würde die Kosten für ihre Waren und deren Transport weiter senken.

Die westdeutschen Seehäfen sind wichtige Kettenglieder für die Finanzbourgeoisie, für den Import von Rohstoffen und den Export von Fertigwaren. Den Ausbau und die Erweiterung der Häfen leitet sie direkt über ihren Staatsapparat, der auch die wichtigsten Hafenumschlaggesellschaften kontrolliert. Das Kapital für die Hafenanlagen zieht sie direkt aus der Plünderung der Volksmassen. Allein im Hamburger Haushaltsplan 1977 sind 121 Millionen DM für den Ausbau von Hafen- und Kaianlagen vorgesehen.

Das Finanzkapital und die einzelnen Hafenkapitalisten sind bestrebt, die Ausbeutung der Hafenarbeiter beständig zu steigern, die Profite zu erhöhen und ihre Konkurrenzfähigkeit zu verbessern. In den ersten 4 Monaten 1976 ist im Hamburger Hafen die Tonnenleistung insgesamt um 4,1 % hochgetrieben worden. Der Containerverkehr ist um fast 24 % gewachsen und der Sauggutumschlag (Getreide etc.) um 22 %. Dies alles bei sogar gesunkener Arbeiterzahl. Für die Hafenarbeiter bedeutet das: Gesteigerte Arbeitshetze, Schichtarbeit, Lohnsenkung und frühe Arbeitsunfähigkeit.

Häufig muß man zwischen 5.00 und 6.00 Uhr aus dem Haus und kommt erst zwischen 22.00 und 1.00 Uhr nach Hause. Die schweren Unfälle durch Übermüdung oder Nichteinhaltung der Sicherheitsbestimmungen aufgrund der Arbeitshetze nehmen zu. So wurde erst vor wenigen Wochen ein Arbeiter am Kali-Kai vor dem Erstikken unter Tonnen von Kali wieder ausgebuddelt. 15 Arbeiter wurden am Schuppen 73 durch Brandkalk verletzt, der ohne Schutz verladen wurde.

Die Einführung neuer Maschinerie bedeutet verstärkte Intensivierung der Arbeit und Senkung des Lohns: So wurde bei einer Kali-Firma (im Besitz der BASF) für 4 Millionen DM ein neuer Greifer angeschafft, der 6 t statt bisher 4 t faßt und um 30 % schneller ist. Die Umschlagsleistung pro Arbeiter verdoppelte sich dadurch und Arbeitskraft wurde freigesetzt. Begleitet wurde die Einführung des Greifers durch die Senkung der Akkordprämien von 0,80 DM je geleerter Kali-Waggon auf 0,36 DM.

In dieser Lage hat die ÖTV-Bundestarifkommission Seehäfen für die neuen Lohn- und Rahmentarifverträge die Forderungen aufgestellt. Sie fordert 8,5 % mehr Lohn. Wichtige Forderungen der Hafenarbeiter zum Rahmentarif wurden nur verstümmelt oder überhaupt nicht aufgenommen:

Die Forderung nach der 5-Tage-Woche mit 37,5 Stunden, die auf der letzten Mai-Demonstration in Hamburg von den Arbeitern des Gesamthafenbetriebes mitgetragen wurde, tauchte in der Form „3 Samstage in 4 Wochen frei" auf. Damit wird nicht generell gegen die Wochenendarbeit aufgetreten

Die Forderung nach Verbot der Überstunden wurde von der ÖTV-Tarifkommission gemacht zur „Reduzierung der Überstundenverpflichtung bei einer Schiffsabfertigung von 3 auf 2 Stunden".

Die Abschaffung der beim letzten Lohnabschluß neu eingeführten Lohngruppe 2, die um 3,98 DM pro Schicht unter dem bisherigen Grundlohn liegt und spaltend wirkt, taucht bei den ÖTV-Forderungen gar nicht auf.

Die Grundlöhne der 1. Werktagsschicht sind seit 1969 weit unter die durchschnittlichen monatlichen Löhne gesenkt worden. Mit dem Grundlohn von ca. 1200 DM netto bei Normalarbeitszeit von 5 – 6 Schichten ist keine Familie mehr zu ernähren. Die meisten müssen 7 oder 8 Schichten machen. Wenn aber die Arbeit sehr schwer ist oder das Wetter kaum zum Aushalten und deshalb keiner an den Arbeitstag eine weitere Schicht dranhängen will, dann erzwingen die Kapitalisten aufgrund §3 des Rahmentarifvertrages die Überstunden. Bis zu drei Stunden Überarbeit muß man leisten, wenn das Schiff fertig werden soll.

Für die Kapitalisten waren diese verstümmelten Forderungen geradezu eine Einladung zum Lohnraubabschluß. Entsprechend war ihr Angebot: 5,5 % Erhöhung auf den Grundlohn, Schichtzuschläge werden nicht erhöht, über Abbau der Mehrarbeitsverpflichtung und Samstagsarbeit wird nicht gesprochen.

Im Dezember haben die Arbeiter der staatlichen Hamburger Hafen- und Lagerhaus AG HHLA darauf mit einem halbstündigen Streik gegen das Angebot der Kapitalisten geantwortet. – (j.o.,Hamburg /Red.)

Kommunistische Volkszeitung – Ausgabe Nord – Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Für die Redaktion verantwortlich: H.J. Hager – Erscheint im Verlag Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Postfach 5129, Sandhofer Straße 29, 6800 Mannheim, Telefon 0621 / 75 20 15 – Gedruckt in Hamburg – Redaktion: Hindenburgstraße 15, 3000 Hannover, Telefon: 0511 / 81 40 45 – Zu bestellen über Buchvertrieb Hager GmbH, Postfach 5129, Sandhofer Straße 29 6800 Mannheim – Jahresabonement incl. Porto: 36 DM – Gesamtauflage der Kommunistischen Volkszeitung Nr. 1 / 1977: 32 000

Der Prediger Carter führt den Dolch unter der Kutte

Die Koreapolitik der USA-Imperialisten bleibt aggressiv, von Entspannung keine Rede

Jimmy Carter hat um Weihnachten erklärt, er wolle die US-Besatzertruppen aus Südkorea „sehr langsam und sehr methodisch" (Süddeutsche Zeitung, 26.12.76) zurückziehen. Diese Erklärung Carters ist ein sicheres Zeichen für die Verschärfung der Klassenwidersprüche in den USA selber. Carter versucht, die Abscheu der Massen gegen die imperialistischen Umtriebe der Supermacht zu beschwichtigen. Ist Carters Erklärung ein Zeichen für Entspannung?

„US-Konjunkturforscher planen den Aufschwung", meldet das „Handelsblatt" am 30.12. Die imperialistische Bourgeoisie zieht ihre Kraft aus der ungeheuren Ausbeutung der amerikanischen Arbeiterklasse. Diese aber hat im Jahr 1976 mit ausgedehnten und hartnäckigen Streikkämpfen den Klassenkampf vorangetrieben.

Die neue Carter-Administration muß mit der weiteren Verschärfung der Klassenwidersprüche rechnen. Sie kann nicht hoffen, die Massen in einen Begeisterungstaumel für ihre Aggressionspolitik hineinzureißen.

Noch jetzt hat die imperialistische Bourgeoisie schwer an den ideologischen und politischen Wunden zu würgen, die der heldenmütige Kampf des vietnamesischen Volkes in die Phalanx imperialistischer Ideologie gerissen hat. Der scheidende Präsident Ford und der neue Präsident Carter brüten grad an einem Plan der Begnadigung jener 100 000 US-Soldaten und Wehrpflichtigen, die die Desertation dem Dienst in der US-Aggressionsarmee in Vietnam vorgezogen haben.

Bedeutet es also tatsächlich Rückzugsabsichten, wenn jetzt Carter von Truppenrückzug oder Verminderung spricht?

Carter hat seine Regierungsbildung jetzt abgeschlossen und tritt am 20. Januar die Präsidentschaft an. Daß er von Entspannung und Rückzug redet, ist blanke Demagogie. In Wahrheit wird Aufrüstung betrieben. Die Koreapolitik der USA-Imperialisten beweist das schlagend.

42 000 Mann Besatzungstruppen haben die USA-Imperialisten im Süden Koreas stationiert. Diese 42 000 bilden den bewaffneten Garanten für die zügellose Ausbeutung der Volksmassen durch den USA-Imperialismus. Das Park-Regime, das den Statthalter für die USA-Imperialisten spielt, ist völlig morsch. Einen Truppenabzug würde dieses Kompradorenregime kaum einige Tage überdauern.

Es muß aber gehalten werden. Jetzt hat es einen „Langzeitplan für den ausländischen Kapitalimport" 1977 bis 1981 entworfen. Danach soll sich das ausländische Kapital im Land auf 10,1 Milliarden US-Dollar belaufen. Der US-amerikanische, japanische, der BRD-Imperialismus halten sich Südkorea als Werkbank zur Zwischenverarbeitung. Anerkennend berichtet der „Spiegel": „In einem mittelgroßen Werk nahe der Hauptstadt sitzen in einer Baracke etwa 400 Mädchen. Sie schneidern Hosen für den westdeutschen Markt und arbeiten dafür 10 Stunden am Tag, sieben die Woche. Nur jeder zweite Sonntag ist frei, Urlaub gibt es überhaupt nicht. Der Lohn für die Fron: ungefähr 130 Mark im Monat." (Nr. 44/76)

70 Prozent des gesamten südkoreanischen Produktionswertes eignet sich das ausländische Kapital an. In den ersten 5 Monaten 1976 betrug der Wert der Exporte 2 619,3 Millionen US-Dollar (Nachrichten für Außenhandel). Dieser gewaltige Reichtum wurde von den Arbeitern und Bauern im Süden Koreas produziert. Von 1959 bis Ende 1975 hat das ausländische Monopolkapital von Südkorea 1,081 Milliarden US-Dollar Zinsen über Anleihen eingesackt. 84 Prozent der Handelskredite in Höhe von 2,8 Milliarden US-Dollar halten US-Banken, Stück sechzig an der Zahl. Den Löwenanteil die fünf großen New Yorker Banken: Chase Manhattan, First National City, Manhattan Trust, Bankers Trust und Chemical Bank (Guardian, 31.12.75).

Die Finanzbourgeois arbeiten nicht und produzieren nicht. Sie bereichern sich durch Raub und Plünderung der Völker. Anders als durch Gewalt, blutige Unterdrückung, Aufrüstung können sich die Imperialisten nicht halten. Carter kennt den Fünfjahresplan. Er soll diesen sichern und den nötigen Weihrauch dazu besorgen. Man versteht jetzt besser, weshalb der neue Präsident langjähriger Laienprediger ist.

Barry Blechstein, einer von Carters „verteidigungspolitischen Experten", erläutert: Die Bodentruppen würden zurückgezogen. Ausgenommen seien: die Luftwaffe, der US-amerikanische Militärkader innerhalb der Marionettenarmee (600 000 Mann stark), die Stabsabteilung, verantwortlich für jederzeit rasche Verstärkung. Überhaupt sei die Einhaltung der fünf Jahre an Bedingungen geknüpft. Erstens den Aufbau eines „selbständigen Verteidigungssystems" der südkoreanischen Kompradoren, Erfüllung deren „Fünfjahresplans zur Modernisierung der nationalen Armee" (ab 1972), Erfüllung des „Fünfjahresplans zur Verbesserung der Streitkräfte" (1976–1980). Zweitens Verstärkung der japanischen Truppen, insbesondere in Kyushu, Okinawa und Tsuschima, Ausbau deren Luftwaffe und U-Boot-Bekämpfung. Im Frühjahr haben die USA Jagdbomber vom Typ F-111 geliefert. Jetzt soll der Typ F-15 folgen, den schon Israel erhalten hat.

Also: fieberhafte Aufrüstung unter Einbeziehung des japanischen Imperialismus und planmäßiger Aufbau und Stärkung der Marionettenarmee. Aufrüstung gegen die Koreanische Volksdemokratische Republik, den Kampf des gesamten koreanischen Volkes für die Vertreibung der Besatzertruppen und die Wiedervereinigung des Landes und der Nation.

Die genannten Pläne haben gewaltige Ausmaße. Die US-Imperialisten wissen, warum. Nach dem Zweiten Weltkrieg haben sie gegen die chinesische Revolution verloren. Dann sind sie in Korea eingefallen und wurden vom koreanischen Volk zurückgeschlagen. Ein Teil des Landes ist befreit, die Koreanische Volksdemokratische Republik, rechtmäßige Vertretung des Landes und der Nation, ist im Kampf gegen den Imperialismus erstarkt. Die Arbeiter und Bauern im Norden bauen den Sozialismus auf. Bereits 1970 stellte Kim Ir Sen, Generalsekretär der Partei der Arbeit Koreas, im Rechenschaftsbericht des Zentralen Komitees an den V. Parteitag fest:

– „In diesem Jahr stößt unsere Industrie in nur zwölf Tagen ebensoviel Erzeugnisse aus, wie vor der Befreiung im ganzen Jahr 1944 produziert wurde."

– „Unser Land hat in bezug auf die Elektrifizierung des Dorfes bereits den Stand der führenden Länder der Welt erreicht."

– „In unserem Lande ist jetzt das Nahrungsproblem vollständig gelöst und eine feste Basis der Getreideproduktion geschaffen, die in der Lage ist, alle anderen Zweige der Landwirtschaft noch schneller zu entwickeln."

– „Das alles spricht dafür, daß in unserem Lande die historische Aufgabe der sozialistischen Industrialisierung glänzend verwirklicht wurde und daß unser Land, in der Vergangenheit ein koloniales Agrarland, das weit hinter der modernen technischen Zivilisation zurückgeblieben war, in einen sozialistischen Industriestaat mit einer modernen Industrie und einer entwickelten Landwirtschaft umgewandelt wurde."

Zwei Jahrzehnte haben sich die Imperialisten gemüht, die Diktatur des Proletariats in Korea zu stürzen. Das Gegenteil ist der Fall. Diese ist erstarkt, im Süden erhebt sich Welle auf Welle das Volk gegen die Räuber und Besatzer.

Am 18. August 1976 haben die USA-Imperialisten erneut am 38. Breitengrad, der Demarkationslinie, die Korea künstlich spaltet, provoziert. Die Provokation wurde von Soldaten der Koreanischen Volksdemokratischen Republik (KVDR) zurückgeschlagen und zwei US-Offiziere erschlagen. In der UNO, unter deren Namen die USA nach 1950 ihre Aggression angezettelt haben, hat die 30. Vollversammlung mit großer Mehrheit beschlossen, das UNO-Kommando aufzulösen und den Abzug der ausländischen Truppen gefordert.

Der USA-Imperialismus muß sich den Süden Koreas als Sprungbrett auf das ostasiatische Festland erhalten. Neben Taiwan ist dies sein letztverbliebener. Er braucht diese Stützpunkte im Kampf mit dem sowjetischen Sozialimperialismus um Vorherrschaft über die Japanische See, den Pazifischen Ozean, Japan. Beide Mächte kämpfen um Weltherrschaft. Die Sozialimperialisten verstärken ihre Manöver und Schiffsbewegungen im Japanischen Meer. April 1975 fand das Pazifik-Manöver der sowjetischen Marine statt. Sie entsendet häufiger ihre Kriegsschiffe durch die Soja-, Tsugaru- und Tsuschimastraße. Im Norden hält die Sowjetunion die Kurilen-Inseln besetzt und hat Militärstützpunkte auf ihnen aufgebaut.

In der Neujahrsausgabe der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" berichtet deren Washington-Korrespondent, bezüglich Koreas solle „nichts überhastet" werden, Amerika werde „seine legitimen Interessen im West-Pazifik beibehalten". J. Krebs, neue Handelsministerin, erklärte, im neuen Jahr werde die amerikanische Wirtschaft „auf die Probe gestellt". Die US-Finanzbourgeoisie kann auf ihre Verrottung nur mit Verstärkung der Expansion reagieren. Im neuen Kabinett hat Carter den Außen- und Verteidigungsministeriumsposten mit Vance und Brown besetzt, unter Kennedy und Johnson erprobte Organisatoren der Konterrevolution. Das Gerede vom Rückzug soll die Aufrüstung und Kriegsvorbereitung der USA-Imperialisten verdecken. – (hjh)

Carters Kabinett: Von der Bourgeoisie sorgfältig zusammengestellte Gangsterbande

Stichpunkte zur Politik des US-Imperialismus von 1961 bis 1969

Schweinebucht/Kubakrise:

Die US-Imperialisten hielten sich Kuba immer als eine Halbkolonie und ließen die kubanischen Volksmassen durch von ihnen genährte Lakaien unterjochen.

1959 erhoben sich die Massen Kubas gegen die US-Imperialisten und ihre Lakaien, die Regierung Batista, kämpften für die Unabhängigkeit vom US-Imperialismus und zerschlugen das Kolonialregime.

Die kubanische Revolution enteignete die US-Raffinerien und führte eine Agrarreform durch.

Die USA reagierten darauf zuerst mit einem Einfuhrstopp für kubanischen Zucker. Unter ihrer Herrschaft hatten sie Kuba dazu gezwungen, eine Monokultur zu betreiben, und dachten jetzt, Kuba durch dieses Embargo zu erwürgen. Die Imperialisten bereiteten eine militärische Intervention vor, zogen die Konterrevolution Kubas zusammen, rüsteten sie mit US-Waffen, gaben ihnen Bomben und ließen sie 1961 in Kuba in der Schweinebucht intervenieren.

Innerhalb weniger Tage schlugen die kubanischen Massen diese Aggression zurück.

Die Montage sowjetischer Waffen war für die USA der Vorwand zu offener Aggression. Sie verhängten eine vollständige Blockade über Kuba. Erst nachdem sich die Sowjetunion bereit erklärte, die Raketenbasen zu demontieren und einer internationalen Inspektion Kubas zustimmte, hoben die Imperialisten die militärische Blokkade wieder auf, die Wirtschaftsblokkade existiert jedoch nach wie vor.

Noch heute ist Kuba von den USA nicht anerkannt und es bestehen keine diplomatischen Beziehungen zu Kuba.

Putsch in Indonesien:

Die indonesischen Volksmassen haben jahrzehntelang gegen die holländischen und japanischen Imperialisten gekämpft. 1945 errang Indonesien seine Unabhängigkeit.

Als die Regierung Sukarno in den fünfziger und sechziger Jahren den Kurs einer antiimperialistischen Politik verfolgte, begannen die US-Imperialisten, sich direkt in Indonesien einzumischen. Sie verfolgten das Ziel, sich die Rohstoffe und die Arbeitskraft des indonesischen Volkes zu sichern.

Unter der Leitung der US-Imperialisten wurde die Sukarno-Regierung durch Militärputsch gestürzt, die Suharto-Clique, Marionetten der US-Imperialisten, als Regierung installiert und wurde versucht, in einem beispiellosen Massaker, dem mindestens 500 000 Menschen zum Opfer fielen, die Kommunistische Partei Indonesiens mitsamt ihren Sympathisanten auszurotten. Die Organisationsfreiheit der Arbeiterklasse und der Bauern wurde vollständig aufgehoben und das Land weit für die Imperialisten geöffnet. Ein Jahr nach dem Putsch 1966 erließ die Suharto-Clique ein Gesetz, das den ausländischen Investitionen Schutz gewährte.

Vietnamkrieg:

Ende des Zweiten Weltkrieges bis zum Jahr 1954 kämpften die Massen Indochinas gegen die japanischen und französischen Imperialisten. Die Befreiung Laos, Kambodschas und Vietnams vom französischen und japanischen Imperialismus war für den US-Imperialismus das Alarmzeichen, die Einmischung zu verstärken, die Intervention vorzubereiten und ein Marionettenregime aufzubauen und bis an die Zähne zu bewaffnen.

Kurz nach dem Amtsantritt Kennedys wurden die ersten Militärberater nach Vietnam geschickt und Wehrdörfer in Vietnam gebildet. Nachdem das Volk Vietnams Anfang der sechziger Jahre Anstrengungen machte, auch das von den US-Imperialisten ausgehaltene Marionettenregime im Süden des Landes zu stürzen, ließen die Imperialisten die Marionette Diem ermorden, um sie durch eine andere zu ersetzen. Sie kochten eine Strategie des Spezialkrieges, den Einsatz einer 500 000 Mann starken Armee unter Leitung der US-Offiziere und den Einsatz der US-Luftwaffe und der Marine aus.

Als sie auch damit am bewaffneten Kampf des Volkes scheiterten, gingen sie 1965 zur Bombardierung des Nordens des Landes über. Im Süden ließen sie Zehntausende Arbeiter und Bauern im Zuge der Durchführung des Phoenix-Plans umbringen. Sie dehnten ihren völkermörderischen Krieg nach Laos und Kambodscha aus.

Blitzkrieg der zionistischen Besatzermacht gegen die arabischen Staaten:

Die zionistische Besatzermacht Israel als Brückenkopf der Imperialisten im Nahen Osten sollte nach Willen der US-Imperialisten ihre Expansion weiter betreiben. 1967 führten die von den USA aufgerüsteten israelischen Truppen einen Aggressionskrieg gegen Ägypten, besetzten die Sinai-Halbinsel, den Gaza-Streifen, (Ost)Jerusalem, die Westbanks (Jordan-Westufer), raubten das Land, vertrieben die Bewohner und schufen weiteren Raum für die Präsenz der Imperialisten im Nahen Osten gegen die arabischen Staaten, die in zunehmendem Ringen um Unabhängigkeit sich gegen die Besatzermacht zusammenschlossen.

Intervention in der Dominikanischen Republik:

In der Dominikanischen Republik, die formell unabhängig, in Wahrheit jedoch über ein von den USA dirigiertes Marionettenregime in der Hand der US-Imperialisten war, entwickelten sich Anfang der sechziger Jahre die Kämpfe um Unabhängigkeit.

Als 1965 durch Wahlen eine Regierung an die Macht kam, die für die nationale Unabhängigkeit eintrat, verkündeten die USA, daß sie zukünftig in allen Fällen einer kommunistischen Bedrohung intervenieren würden und fielen mit Fallschirmjägern in der Dominikanischen Republik ein, schlugen die antiimperialistische Massenbewegung nieder und errichteten ein ihnen höriges Regime.

Stichwort	Vance	Brown	Blumenthal	Califano	Brzezinski
Schweinebucht	Stellvertretender Verteidigungsminister	Direktor der Forschungsabteilung im Pentagon	Unterstaatssekretär für wirtschaftliche Angelegenheiten im State Department	Sonderberater der Rechtsabteilung im Pentagon (Unter Vance)	Leiter des Instituts für Fragen des Kommunismus (Columbia Universität)
Vietnam	Sonderbeauftragter in Vietnam. Durchführung des Phoenix-Programms (1967). 1968 Mitglied der Verhandlungskommission der USA in Genf.	ab 1965 Luftwaffenminister	Generaldirektor für Bendix - Automobil- und Weltraumindustrie, 57 000 Beschäftigte. Steigerung des Umsatzes von 1,6 Milliarden Dollar auf 3 Milliarden. Dividende gesteigert auf 46 Prozent.	ab 1962: Leiter der Rechtsabteilung der Armee	Außenpolitischer Berater Kennedys Im Planungsstab des State Department
Dominikanische Republik	Sonderbeauftragter in der Dominikanischen Republik	Luftwaffenminister	Generaldirektor für Bendix	ab 1964: Sonderberater des Verteidigungsministers Mc Namara	
Indonesien	Stellvertretender Verteidigungsminister	Luftwaffenminister	Generaldirektor für Bendix		
Blitzkrieg im Nahen Osten			Generaldirektor für Bendix		Im Planungsstab des State Department
1977	Außenminister	Verteidigungsminister	Finanzminister	Sozialminister	Sicherheitsberater

Hohn und Krokodilstränen

In Westberlin hat es schon zu Weihnachten Halbjahreszeugnisse gegeben, während sie im Bundesgebiet zumeist zum 1.Februar 1977 anstehen. Die Zeugnisvergabe hat der Westberliner Schulsenator Rasch zum Anlass genommen, in einem Interview in der „Berliner Zeitung" (20.12.76) tröstende Worte zu den schlechten Zeugnissen zu sprechen.

Der Mann ist verantwortlich für die Auslese und Unterdrückung an den Westberliner Schulen, für die Verstümmelung der Fähigkeiten und Interessen der Jugend.

„Will die Berliner Schulverwaltung damit (der Zeugnisvergabe zu Weihnachten, Red.) den Schülern und Eltern das Weihnachtsfest verderben?", fragt die „Berliner Zeitung". *„Nein, Weihnachten soll ein Fest der Liebe sein, und wenn es schlechte Zensuren gibt, ist es unter dem Weihnachtsbaum einfacher, sich auszusprechen und zu versöhnen."*

Man sieht ihn förmlich die Hände reiben bei der Vorstellung, daß Eltern wegen der Zeugnisse über die Kinder herfallen und umgekehrt, wie der schönste Streit unter den Volksmassen im Gang ist. So hätte er es jedenfalls gern, wie seine Belehrungen über die Ursachen schlechter Noten und über deren Beseitigung zeigen.

„Welchen Rat können Sie Kindern mit schlechten Zensuren geben?".

„Sie haben noch ein halbes Jahr Zeit, sich auf den Hosenboden zu setzen. Außerdem keine Bange: Die meisten Geschenke sind ja schon gekauft."

Die Dreistigkeit ist stark. Der Mann, dessen Beamte die Notenverteilung festlegen und die Zahlen von Sitzenbleibern, Abgängern, Sonderschülern usw. ganz nach dem Bedarf der Kapitalisten steuern, die für die nächsten Jahre für Westberlin eine weitere Steigerung der Sonderschülerzahlen geplant haben, macht die Schüler verantwortlich für schlechte Noten und verlangt, sie sollen sich der Schulunterdrückung unterwerfen.

„Wenn aber ein Schüler Angst hat, daß er zu Weihnachten für sein schlechtes Zeugnis Prügel bekommt?"

„Das paßt nicht mehr in unsere Zeit. Aber ich fordere jedes Kind auf, das wegen der schlechten Zeugnisse etwa Prügel von seinen Eltern bekommen hat: Schreibt mir einen Brief!"

Dieser Vorschlag krönt die böse Absicht. Wo die Saat der Spaltung so richtig aufgegangen ist, will der imperialistische Staatsapparat nachsetzen und will der Senator die Polizei in die Familien schicken, um die Kinder vor ihren Eltern zu „schützen".

„Was raten Sie den Eltern?"

„Die sollen auf gar keinen Fall ihr Kind strafen. Ratschläge sind besser als Schläge. Und sie sollten daran denken: Auch Eltern sind nicht schuldlos, wenn ihre Kinder in der Schule versagen."

Den Lehrern hat er folgendes zu sagen:

„Wenn ein Kind Angst hat, nach Hause zu gehen, sollen sie sich mit den Eltern in Verbindung setzen oder das Kind persönlich nach Hause bringen."

Die Lehrer, durch den Staatsapparat zur Anwendung des Notensystems gezwungen, sollen sich also zu der perversen Aufgabe zur Verfügung stellen, bei den unvermeidlichen Opfern des Notensystems billigen Trost zu spenden.

Das ganze Spaltungsmanöver ist allzu plump. Es wird den Zusammenschluß der Arbeiterklasse und der Volksmassen gegen das Notensystem, das Herzstück der kapitalistischen Schulunterdrückung, nicht verhindern.

Die Schüler bekämpfen das Notensystem

Osnabrück. Gesamtschule Schinkel. Als vor kurzem eine Lehrerin nicht der Forderung einer Klasse nach sofortiger Rückgabe eines Tests entsprach, packten die Schüler ihre Schultaschen und bestreikten den weiteren Unterricht. Das gleiche passierte in der Klasse 9R2. Sie hatten insgesamt vom Unterricht die Schnauze voll. Sie wollten zu einem Handballspiel in der gerade eingeweihten Turnhalle. Der Streik war spontan und bröckelte später wieder ab. Er ist aber eine typische Erscheinung für den Grad der Zersetzung an dieser Schule.

Im „Rotstift", der Zeitung der Schinkelzelle des KJB für die Schüler der Gesamtschule, berichtet ein Schüler über seinen Deutschunterricht, wie auf der einen Seite die Unterdrückung durch die Lehrer zunahm und auf der anderen Seite die Rebellion der Schüler, „indem wir z.B. ihm die Tür zuhielten oder, wenn er reinkam, mit Büchern auf die Tische trommelten und vorher im Flur das Licht ausmachten und Gegenstände hineinstellten, so daß er sich durch den Flur tasten mußte." Die Schüler erzielten einen Erfolg, als sie den Lehrer nach weiterer Verschärfung des Drucks zur Rede stellten, wobei „er einsehen (mußte), daß es mit dieser Unterdrückungsmethode nicht weitergeht. Die Klasse hat einen Erfolg gegen die Unterdrückung durch die Schule erkämpft." In der Klasse 10R4 verweigerten die Schüler einen Mathetest und hatten Erfolg. Der Lehrer zog den Test zunächst zurück.

Mittels des Betruges, daß die Gesamtschule Schinkel den Interessen der Volksmassen an einer allgemeinen, allen zugänglichen Ausbildung entgegenkäme, war sie von der örtlichen Sozialdemokratie gegen die Arbeiter und das Volk durchgesetzt und in den Schinkel verpflanzt worden. In der Schule sind die Methoden der Auslese und Unterdrückung der Jugend teuflisch vervollkommnet worden und verschärfen den Druck auf die Jugend. Dagegen richtet sich die Rebellion der Schüler.

Die Gesamtschule ist ein wahres Wechselbad der Spaltung und Aussiebung. Bereits in der Orientierungsstufe werden die Schüler in die drei Schultypen Hauptschule, Realschule und Gymnasium eingeliefert. Schüler aus allen drei Schultypen sind zunächst in den „Stammgruppen" mit einem Klassenlehrer; Klassenfahrten- und fêten werden gemeinsam gemacht.

In den „Kursgruppen" werden sie fein säuberlich wieder nach Schularten getrennt. Hier werden die sprachlichen und naturwissenschaftlichen Fächer unterrichtet. In Englisch und Mathematik werden die Schüler der Hauptschule nochmal gespalten in A-, B- und C-Kurse. Im Realschul- und Gymnasialzweig wird differenziert nach naturwissenschaftlichen und sprachlichen Zweigen. Schließlich werden die Schüler wieder „integriert" in solche Fächer wie Religion, Gesellschaftskunde, Geographie, Musik, Kunst usw. Wie unter der belebenden Wirkung des Notensystems die Stammgruppe und die Integrierung einen fruchtbaren Boden abgeben für Spaltung und Gegeneinanderausspielen der Schüler, so vertieft die in der Kursgruppe durchgeführte „Differenzierung" diese Spaltung und spreizt die Schüler „arten" weit auseinander.

Ein solchermaßen organisiertes Schulsystem führt zu den gewünschten Resultaten: Ausscheiden von jungen Arbeitskräften mit den verschiedensten Abschlüssen entsprechend der Bedürfnisse der Kapitalisten an verschiedenen ausgebildeten Arbeitskräften. Daß die Schüler gegen diese Spaltung sind, zeigt eine Umfrage, die die „Eule", Schülerzeitung der Schülervertretung an der Gesamtschule zu Beginn des Jahres durchführte. Danach haben sich alle 222 Schüler der Klassen sieben und 151 von 158 Schülern der Klassen acht gegen die Differenzierung ausgesprochen.

Die Gesamtschule ist ein Zuchthaus für die Arbeiterjugend. Daß sie Ganztagsschule ist, unterstreicht diesen Charakter. Wer in der Mittagspause das Schulgelände verlassen will, um beispielsweise nach Hause zum Essen zu fahren, muß einen Paß beantragen, der nur in besonderen Fällen vergeben wird. Es ist nur die letzte Ergänzung dieser imperialistischen Bildungsreform. Der Beschluß der Schüler, gegen die Schulverhältnisse ab Januar einen unbefristeten Streik zu organisieren, ist ein Schlag dagegen. – (md, Osnabrück/Red.)

Eine Zusammenfassung notwendiger Regeln

Im Antrag des „Konferenzausschusses Schulordnung" an die Gesamtkonferenz der integrierten Gesamtschule Langenhagen (Hannover) heißt es, die Schulordnung sei „eine Zusammenfassung notwendiger Regeln, die das Zusammenleben einer so großen Anzahl von Jugendlichen und Erwachsenen erträglich und im Hinblick auf Sinn und Zweck von Schule möglichst effektiv machen sollen."

Sinn und Zweck des bürgerlichen Staatsapparates, Abteilung Schule, ist die Unterdrückung der Jugend, ihre Unterwerfung unter die Lohnsklaverei. Deshalb soll – so der Entwurf für die Schulordnung – jeder Jugendliche zu Stundenbeginn auf seinem „Arbeitsplatz im Unterrichtsraum" sein. Es soll schon früh beigebracht werden: Pünktlich am Arbeitsplatz, sonst gibt es nämlich Schwierigkeiten mit der Bandproduktion, wenn jemand ausfällt. Entsprechend ist der Unterrichtsbeginn „durch das akkustische Signal ... bestimmt."

„Das Essen, Trinken und Kaugummikauen während des Unterrichtes ist weder den Lehrern noch den Schülern gestattet." „Unterrichtszeit, die durch Störungen ... verlorengeht, kann in Form zusätzlicher Unterrichtsstunden für die gesamte Lerngruppe oder einzelne Schüler nachgeholt werden." Oder im Klartext: Rebellion gegen den Unterricht wird mit Nachsitzen bestraft.

Auch wenn immer so getan wird, als ob die IGS-Langenhagen eine Schule von „linken" Lehrern wäre, das verfolgte Ziel ist die Unterdrückung der Jugend. Deshalb wundert es einen auch nicht, daß „Ordnungsverstöße" ins Klassenbuch eingetragen werden sollen.

Um besonders genau herauszutüfteln, wer sich unterwirft und wer nicht, wurde extra ein Katalog zusammengestellt, der vierundachtzig „Bemerkungen" umfaßt. U.a.:

– die rege Mitarbeit förderte den Unterricht

– der Schüler störte häufig den Unterricht

– fiel durch unbeherrschtes Verhalten auf

– die Leistung wird beharrlich verweigert

Es geht hier nicht darum, ob man etwas kann oder nicht, sondern darum, ob man sich bemüht, sich beherrscht, seine Leistung verweigert oder erbringt.

Das sind Bemerkungen, die der Kapitalist gut verwertet bei der Einstellung. Daraus sieht er nämlich, ob der Jugendliche sich unterwirft oder nicht.

Die Unterwerfung wird mit dem Notensystem weitergeführt. „Wer aufmuckt, bekommt einen Koffer!" So und ähnlich ist die Meinung unter den Schülern. Das Notensystem wird aber auch genutzt zur Auslese für die Produktion. Am 5.12.76 beschloß die Gesamtkonferenz der IGS-Langenhagen, daß nicht mehr als 10 % der Schüler eine Fünf oder sechs bekommen sollen – beziehungsweise 10 % sollen eine bekommen.

Mit dem Notensystem soll erfüllt werden, was der Schulentwicklungsplan für Hannover von 1971 als Planzahlen für 1980 angibt: Die Zahl der Sonderschüler soll von 5,5 % (1970) auf ca. 8 % gesteigert werden. „Zur Zeit ist die Überweisung zur Sonderschule noch an recht strenge Voraussetzungen gebunden. Das hat zur Folge, daß ... die meisten Kinder relativ spät zur Sonderschule kommen."

Die Bourgeoisie will die Möglichkeiten ausweiten, je nach Bedarf die Schüler auf die Sonderschule zu schicken.

Von Realschule und Gymnasium sollen mehr Schüler denn je an die Hauptschule zurück.

Nicht in der Lage, logisch-dialektisch zu denken. Sachliche Mängel – Vier

[illegible]

Wieso?

mißverständlich

A (Th.s.) A (Ausrufzeichen)

unverständlich

was bedeutet das?

Ist die Rede vom KT. nicht ebenfalls ein dogmatisches Relikt!

Mittel. Der Verfasser ist nicht i. d. Lage, logisch-dialektisch zu denken. Die Arbeit besteht z.T. aus Versatzstücken, die nicht entwickelt werden. [illegible] Sprachlich sind Mängel feststellbar.

Obenstehender Deutschaufsatz stammt aus einer dreizehnten Klasse des Ratsgymnasiums Osnabrück.

Im Deutschunterricht kommen die Agenten des imperialistischen Staatsapparates oft mit Zuckerbrot daher und tun fortschrittlich. In der Klassenarbeit wird dann der Knüppel des Notensystems umso heftiger geschwungen.

Der „deutsche Aufsatz" ist besonders verhaßt unter den Schülermassen. Denn mit ihm treibt die bürgerliche Klasse die Willkür und Auslese durch das Notensystem auf die Spitze. Die Schülermassen werden gezwungen ihre Erfahrungen und Einsichten im „deutschen Aufsatz" zum Gegenstand der Zensur und der Auslese durch den imperialistischen Staatsapparat machen zu lassen. Gekleidet ist dieser Vorgang in Begriffe wie „schlechter Ausdruck", „sprachliche Gestaltung" und „logisches Denken", die dem Ganzen den Schein der Objektivität geben sollen.

Was sich ausdrückt in den roten Randbemerkungen, ist die Menschenverachtung der herrschenden Klasse: „Sie sind nicht in der Lage, logisch-dialektisch zu denken". Auf dieser Schule haben Sie nichts zu suchen, hätte der Herr Lehrer auch gleich schreiben können.

Ausbildung unter der Fuchtel der herrschenden Kapitalistenklasse ist ein schmerzhafter Dressurakt, der die Jugend der besitzlosen Klassen in das Joch der Lohnsklaverei zwingen soll.

Weil die im Deutschunterricht praktizierte Methode der Auslese und Unterdrückung sich als besonders wirksam erwiesen hat, hat der Hamburger Senat jetzt per Erlaß für *alle Fächer* in der Oberstufe regeln lassen, daß schriftliche Arbeiten nach den Regeln der Grammatik, der Rechtschreibung, der Angemessenheit und Differenziertheit des sprachlichen Ausdrucks" usw. zu prüfen sind. „Je nach Schwere und Häufigkeit führen Verstöße ... bei der Bewertung von Klausuren und Abiturarbeiten zu einer ,Verminderung' der Note bis zu einer Notenstufe ...".

Die Schüler gaben sich einheitlich die Note Eins

Braunschweig: Als besonders „fortschrittliche" Methode der Zensurengebung gilt das Verfahren, daß die Schüler sich selber einschätzen. Dies Verfahren ist nichts anderes, als die Schüler zu zwingen, unter dem Mäntelchen der „Mitbestimmung" gegeneinander zu konkurrieren und sich untereinander zu spalten, ohne daß der Lehrer offen als Unterdrücker aufzutreten braucht. Diese Methode ist ganz besonders hinterhältig, weil die Schüler sich den Zensuren unterwerfen sollen, indem sie selber an ihrer Unterdrückung „mitbestimmen". Die Schüler eines Kurses an der Hoffmann-von-Fallersleben-Schule haben diese Methode in der richtigen Weise beantwortet: sie schrieben auf den Zettel, auf den sie ihre Zensur eintragen sollten, hinter jeden Namen eine Eins. Die Forderung nach einer Einheitszensur gewinnt immer größere Bedeutung und wird von den Schülern bereits beinahe erhoben. – (e.)

Bremen. Gymnasium Waller Ring. Ich erfuhr als Mitglied der Gesamtschülervertretung, daß in der Klasse 10 b eine Physikarbeit geschrieben worden war, bei der von 29 Arbeiten 10 mit Fünf und Sechs zensiert waren. Zusammen mit einem anderen Schülervertreter machte ich mich gleich auf die Socken, um der Sache nachzugehen. Mitten in der Stunde platzten wir in die Klasse (nicht zur Freude von Lehrer Böck), um nachzufragen, wie denn das zustande kommen konnte. Der Lehrer kannte die Empörung der Schüler und suchte Rückendeckung bei den Gesetzen und Erlassen. Dort steht nämlich, daß eine Arbeit nur dann gewertet werden darf, wenn ein Drittel der Klasse Fünf oder Sechs schreiben. (Für die Oberstufe ist diese Regelung inzwischen aufgehoben.) Er sagte, die Arbeit müßte gewertet werden, weil in der Klasse 31 Schüler sind (zwei waren bei der Arbeit krank) und zehn Fünfen und Sechsen weniger als ein Drittel seien. Damit war für ihn die Sache gelaufen.

Für die Schüler allerdings noch lange nicht. Sie forderten ihn auf, in einer Stunde den Stoff der Arbeit zu wiederholen und die Arbeit nochmal zu schreiben. Er war dagegen, denn „die Schüler können ja die nächste Arbeit besser schreiben." Die Klasse wollte aber die Arbeit nicht als Druckmittel für das ganze Schuljahr gelten lassen. Der Stoff (Magnetismus) sei todlangweilig, der Unterricht hätte überhaupt keinen Bezug zum praktischen Leben gehabt.

Sie wußten überhaupt nicht, warum sie dies lernen sollten. Klar wurde, daß es nicht darum geht, die Gesetze der Physik theoretisch und durch praktische Erfahrung zu lernen, sondern daß es um Zensuren fürs Notenbuch geht. Denn warum weigert sich der Lehrer sonst, mit der Klasse den Stoff noch einmal durchzugehen und die Arbeit zu wiederholen? Von der jetzigen 10. Jahrgangsstufe werden mindestens 9 % der Schüler die Schule verlassen, weitere 5 % überlegen es sich noch. Der Lehrer hat die Arbeit nicht wiederholt. Aber er mußte kurze Zeit darauf eine neue Arbeit schreiben lassen, bei der er gezwungen war, keine Arbeit schlechter als Drei zu benoten. (c, Bremen, KJB-Zelle Waller Ring)

Der Schwindel greift nicht

„In einer relativierenden Betrachtungsweise ist die Bundesrepublik wirtschaftlich *stark*. Hoher Ausbildungsstand, Leistungswille, ein trotz des Gejammers über Investitionslükken hochmodernes Produktionspotential – hier liegen die Wurzeln dieser Stärke, die tagtäglich neu fundiert werden muß, uns nicht etwa in Form reicher Bodenschätze in den Schoß fällt. Daß dieses Potential in der Fertigung wie in der Dienstleistung unter den Rezessionsnachwirkungen auf freilich nicht immer sympathische Art mit eisenhartem Besen *durchrationalisiert* wurde, hat es gewiß nicht geschwächt."

Woher also das Geschrei der Kapitalisten und der Katzenjammer der bürgerlichen Politiker jetzt, wo doch alles schon zugerichtet ist für einige profitliche Raubzüge auf dem Weltmarkt?

Noch immer ist die Ursache der wirtschaftlichen Krise nicht überwunden, die Überproduktion von Kapital. Die Kapazitäten der mit eisernem Besen durchrationalisierten Fabriken, die der Schreiber der „Süddeutschen Zeitung" besingt, können für die Profitproduktion nicht vollständig genutzt werden.

In einer Gesellschaft, in der für den Nutzen der Gesellschaft produziert wird, ist nur eine wirtschaftliche Schwierigkeit denkbar: daß die vorhandenen Produktionsmittel nicht ausreichen, um die gesellschaftlichen Bedürfnisse zu befriedigen. In der kapitalistischen Gesellschaft brechen die Krisen gerade deshalb aus, weil die Kapitalistenklasse zuviel Produktionsmittel in ihrer Hand als Kapital aufgehäuft hat. Den Kapitalisten geht es nicht um die Bedürfnisse der Gesellschaft. Es geht ihnen um den Profit. Damit die Profiterwartungen der Kapitalisten wieder befriedigt werden können, muß Kapital vernichtet werden. Das ist noch nicht ausreichend der Fall. Daher das Gejammer der Kapitalisten.

jammer der Kapitalisten.

Es soll dazu dienen, die Arbeiter für die imperialistischen Konkurrenzschlachten auf dem Weltmarkt zu mobilisieren. Damit das überhaupt die geringste Aussicht auf Erfolg hat, brauchen die Kapitalisten die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer, die den Arbeitern des langen und breiten erzählen, es sei nützlich, zugunsten der eigenen Kapitalisten den Klassenbrüdern in den anderen Betrieben und vor allem in fremden Ländern an die Gurgel zu gehen. Mit solcher Lehre tun sich auch geübte Demagogen schwer. Wer den eisernen Besen spürt, der will dem an die Gurgel, der den Besen schwingt. Das sind die Kapitalisten. Er will nicht seinen Klassenbrüdern an die Gurgel, die wie er den eisernen Besen zu spüren bekommen. Das ist die Hauptschwierigkeit der Kapitalisten. In den jetzigen Tarifkämpfen macht sich diese Schwierigkeit für die Reformisten bitter bemerkbar. Warum sollen die westdeutschen Arbeiter die Verantwortung bei dem französischen, englischen oder dem Arbeiter irgendeines Landes suchen, wenn ihnen der westdeutsche Kapitalist den Lohn drückt? Warum sollen sie die Ursachen außer Landes suchen, wenn ihnen die Regierung die Versicherungszahlungen kürzt und die Steuern und Sozialbeiträge erhöht? Es gibt dafür keinen Grund. Der Schwindel greift nicht. Die Reformisten sind zu Manövern gezwungen. Steinkühler will Überstunden verweigern lassen. Zur Streikvorbereitung wäre das vernünftig. Aber er schlägt das gerade vor, um dem von vielen Arbeitern geforderten Streik auszuweichen.

Vetter deutet neuerdings an, daß er sich Streiks für die Wahlordnung zu den Aufsichtsräten denken könne. Wenn Streikstimmung in der Luft liegt, ist es nicht dumm, abzulenken, denkt sich der gute Mann.

Stark sind die Kapitalisten in Westdeutschland „in relativierender Betrachtungsweise" durchaus. Ihre Stärke liegt in der Ausbeutung der Fähigkeiten der Arbeiterklasse. Und was ist los, wenn die Arbeiter ihre Fähigkeiten gegen die Kapitalisten wenden?

Betriebsversammlung Bremer Vulkan

Auf 1 DM mehr pro Stunde beharren

Bremen. Stand schon die außerordentliche Betriebsversammlung, die Mitte November unter anderem von den Schweißern durch Streik gefordert wurde, im Zeichen des Kampfes gegen die Akkordschinderei und für mehr Lohn, so wurde auf der Versammlung vor Weihnachten der Zusammenschluß der Belegschaft gegen die Kapitalisten und den Staat weitergeführt.

Der Personaldirektor Kuhn hob in seinem Bericht hervor, daß durch die verstärkte Anpassung der Arbeiter, sprich Entlassungen, trotz rückläufigem Auftragsbestand ein höherer Reingewinn pro Aktionär erwirtschaftet wurde. Lohn- und Lohnnebenkosten seien wesentlich zu hoch. Beides müsse gesenkt werden. Lobenswert sei da Japan anzuführen. Auf japanischen Werften läge der Lohnnebenkostenanteil bei nur 20 % (Lohnnebenkosten sind zum Beispiel Abgaben für Kranken- und Rentenversicherung usw.), während in Westdeutschland der Anteil bei 70 % liegt. Nun, offen zu sagen, daß dieser Anteil fallen soll, traute er sich nicht.

Die Arbeiter sind nicht bereit, dem Geschwätz der Kapitalisten zu glauben. Die Redebeiträge sämtlicher Arbeiter und der Genossen der KBW-Betriebszelle und der zum Teil tosende Beifall bewiesen es. Beifall gab es, als die Redner ihre Erfahrungen aus dem Lohnkampf darstellten und darauf hinwiesen, daß die Lage der Arbeiter sich zunehmend verschlechtert, daß sie deshalb auf ihrer Forderung von 1 DM pro Stunde mehr Lohn weiterhin beharren und auf die eigene Kraft vertrauen müssen, um dies auch durchzusetzen. IGM-Vertreter Walter Krenke schwätzte daher, daß die aufgestellte Forderung von 9,6 %, mindestens 125 DM ja nicht das Gelbe vom Ei sei, sie passe ihm ja auch nicht, er wisse ja, daß die Kollegen im Nordverbund mehrheitlich für Festgeld gestimmt hätten, um im gleichen Atemzug zu sagen, daß aber die Tarifkommission eben mehrheitlich beschlossen hätte und Mehrheiten müsse man sich eben beugen. Widerlegt wurde er als Schwätzer, der überhaupt nicht vorhat, für eine ausreichende Lohnforderung einzutreten. Bewiesen wurde das auch in seinem Auftreten in anderen Bremer Betrieben, wo er für Prozentforderungen eintrat und Niederlagen hinnehmen mußte, weil die Arbeiter auch dort Festgeld aufstellten.

1 DM für alle ist unsere Forderung, hieß es und allein diese ist geeignet für den Zusammenschluß und gegen die wachsende Verelendung der unteren Lohngruppen.

Riesigen Beifall gab es für den Beschluß des Vertrauensleutekörpers gegen die Erhöhung der Fahrpreise und gegen die Zustimmung des DGB Bremen zu den Fahrpreiserhöhungen und für die Aufforderung, die Schienen am 3. Januar zu blockieren. Kuhn wollte abwiegeln: „Der ist ja bekannt, mit dem kann man tagelang diskutieren und es kommt nichts bei raus." „Das ist in Ordnung so," erwiderte ein Zwischenruf. „Im Übrigen", so Kühn, „gehört die Straßenbahnerhöhung hier nicht her." Der Betriebsrat erwiderte, daß dies hier schon besprochen werden muß, weil schon wieder der Lohn beschnitten werden soll. Der Kapitalistenvertreter wollte keine Stellungnahme mehr abgeben. Er wurde ausgepfiffen.

Über die Versammlung gab es nachher in vielen Abteilungen lange Debatten über die Renten und all die Sachen, die auf der Versammlung angesprochen wurden. Die Zelle hat in diesen Debatten Arbeiter gewonnen, die an der Schulung der „Arbeitshefte zu Kommunismus und Klassenkampf" teilnehmen wollen.

Alles in allem zeigt diese Versammlung, daß die Arbeiter verstärkt nicht nur den Kampf gegen den Lohnabbau führen, sondern ebenfalls den Kampf führen gegen die staatliche Ausplünderung. Dabei mißtrauen sie in zunehmendem Maße der Politik der Sozialdemokraten. „Ich kann es nicht verstehen, wenn sich der Hermann Wohlgemuth (SPD, Mitglied der Bürgerschaft) hier hinstellt und sich für die Bereitstellung von Geld für die Renovierung von Sozialräumen bei den Kapitalisten bedankt. Es wäre dasselbe, wenn ich einen Fisch von 5 Zentnern fange, wovon mir jemand 3 Zentner klaut. Am nächsten Tag bringt er mir einen Zentner wieder und ich würde dann noch ‚danke' sagen." – (Betriebszelle Vulkan)

Für 1DM die Stunde / 174 DM im Monat mehr
Walter Mohr (Siemens Vorstand) sagt:
„3,5% sind in diesem Jahr schon fast zuviel"
In den letzten Jahren konntet ihr einen Reallohnabbau durchsetzen. Die unteren Lohngruppen drückt ihr so ins Elend.
Jetzt Schluß damit: nicht 9,5%, nicht 6%
sondern Festgeldforderung!
1DM die Stunde
KBW Zelle Siemens
174 DM FESTGELD
6%-ERHÖHUNG

Diese Wandzeitung wurde von der Zelle Siemens des KBW vor dem Siemenswerk in Braunschweig aufgehängt. „Die eine Mark ist die richtige Forderung, mit Prozentforderungen erreichen wir nichts", begrüßten viele Arbeiter die Wandzeitung. Einen Tag vor der Tarifkommissionssitzung haben die Vertrauensleute der IG-Metall ihre Tarifkommissionsmitglieder noch auf eine Festgeldforderung festgelegt.

Karmann Osnabrück. Für das Tarifgebiet Osnabrück hat die IG-Metall 9,5 % und Streichung der Lohngruppe 1,5 und 50 DM mehr für Lehrlinge gefordert. Die Auszubildenden sind diesem Beschluß entgegengetreten. Von 60 Lehrlingen haben 51 die Forderung nach „Angleichung der Ausbildungsvergütung aller Stufen an das vierte Lehrjahr und 173 DM für alle Arbeiter, Angestellten und Auszubildenden" gefordert.

Die Arbeiter führen den Kampf gegen Überstundenschinderei und Sonderschichten. In der Resolution der Arbeiter aus dem Werkzeugbau heißt es. : „Wir brauchen einen Lohn der nicht zu Überstunden zwingt." Zur letzten Sonderschicht am 18.12. am Sciroccoband sind kaum Leute erschienen. Von den Frauen, die den Himmel einbauen, ist keine erschienen, der Meister hat seine Frau losgeschickt, die Frauen zu holen, weil diese nicht durch andere zu ersetzen sind. Vier Frauen sind trotzdem zu Hause geblieben. In der Abteilung Porsche Kotflügel haben die Arbeiter wegen der Eiskälte am 23.12. ab 9 Uhr nicht mehr gearbeitet. Sie haben sich ein kleines Lagerfeuer zum Aufwärmen angesteckt und die Zeit zur Diskussion genutzt: „9,5 % hat die Tarifkommission gefordert und wenn es hochkommt, kungeln die 7 % aus." „Bei den 7 % haben wir auch ein Wörtchen mitzureden. Am 10. Januar sind Verhandlungen. Gehen die Kapitalisten auf die Forderung nicht ein, müssen die Verhandlungen abgebrochen werden und wir müssen Urabstimmung und Streik fordern. Und zur Bekräftigung gleich ein Warnstreik."

UZ: „Überflüssige Pfunde". „Viele unserer Freunde und Kollegen, ehemals schlanke, sogar hagere Gestalten, verfetten und plagen sich mit ihren überflüssigen Pfunden." Am 24. Dezember, noch rechtzeitig zum Lohnkampf, verteilt die UZ, Zeitung der DKP, ihre Ratschläge zur gesunden Lebensweise. Sie sorgt sich: „Übergewicht gefährdet die Gesundheit." Und: „Zu viel essen und trinken, und dazu noch das Falsche, das sind die häufigsten Ursachen des Übergewichts." Die Volksmassen leben also im Überfluß und gefährden durch Unverstand die eigene Gesundheit. Da hilft nur eines: „Wer abnehmen will, muß Nein sagen." Mit ihrer Sorge um das Wohl der arbeitenden Menschen befinden sich die Revisionisten in erlauchter Gesellschaft. Auch die Kapitalisten bedrückt es sehr, daß das Volk zuviel ißt. Haben sie nicht immer schon „Maßhalten" gepredigt? Dem von den Revisionisten propagierten Verzicht verleihen sie kräftige Nachhilfe – durch Lohndrückerei und steigende Lebensmittelpreise. Die von der Bourgeoisie geführten Statistiken können den „Erfolg" dieser Bemühungen nicht ganz verhüllen – Der Einzelhandelsumsatz bei allen Nah-
Der Einzelhandelsumsatz bei allen Nah-
rungs- und Genußmitteln ist im ersten Halbjahr 1976 gegenüber dem zweiten Halbjahr 1975 um knapp ein Prozent zurückgegangen. Die Sorgen der Revisionisten sind Sorgen von Bourgeois, die sich genieren, wenn sie so auffällig fett sind. Breschnew hat sich, nach Beobachtung von Künstlern, neulich auf einem Ölgemälde runde 20 Pfund leichter malen lassen, als er ist.

Die Stahlkapitalisten setzen nach. Umgehend nach dem Lohnraubabschluß bei den Stahlwerken Peine und Salzgitter mußten die Stahlarbeiter zwischen Weihnachten und Neujahr ihren Resturlaub nehmen. 4 600 Arbeiter wurden dazu gezwungen. Während dieser Zeit ist die Produktion voll weitergelaufen, die Arbeit mußte von den Anwesenden mitgemacht werden. In der ersten Januarwoche sollen erneut 3 000 Arbeiter Tarifurlaub oder unbezahlten Urlaub nehmen. Im Februar und März ist je eine Woche Kurzarbeit angekündigt worden. Die Schichtzulagen will Birnbaum für diese Zeit nicht weiterzahlen. Der Urlaub sei „freiwillig", sagen die Reformisten, damit könne man vielleicht Kurzarbeit abwenden. Die westdeutschen Stahlkapitalisten benötigen neue Kapitalmassen, um in den Konkurrenzschlachten bestehen zu können. Nach Lohnraubabschlüssen sollen die Produktionsrückgänge durch die Arbeiterklasse bezahlt werden. Dazu dienen Kurzarbeit und Zwangsurlaub. „Ich bin zuversichtlich, daß wir die Krise meistern", schreibt Birnbaum in seiner Neujahrsbotschaft. Die Arbeiter von den Stahlwerken Peine und Salzgitter müssen das als weitere Kampfansage ansehen.



Die Krise in der Werftindustrie
Preis 2,00 DM. Zu beziehen über Buchvertrieb Hager Postfach 5129

Klöckner-Hütte Bremen

Klöckner-Hütte Bremen

Es geht auf Kampf und nicht auf Ruhe an der Front

Bremen. Bereits am 16.12. ließ der Werksvorstand im „Weserkurier" durchblicken, daß Kurzarbeit auf der Hütte geplant sei. Am 29.12. haben die Klöckner-Arbeiter aus der Zeitung erfahren, daß von 6 844 Arbeitern 6 244 (4 994 Arbeiter und 1 250 Angestellte) kurzarbeiten sollen: Im Kaltwalzwerk zwei Tage, im Warmwalzwerk sieben Tage, an der Sinteranlage neun Tage, das LD-Stahlwerk 11 Tage und an den Hochöfen sollen acht Tage pro Monat kurzgearbeitet werden. Kurzarbeit soll sein im Februar und im März.

Der Betriebsrat hat sich bisher nicht geäußert wegen „Urlaub".

Kurzarbeit ist Vernichtung von Produktivkräften des Menschen und der Maschinen, Zeichen der Verrottung des Imperialismus. Daß die Bourgeoisie ihren Aufschwung zu neuen Höchstprofiten sich nur erkaufen kann durch Vernichtung von Produktionsanlagen, ist bei Klöckner nichts Neues. Das Siemens- Martin-Werk bei Klöckner Bremen wurde stillgelegt. Wenn auf der Hütte irgendwo Maschinen oder Stahl gebraucht werden, dann werden sie aus dem kompletten Werk herausgerissen. Heute ist es Abstellplatz für Kokillen, verdreckt und schaurig, eine Ruine.

Das alte Warmwalzwerk eins ist ebenfalls seit mehreren Jahren stillgelegt. Viele der Arbeiter, die heute in anderen Bereichen arbeiten, haben die Anlage mit geschaffen oder haben dort den Stahl produziert. Es ist Produkt der Arbeiterklasse, auch wenn es nicht ihr Eigentum ist. Die Arbeiter, die von der Anlage sprechen, sagen: „Da dreht sich das Herz einem um."

Wenn darüber geredet wird, daß die Volksrepublik China das Warmwalzwek eins dem Klöckner Konzern abkaufen will, dann kommt stets die Hochachtung vor dem sozialistischen China zum Ausdruck, das die Produkte der Arbeiterklasse nutzt und nicht verkommen läßt.

Wenn Klöckner modernere Anlagen baut, dann bedeutet dies nie, daß sich die Arbeitszeit verringert oder die Arbeitsauslastung verringert wird. Im Warmwalzwerk 1 wurde zuerst mit Früh- und Spätschicht produziert. Dann in drei Schichten bei freiem Wochenende. Im neuen Warmwalzwerk II ist die Voll-Contischicht (Dreischichtsystem an sieben Wochentagen) eingeführt worden, und es wird weiter rationalisiert.

Im Tarifkampf wurden den Stahlarbeitern Lohnraubabschlüsse untergejubelt, das ist allen klar. Doch Niedergeschlagenheit ist nicht vorhanden. Zu den anstehenden Fahrpreiserhöhungen in Bremen wird von den Arbeitern beständig darauf verwiesen, daß ja noch Mehrwertsteuer, Tabak- und Branntweinsteuer erhöht werden sollen, während sich die Parlamentarier schon wieder ihre Diäten erhöht hätten. „Für die Fahrpreiserhöhungen kann überhaupt keiner sein! Von 500 000 Bremern müssen 200 000 auf die Schienen! Kleine Versammlungen nützen da gar nichts! Da wird wohl Gewalt angewendet werden müssen!"

Die Verschärfung der Ausbeutung durch die Kapitalisten und der Druck des imperialistischen Staates bringen den Widerstand der Arbeiterklasse hervor. Es geht auf Kampf und nicht auf Ruhe an der Front. (m, Betriebszelle Klöckner)

„Ihr seid doch in der SPD, wer hat denn das Steuergesetz beschlossen?"

VW Wolfsburg. Einer der Mechanismen, mit denen die Bourgeoisie „automatisch" Druck durch Lohnkürzung auf die Arbeiterklasse ausübt, ist die Steuerprogression. Die hohen Steuerabzüge vom Lohn sind eine der Triebfedern für den Kampf um ausreichende Lohnerhöhungen.

In der Halle 17 sind die Arbeiter für die Aufstellung von Festgeldforderungen aufgetreten. Anfang Dezember sollte die Festgeldforderung auf einer Vertrauensleutesitzung aufgestellt werden. Als die Vetrauensleute nach der Sitzung über den Verlauf berichteten, in dem die meisten (durch Tätigkeit der SPD-Betriebsräte) zur Überzeugung gekommen wären, daß wegen der Steuerprogression für die Facharbeiter die Aufstellung einer Prozentforderung sich besser auswirken würde, gab es heftigen Krach.

Zuerst gab es nur Motzerei gegen den Betriebsrat. Ein älterer Arbeiter trat dann gegen die Argumente des Vertrauensmanns auf, indem er aufzeigte, daß man sich gegen die Progression der Lohnsteuer nur wehren kann, wenn der Steuerfreibetrag erhöht wird. Mit Nachsicht oder Zurückhaltung im Lohnkampf geht das nicht. Den meisten Arbeitern war die Funktion der Steuerprogression anfangs nicht klar. Als wir diese aufzeigten, wurde sehr schnell erkannt, wem eine Prozentforderung nützen würde. „Wenn man unter der Progressionsgrenze bleiben solle, wie du das ja vorschlägst, dann braucht man im nächsten Jahr gleich gar nichts mehr fordern. Fordert man jetzt Prozente, dann bekommt der Schwabe (Meister, ca. 3 700 DM ohne Antreiberprämien) schon wieder mehr. Der liegt ja am günstigsten."

Für den Vertrauensmann war die Erhöhung des Steuerfreibetrags eine Sache der Parteien und nicht der Gewerkschaft. „Ihr seid doch (er und die Betriebsräte) in der SPD, wer hat denn das Gesetz beschlossen, hä?" Die Spaltungsabsichten der Sozialdemokraten stützen sich auf die Kompliziertheit des Steuersystems, die abschrecken soll, es zu durchschauen. Das hat nicht geklappt. Der einzige Arbeiter, der anfangs die Meinung des Vertrauensmanns teilte und sich wegen der Steuerprogression für die Aufstellung der Prozentforderung aussprach, wurde in der Debatte überzeugt und reihte sich ein in das Schlußwort der Debatte, das der Gruppenführer sprach: „Also, du siehst, das war nichts. Wir sind hier weiter für Festgeld, wenn die da unten anderer Meinung sind, sollen sie hochkommen, und du setzt dich dafür ein, ist's klar!"

Seitens unserer Zelle haben wir für den nächsten Tag ein Informationsblatt über die Auswirkungen der Steuerprogression für die Lohngruppen der Facharbeiter erstellt und ausgehängt. Was von vielen Arbeitern gelesen und diskutiert wurde. – (wk)

Druckzentrum Möhringen: „Experiment voll gelungen." Der Geschäftsführer der Stuttgarter Zeitungsverlag GmbH läßt in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" die erste Erfolgsbilanz der Kapitalisten veröffentlichen. Das „Experiment": die „radikale technische Umstellung der Zeitungsherstellung". Der Erfolg: „Die neue Technik beseitigt nicht nur Arbeitsplätze, sie schafft auch ganz neue Kapazitätsgrößenordnungen." Fast drei Viertel der ehemals in der Produktion Beschäftigten wurden entlassen. Die übrigen 210 schaffen: 2 Tageszeitungen mit zusammen 250 000 Exemplaren, ein Wochenblatt mit 320 000 Auflage, das Stuttgarter Amtsblatt (40 000), verschiedene Anzeigenblätter (50 000) sowie das „iwz", dessen Auflage von knapp einer Million auf 1,6 Millionen gesteigert werden soll. Neue „Größenordnungen" erreichen auch die Löhne: „Die erhebliche Senkung der Produktionskosten der Zeitungen – neben dem absoluten Personalabbau ist auch der Personalkostenanteil um 20 Punkte auf 40 Prozent gesunken – hat im ... laufenden Jahr den mehrere Jahre defizitären ‚Stuttgarter Nachrichten' ein positives Ergebnis gebracht."

Besorgnis. Jüngst hat Hauenschild, Vorsitzender der IG Chemie, Bundesbankpräsident Klasen dafür als „unklug" gerügt, daß er mit seinen Äußerungen – Lohnabschlüsse unter 6 Prozent seien erforderlich – geradezu „dazu provoziert, mehr herausholen zu müssen". (Handelsblatt, 30.12.76) Hauenschild ist jedoch wild entschlossen, sich nicht „provozieren" zu lassen. Seit Wochen verkündet er, daß *er* einen Lohnraubabschluß *„nicht gut* unter 6 Prozent" anstrebt, womit die Größenordnung „unter 6 Prozent" angepeilt ist. So sehr ist dieser Gewerkschaftsführer imperialistischer Politiker, daß die Sorgen der Finanzbourgeoisie ganz seine eigenen sind. „Ich habe Angst, daß sich die öffentliche Meinung eines Tages daran gewöhnt, mit einer hohen Arbeitslosenquote zu leben. Dann würde es zunehmend fraglich, ob diejenigen Arbeitnehmer, die ihren Arbeitsplatz für sicher halten, auf die Dauer bereit wären, Solidaritätsopfer zugunsten der Arbeitslosen zu leisten." (Handelsblatt) Es sind nicht „Solidaritätsopfer der Arbeiter", sondern die Früchte der sozialdemokratischen Politik eines Hauenschild, die den Chemiekapitalisten die Voraussetzungen verbessern sollen, die Konkurrenz auf dem Weltmarkt zu schlagen und die imperialistische Expansion voranzutreiben.

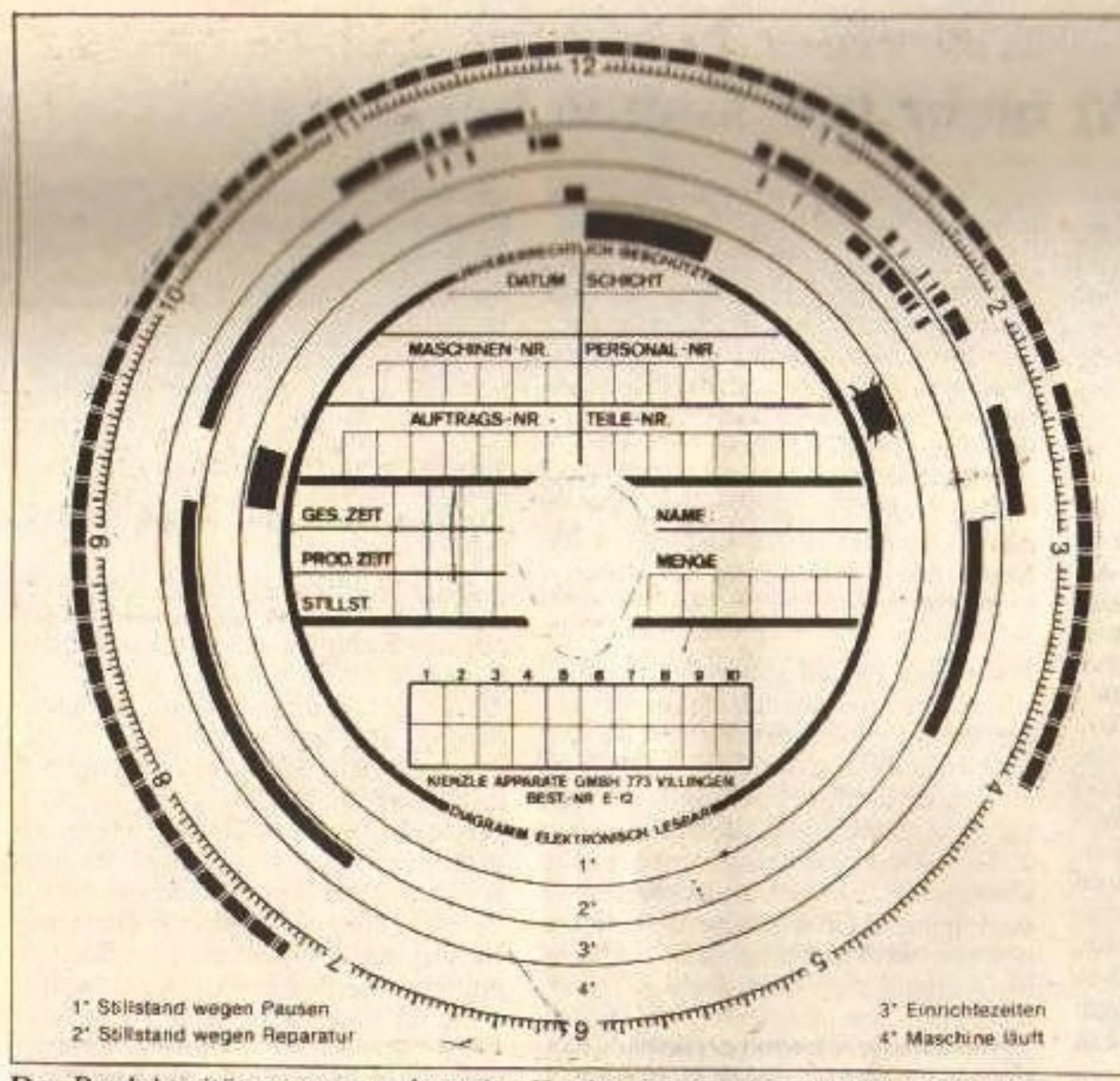
Bremen. Bei Geerdts (Maschinenfabrik, 700 Beschäftigte, davon 243 Arbeiter) haben die Arbeiter am 22.12. die Maschinen für 45 Minuten abgestellt, 75% der deutschen und 100% der türkischen Arbeiter haben sich an dem Streik beteiligt. Über die Hälfte der Arbeiter machen bis zu 50 Überstunden, in einer Abteilung wurde „probeweise" ein Prämiensystem eingeführt, die Kantinenpreise sollen erhöht werden. Seit Wochen werden Neueinstellungen vorgenommen, die sich verpflichten müssen, Schichtarbeit zu machen. Die Arbeiter haben versucht, sich gegen diese verschärfte Schweißauspressung zusammenzuschließen. Die Geschäftsleitung versucht mit Druck und Entlassungen den Kampf der Arbeiter zu verhindern. Innerhalb kurzer Zeit wurden mehrere Arbeiter entlassen, weil sie den Kampf gegen die verschärfte Ausbeutung organisiert haben. Kurz vor Weihnachten wurde ein vierter entlassen, der gerade drei Wochen im Betrieb war. Darauf wurden die Maschinen abgestellt. Der Sprecher der Vertrauensleute sagte: „Die Arbeiter streiken, weil sie gegen die Entlassung sind." Unter dem Druck der Belegschaft war die Geschäftsleitung gezwungen, über die Entlassungen zu verhandeln. Ein SPD-Betriebratsmitglied selbst hatte – wie schon öfters – die Tätigkeit des Arbeiters weitergemeldet. Die Entlassung konnte bisher nicht rückgängig gemacht werden. Die Arbeiter haben mit diesem Streik gezeigt, daß sie die Einschüchterungen seitens des Kapitalisten überwinden wollen.

Der Bluff mit dem Kindergeld. In der letzten Woche ließ Bundeskanzler Schmidt seine Regierungserklärung ab. Er will das Kindergeld beim 2. Kind von 70 auf 80 DM und beim dritten und allen weiteren Kindern von 120 auf 150 DM erhöhen. „Leider" muß er aber die Mehrwertsteuer erhöhen. Da ich immer große Skepsis habe bei allem, was die bürgerlichen Politiker ablassen, habe ich einmal nachgerechnet, was das für mich bedeutet. Ich bin arbeitsloser Arbeiter und bekomme

868,60 DM	Arbeitslosengeld
240,00 DM	Kindergeld (3 Kinder)
179,00 DM	Mietzuschuß, die ich beim Staat erbetteln muß
1 287,60 DM	

Ich zahle 308 DM Miete. Bei einer Erhöhung von 40 DM Kindergeld werden mir erst einmal 10 DM weniger Mietzuschuß gezahlt.

Da die Arbeiterklasse und das Volk aber auf alles Mehrwertsteuer zahlen muß, kann man auf die 1 287,60 DM voll 2 % Mehrwertsteuer berechnen. Das sind 25,75 DM plus 10 DM weniger Mietzuschuß gleich 35,75 DM. Das heißt, es bleiben 4,25 DM mehr Kindergeld. Von Inflation, Gebühren und anderen Steuern will ich nicht schreiben. Die Rentner und die, die keine Kinder haben, werden so direkt von der Erhöhung geschlagen. So will Schmidt die Massen spalten, damit er die Verelendung für uns in Ruhe weiter vorantreiben kann.





Das Photo oben zeigt das „Betriebsdatenerfassungssystem" der Firma Kienzle, wie es an einer Maschine montiert ist. Im Vordergrund sieht man die links abgebildete Kontrollscheibe. In einer Fachzeitung der Druckindustrie heißt die Überschrift zu einem Artikel über dieses Antreibersystem: „Optimale Auslastung durch Kienzle Betriebserfassungssystem".

Auf der Scheibe sind folgende Zeiten festgehalten:

- 7.11 Maschine eingeschaltet, Einrichten des Auftrags
- 9.13 Frühstückspause
- 10.51 Fortdruck (Beginn des Auflagendrucks) mit kleineren Pausen, z.B. für Papiernachstapeln
- 11.55 Reparatur
- 12.01 Mittagspause
- 12.46 Fortsetzung Auflagendruck
- 14.04 Der Kollege hat versehentlich vergessen, den entsprechenden Knopf während des Papiernachstapelns zu drücken, der Fahrtenschreiber registriert „Pause"
- 14.23 Fortsetzung Auflagendruck
- 14.53 Waschen und Maschine vorbereiten für nächsten Auftrag
- 15.55 Maschine abgeschaltet.

Den Produktivitätsvorsprung, den seine Konkurrenten mit neuen Offsetmaschinen erzielen, versucht der Druckkapitalist Steinbeis in der Zweckform-Druckerei Holzkirchen/Oberbayern durch Schließung der Poren des Arbeitstages wettzumachen, vorgegebene Maschinengeschwindigkeiten, Höchstdauer der Einrichtezeit und Papierzuschußmenge, mit der sie den Auftrag zu erledigen haben.

Um bei dem Geschäft der dazu nötigen Bespitzelung und Antreiberei organisieren zu helfen, bietet die Kienzle-Apparate-GmbH, Villingen, Fahrtenschreiber für Maschinen an, die direkt an die Fertigungsmaschine angeschlossen werden und jede Unterbrechung des Maschinenlaufs festhalten. Bei Zweckform werden die Druckzeiten mit solchen Fahrtenschreibern erfaßt. „Dauernd bist du am Tastendrücken, damit keine Fahrzeiten für den Auftrag entstehen", beschreibt ein Arbeiter diese Schikane. Für jede Unterbrechung des Maschinenlaufs müssen bestimmt Knöpfe gedrückt werden, um im Fertigungsprotokoll die Pause in der Kapitalverwertung dem Kapitalistenhunger gegenüber zu rechtfertigen. Das wird nicht stillschweigend hingenommen. Der Kampf gegen die kurzen Vorgabezeiten ist auf der Tagesordnung und schon öfter ist eine Uhr zu keinem Protokoll mehr zu gebrauchen.

Mercator-Druckerei Westberlin

Die Zeitung erschien mit Verspätung

Westberlin. Im diesjährigen Streik der Druckarbeiter um 9%, mindestens 140 DM standen die Mercator-Arbeiter an vorderster Front gegen die Kapitalisten. Sie haben dabei ihre Einheit und Kampfkraft bedeutend gestärkt. Durch den Verrat der Sozialdemokraten in der Führung der IG Druck und Papier kam ein 6%-Abschluß zustande, wirksam ab 1. Juni. Dieses Ergebnis bedeutet weiteren Reallohnabbau: Berechnet man den Nettolohn (Steuerklasse 3) und legt die amtliche Inflationsrate von 4% zugrunde,so kommt man bei der Setzerei zu folgendem Ergebnis: Nach einem Jahr haben die Anzeigensetzer 27 DM weniger in der Tasche und die Hilfsarbeiter 21 DM weniger. Die Maschinensetzer haben nach dieser Rechnung noch ein Plus von 16 DM, sagen aber selbst, auch bei ihnen würde der Reallohn sinken. Dies stimmt und kommt auch heraus, wenn man anstelle der amtlichen Inflationsrate eine realistische Zahl setzt, die berücksichtigt, daß die Arbeiter nicht 50%, sondern mindestens 75% ihres Lohns für die im Preis besonders stark gestiegenen Lebensmittel, Strom, Gas, Wasser, Miete usw. ausgeben. Tatsächlich haben die Arbeiter bei Mercator durchschnittlich einen Reallohnabbau von ca. 40 DM zu verzeichnen.

Für viele Arbeiter bei Mercator war es unmittelbar nach dem Streik schon klar, daß sie sich eine innerbetriebliche Zulage holen müssen. 65 % haben das Ergebnis abgelehnt. Die Drucker an der Rotation stellten damals eine Forderung von 300 DM mehr pro Monat auf. Sie haben im Kampf für die Durchsetzung der Forderung die Überstunden verweigert. Durchsetzen konnten sie sie nicht, weil sie durch die Höhe der Forderung von den anderen Abteilungen isoliert waren.

Im Laufe des Jahres wurde die Ausbeutung durch Intensivierung der Arbeit und Überstunden zusätzlich verschärft. Bezieht man die Anzahl der Seiten, die während des Streiks produziert worden wären, in die Rechnung ein, so ergibt sich für 1976 eine Erhöhung der Seitenzahl des „Tagesspiegel" um 264 (24 Seiten plus 240 Seiten Streikausfall) und des „Abend" um 122 (216 Seiten Streikausfall minus 96 Seiten). Und dies bei weniger Arbeitern als 1975.

Mehrere Monate lang wurde in den verschiedenen Abteilungen ein Kleinkrieg gegen die Verschärfung der Ausbeutung geführt: In demKorrektorat, und Anzeigensetzerei sind Neueinstellungen erzwungen worden. Viel diskutiert wurden in dieser Zeit die Pläne der Druckereibesitzer Maier und Sonnenfeld, die Produktion über kurz oder lang auf Fotosatz umzustellen. Es wurde festgestellt, daß die neue Maschinerie, die an sich die Möglichkeit von Arbeitserleichterung und Arbeitszeitverkürzung mit sich bringt, unter den Bedingungen der Profitproduktion nur den Zweck hat, die Arbeiter zu geringeren Löhnen stärker auszubeuten und einen Teil von ihnen auf die Straße zu setzen. Das hat die Einsicht gestärkt, daß sich die Belegschaft bereits in den nächsten Auseinandersetzungen für den Kampf gegen die Folgen der Rationalisierung rüsten muß, weil einzig und allein die Kraft, die die Arbeiter entwickeln können, entscheidet, ob der Geschäftsleitung ein Strich durch die Rechnung gemacht wird.

All dies sind die Vorbedingungen, unter denen sich in den letzten Wochen die Auseinandersetzung immer mehr auf den Lohn konzentriert hat. Die Arbeiter der Stereotypie haben unter Hinweis auf den erhöhten Arbeitsanfall eine Forderung von 80 DM mehr pro Monat durchgesetzt. Die Abzieher der Anzeigensetzerei, die den niedrigsten Lohn bekommen, haben die Angleichung an die Abzieher der Mettage erkämpft. Das macht 40 Pfennig mehr die Stunde. Die Geschäftsleitung verfolgte anfangs die Taktik, hie und da Zugeständnisse zu machen, um die Herausbildung einer einheitlichen Front im Betrieb zu verhindern.

Als die Maschinensetzer jedoch 60 Pfennig mehr pro Stunde forderten und die Hilfsarbeiter 50 Pfennig mehr, wobei sie der Geschäftsleitung in einem Schreiben ein Ultimatum setzten, ging die Geschäftsleitung voll auf Konfrontationskurs. Den Hilfsarbeitern aus der Rotation hat der Betriebsleiter Gerlach gedroht, sie würden alle entlassen, wenn sie ihr Schreiben nicht zurücknehmen würden. Sie haben ihr Schreiben zurückgenommen, halten aber die Forderung aufrecht.

Gegenüber den Maschinensetzern hat Maier geäußert, er wolle eigentlich erst in ein paar Jahren – wegen der Kosten – auf Fotosatz umstellen, wenn aber die Maschinensetzer ihre Lohnforderung durchsetzen würden, sei er gezwungen, dies sofort zu tun. Die Arbeiter haben dieses Verwirrspiel durchschaut: Maier erhöht jetzt die Ausbeutung und damit seinen Profit, um dann mit dem von der Belegschaft produzierten Kapital die Produktion umzustellen.

In dieser Lage hat sich die Einheit der Belegschaft in der letzten Woche rasch geschlossen. Fast alle Abteilungen haben Forderungen zwischen 50 und 60 Pfennig mehr pro Stunde aufgestellt.

Die Maschinensetzer sind für ihre Forderung in den Bummelstreik getreten. Fast zwei Wochen lang erschien der „Abend" mit einer halben bis eineinviertel Stunden Verspätung. Um die Zeitung überhaupt fertig zu bekommen, wurde massenhaft alter Satz verwendet, die Endkorrekturen wurden nicht mehr gemacht. Ein Teil der Satzherstellung wurde außer Haus gemacht bei drei Fremdfirmen. Am Samstag, den 25.12. erschien der Tagesspiegel mit 14 statt mit 22 oder 26Seiten. Die Lage ist günstig, die Mercator-Kapitalisten stehen in scharfer Konkurrenz zu Springer, der zum Beispiel seit einiger Zeit die „Welt" mit Regionalteil herausgibt.

Die Maschinensetzer haben ihren Bummelstreik am Donnerstag, den 30.12. ausgesetzt, weil sich herausgestellt hat, daß der Kampf auf Abteilungsebene nicht erfolgreich geführt werden kann. Am gleichen Tag hat eine Vertrauensleutesitzung stattgefunden, auf der beraten wurde, welche Kampfschritte erforderlich sind, um diese Forderungen durchzusetzen. – (tk, Westberlin/Red.)

Konzentration und Zentralisation in der Rei fenindustrie

Die Chemietarife laufen am 30. April, die Kautschuktarife am 31. Juni 1977 aus.

Am 15.12.76 tagte der Aufsichtsrat der Conti, das ist in erster Linie die Deutsche Bank und der Chemie-Konzern Bayer. Diese Aufsichtsratssitzung sollte eine Zwischenbilanz ziehen, denn die Herren von der Deutschen Bank und Bayer haben Größeres vor. Um Marktanteile und Absatzgebiete geht der Kampf, um das Ziel, den Profit weiter hochzuhalten. Aus diesem Grund soll die Gummi-Industrie neu organisiert werden.

Contis Vorstandsvorsitzender Hahn hat sich damit gebrüstet, daß einem Umsatzzuwachs von 8 % ein erneuter Belegschaftsrückgang von 3,5 % gegenübersteht. „Angesichts der Tatsache, daß innerhalb des Konzerns die höchsten Lohnkosten in Hannover entstehen, sieht die neue Unternehmenskonzeption vor, lohnintensive Reifen vor allem im französischen Werk Sarreguemines, aber auch in Korbach zu fertigen." (Handelsblatt, 21.12.) Im Werk Stöcken (Hannover) sind im Sommer bei den Reifenwicklern die Akkorde verschärft worden; früher haben z.B. in der Auto 2 in einer Schicht über 100 gearbeitet, jetzt sind es weniger als 50. Von Hannover-Stöcken nach Hannover- Limmer gab es Umsetzungen, die Lohnsenkungen bis zu 2 DM oder den Übergang zur 3-Schichtarbeit zur Folge hatten. Technische Artikel sollen nach Northeim verlegt werden. Rund 10 000 Beschäftigte wurden in den letzten 10 Jahren auf die Straße gesetzt. Mit den verbliebenen wurde etwa die gleiche Menge an Produkten geschaffen. Der Umsatz pro Kopf der Belegschaft stieg um mehr als das Doppelte.

Die gleichen Umorganisierungen in der Produktion werden im Augenblick in den Gummikonzernen Phoenix und Metzeler vorgenommen, die ebenfalls in der Hand der Deutschen Bank und von Bayer sind. Phoenix lagert die gesamte Reifenfertigung aus Hamburg aus. Zu diesem Zweck wurde das Werk Reisdorf an der DDR-Grenze mit Zuschüssen aus der Steuerkasse in Millionenhöhe ausgebaut. Im Hamburger Werk sollen nur noch technische Artikel hergestellt werden.

Bei Metzeler wurde eine Reihe von Artikeln in das Werk im Odenwald verlegt, im Hauptwerk werden nur noch Traktoren- und Motorrad-Reifen gefertigt. Zwischen den Unternehmen gibt es Absprachen über die Produktplanung und andere Formen der Zusammenarbeit. Gegenüber den Belegschaften aber heißt es: „Fusionierungspläne bestehen nicht". Zentralisation des Kapitals, um mit weniger Arbeitern mehr zu produzieren, des Höchstprofits wegen, das soll erreicht werden. Die Stundenlöhne der Chemiearbeiter liegen in Niedersachsen zwischen 0,80 DM und 1 DM unter dem Bundesdurchschnitt. Die Lohnabschlüsse der letzten 2 Jahre waren Lohnraub, 1975 die 6,8 % und 1976 die 5,85 %, mindestens 85 DM.

Die Lage der Chemiearbeiter macht es notwendig, einen Festbetrag für alle gleich zu fordern. Schon im letzten Jahr gab es eine starke Bewegung für einen Festbetrag. 1976 ist es erstmals auf der hannoverschen Vertrauensleute-Vollversammlung zur Vorbereitung der Tarifrunde gelungen, eine Mehrheit für einen Festbetrag herzustellen.

Gut in Erinnerung sind alle Angriffe auf die Lebens- und Arbeitsbedingungen. Der Conti-Vorstand hat es nicht gewagt, eigentlich geplante Massenentlassungen im Zuge der Umstrukturierungsmaßnahmen durchzuführen. Auf der letzten Vertrauensleutesitzung in Vahrenwald gab es scharfe Auseinandersetzungen um die Verlegung einer Abteilung nach Northeim. Nächste Woche sind Vertrauensleutesitzungen, in der darauffolgenden Betriebsversammlungen. – (Betriebszelle Conti, Hannover/Red.)

Die Pauke klingt hohl

Verschiedentlich wird geglaubt, daß es ausreicht, den Sozialdemokraten, die mit den Einheitgewerkschaften die Kampfkraft der Arbeiterbewegung umklammert halten, auszurechnen, daß die oder die Forderung niedrig sei, sodann eine andere Forderung zu fassen, und so ginge es dann vorwärts.

Das wird ein böses Erwachen geben. Daß zum Beispiel die 8-Prozent-Forderung den Interessen der Beschäftigten nicht entspricht, haben die führenden Sozialdemokraten lange gewußt, bevor sie diese Forderung aufgestellt haben.

Ihnen ging es bloß darum, ob sich vielleicht die klassenkämpferisch eingestellte Bewegung der Beschäftigten in öffentlichen Diensten durch diese Forderung verwirren oder spalten lassen würde.

Die *Spaltung*, das wissen wir inzwischen, konnte verhindert werden. Die *Verwirrung*, die *Zersplitterung* aber nicht. Wir haben in den öffentlichen Diensten gegenwärtig weit über hundert verschiedene Varianten der gleichen Forderung, Festgeld und Urlaubsgeld wie Kindergeld, das hat es überhaupt noch nicht gegeben in den letzten acht Jahren.

Wie kann man sich da damit beruhigen, daß die Forderung des Hauptvorstandes „weggeputzt" ist? Wie kann man sich mit dieser gefährlichen Situation abfinden? Zumal jeder bemerken muß, daß die führende Sozialdemokratie zwar gegenwärtig ziemlich auf die Pauke haut, aber dabei z.B. von Heinz Kluncker, der am lautesten herumklopft, bereits von der schäbigen 8-Prozent-Forderung *nach unten* abgewichen wird. Heinz Kluncker dröhnt überall herum, niemand solle denken, daß es dieses Jahr zu einem niedrigeren Abschluß käme als voriges. Da der vorige Abschluß offiziell mit 5,3 Prozent gerechnet wird, hat sich damit der „Forderungsvorschlag" des Geschäftsführenden Hauptvorstandes auf 5,3000001 Prozent *erniedrigt*. Na, vielleicht schamhalber 5,4 Prozent.

Dieses Zurückweichen nennt die Bourgeoispresse „Ankündigung harter Tarifverhandlungen". Obwohl die Bourgeoispresse pflichtschuldig Kritik an den „schlimmen" Äußerungen der Gewerkschaftsführer übt, geschieht das doch mit Augenzwinkern! Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung":

„Alle Gewerkschaftsvorsitzenden des DGB sind zugleich Sozialdemokraten. Sie bilden den Gewerkschaftsrat beim Parteivorstand der SPD. Dieser tritt im Januar abermals zusammen. Dort werden die mit dem Verzicht von Arbeitsminister Arendt offenkundig gewordenen Schwiengkeiten offenkundig gewordenen Schwierigkeiten zwischen SPD und DGB eine Rolle spielen. Andererseits haben diese Gewerkschaftsführer bei aller Kritik den Sozialdemokraten noch nie die Gefolgschaft versagt ..."

Was in diesem Gewerkschaftsrat vorgeht, würde Millionen Arbeiter interessieren, aber sie erfahren es nicht, nicht einmal, wenn sie Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands sind.

Das letzte Mal ist offenbar ausgemacht worden, daß man jetzt ordentlich auf die Pauke hauen muß, um die klassenkämpferische Bewegung dort zu erwischen, wo sie noch schwach ist. Das ist, so bitter das Zugeben fällt, die Politik.

Wir haben jetzt eine Situation, in der die führenden Sozialdemokraten rundherum alle Erscheinungen des gesellschaftlichen Lebens in die Lohnbewegung hineintragen: die Rentenfrage, die Steuerfrage, die Schulverhältnisse, die Lage der Studenten, zu was man will, äußern sich diese Sozialdemokraten.

Die Revolutionäre aber begnügen sich oft mit Auseinandersetzungen um die Forderung. Liegt es nicht auf der Hand, daß in solcher Lage die breiten Massen der politischen Betrügerei der Sozialdemokratie ausgeliefert sind, daß sie vor die Wahl gestellt bleiben, entweder politische Apathie zu üben oder aber Reformismus zu üben? Worauf das hinausläuft? Heinz Kluncker schwadroniert es in der Presse heraus:

„Es wäre ganz gut, wenn jetzt mal eine wirkliche Bilanz auf den Tisch gelegt würde, wenn die realistische Entwicklung dargestellt würde und dann die notwendigen Konsequenzen abgestimmt der Öffentlichkeit vorgetragen würden."

Das nennen wir aus der Schule geplaudert. „Dann" sollen die „notwendigen Konsequenzen", über die in Wahrheit bereits Einheit zwischen Regierung und DGB besteht, „abgestimmt" durchgeboxt werden. – (mf)

Fernmeldeauskunft:

Bremen. Seit Anfang Dezember machen nur noch drei statt vier Frauen Nachtdienst. Vorher gab es zwei Stunden Pause, in der man sich in die Betten legte, die zu diesem Zweck aufgestellt wurden. Mit der Reduzierung des Personals nahm man das Bett weg. Nach der neuen Verfügung gibt es nur noch eineinhalb Stunden Pause. Die erste Pause gibt es nach vier Stunden. Die Frauen arbeiten morgens von 8.00 Uhr bis 13.00 Uhr und kommen um 21 Uhr wieder. Man muß ordentlich schuften, um die anfallende Arbeit zu schaffen: Auskunft, Auftragsdienst, Weckdienst, Störungsannahme und Dienstvermittlung. Nach der nebenstehend abgedruckten neuen Regelung bekommt die letzte Kollegin ihre erste Pause von 45 Minuten um 3.15 Uhr – nach sechseinviertel Stunden Nachtarbeit!

Die Pause kann auf 30 Minuten verkürzt werden. Die Dauer ist dem Verkehr anzupassen. Mit dem Schlafen ist es aus. Jetzt gibt es nur noch ein Bett.

Sitzt man am Platz und es ist nichts zu tun, so hat man seine Pause schon gehabt, ohne es zu merken. „Arbeitsangebotsbedingte Wartezeit" nennt man diese Pausen. Man darf aber nicht weggehen, da ein Anruf kommen könnte.

Vorher wurden acht Stunden gearbeitet, jetzt neuneinviertel Stunden. Wird die Pause auf 30 Minuten gekürzt, dann sogar neuneinhalb Stunden.

Man kann sich gut vorstellen, daß Joormann und sein Gehilfe Meineke das auch für die Tagesarbeit durchsetzen wollen. Die Frauen haben den Personalrat eingeschaltet. Auf einer Versammlung, die ein Ersatz für die Personalversammlung sein sollte, zu der die Arbeiterinnen nicht durften, erklärte Joormann, die Frauen aus der Auskunft hätten einen Vorteil gegenüber allen Kollegen: die Schichtarbeit!

Diese Herrschaften wissen, daß Widerstand da ist unter den Kolleginnen. Nicht umsonst regt sich Meineke auf, daß einige es wagen, nur noch das zu arbeiten, was sie müssen und kein Stück mehr. Joormann versuchte es auf die plumpe Tour – er erklärte, er würde durch seine Maßnahmen sicher keine Beförderung bekommen. Dadurch konnte er keinen Blumentopf gewinnen. Auch Amtsvorsteher Pikkert hatte wenig Erfolg, als er erklärte, er wolle doch einmal die Meinung der Frauen hören. Man sagte ihm, daß man darauf verzichte, er hätte sie vor der Einführung solcher Maßnahmen befragen sollen. – (Zelle Post Bremen)

Antreiber holen das Letzte heraus

Fa/FeDb

Bremen, den 3.Dezember 1976
F.: 3 00 - 64 50

Betriebsverfügung Nr. 5/76

Anläßlich einer erneuten Überprüfung des reibungslosen Betriebsdienstes während der Nacht, wurde festgestellt, daß ohne Rücksicht auf unsere Kunden Ruhepausen abgewickelt werden. Da immer noch falsche Vorstellungen über die Arbeitsunterbrechungen während des Nachtdienstes bestehen, wird nachfolgend noch einmal erläutert, welche Arbeitsunterbrechungen erlaubt sind:

Die Zeitansätze für die Pausen und Erholzeiten sind in den Bemessungsbereichen FeAk und FeAD in dem Bemessungsergebnis enthalten. Entsprechend dem Pausenfaktor hat die Arbeitskraft bei einer Arbeitszeit (z.B. 21.00 bis 07.00Uhr) von zehn Stunden Anspruch auf Arbeitsunterbrechung von insgesamt 90 Minuten. Darin ist eine Pause von 45 minütiger Dauer enthalten, die gemäß BPMVfg III M 4 8450-0 v.31.3.71 (s.Anl.2) bei einer Dienstschicht mit durchgehender Arbeitszeit von sieben Stunden und mehr zu gewähren ist. Die Pause kann auf 30 Minuten verkürzt werden.

Pause

Die Pause ist planmäßig vorzusehen. Das Merkmal der Planmäßgkeit ist auch dann noch erfüllt, wenn die Arbeitsunterbrechung hinsichtlich ihrer Dauer festliegt, aber ausnahmsweise nur während einer ungefähr bestimmten Zeit. (z.B. 00.00 bis 02.00 Uhr) anfällt.

Erholungszeit (Kurzpausen)

Die nicht auf die planmäßige Pause anzurechnende Zeit für Arbeitsunterbrechungen gilt als Erholungszeit. Erholungszeiten können zu Kurzpausen bis zu weniger als 15 Minuten zusammengefaßt werden, wenn arbeitsangebotsbedingte Wartezeiten nicht erholungswirksam genutzt werden können. Das dürfte in der Regel für den Nachtdienst nicht zutreffen, weil arbeitsangebotsbedingte Wartezeiten vorhanden sind.

Die Dienstkraft ist während der Pause und der Kurzpause von der Pflicht zur Arbeitsleistung und Bereithaltung zur Arbeit befreit. Für die Ablösung am Arbeitsplatz sind Ablösekräfte einzusetzen.

Die an dem o.a. Fehlverhalten beteiligten Kräfte werden wir verhandlungsschriftlich vernehmen.

Außerdem wird hiermit angeordnet, daß die Pausen erst *nach 01.00 Uhr* eingerichtet werden. Die zeitliche Dauer (45 oder 30 Minuten) ist von der dienstältesten Kollegin dem Verkehr anzupassen und festzulegen.

gez. Joormann



Wolfsburg. Am 4.1. führten vier Auszubildende des Krankenhauses Wolfsburg einen Prozeß für die Rücknahme ihrer fristlosen Kündigungen durch. Diese Entlassungen waren vor zwei Monaten war die Reaktion des Dienstherrn auf einen Leserbrief von 77 Beschäftigten in der Wolfsburger Allgemeinen Zeitung gegen die Einführung der fünfeinhalb-Tage-Woche und gegen die schlechten Arbeitsbedingungen im Krankenhaus. Angegriffen wurde der Oberstadtdirektor Hasselbring als Verantwortlicher dieser Maßnahmen. Bis heute ist die Einführung der fünfeinhalb-Tage-Woche am Widerstand der Beschäftigten gescheitert.

Am Prozeß nahmen 100 Menschen teil. Alle vier Kündigungen mußten zurückgenommen werden.

Die Beschäftigten im Krankenhaus hatten zum Prozeß mobilisiert: Transparente wurden gemalt und im Schwesternheim ausgehängt. Die Wiedereinstellung wurde u.a. von VW-Arbeitern und dem ÖTV-Kreisjugendausschuß gefordert.

Hamburg. Auf der Weihnachtsfeier einer Abteilung des Amtes für Jugend Hamburg wurde über den Befreiungskampf des palästinensischen Volkes unter Führung der PLO diskutiert. Anlaß für diese Diskussion waren die vom Dienstherren verstärkt durchgeführten Fortbildungsreisen nach Israel (z.B. aus dieser Abteilung waren vier von dreißig Kollegen in Israel) zwecks ideologischer Gewinnung der Beschäftigten für die imperialistischen Ziele der BRD in Nahost. Die Abteilungsleiterin sah sich veranlaßt, den Staat Israel zu verteidigen als ein bewundernswertes Experiment, das gerade von uns Deutschen unterstützt werden müßte. Dies stieß auf die Empörung der Kollegen, und es wurde nachgewiesen, daß die „Wiedergutmachungsleistungen" der BRD für Israel nichts anderes sind als direkte und indirekte Rüstungshilfen zur Stützung des Zionistenstaates. Die Spendensammlung zur Unterstützung der PLO ergab 52 DM.

Osnabrück. In Niedersachsen sind zur Zeit 2 400 Lehrer mit einem befristeten Halbjahresvertrag und 1 000Stundenlehrer mit Drei-Monatsverträgen beschäftigt. Zum 1.2.77 wird der eineinhalbjährige Vorbereitungsdienst für Lehramtsanwärter mit erstem Staatsexamen eingeführt. In dieser Zeit unterliegen die Lehramtsanwärter scharfer politischer Kontrolle und Unterdrückung durch schriftliche Unterrichtsentwürfe, Unterrichtsbesuche, Gutachten, Unterricht unter Kontrolle, Abschlußprüfung. Die Mitgliederversammlung der GEW Osnabrück Stadt lehnt den Vorbereitungsdienst ab. Der Arbeitskreis junger Lehrer und Erzieher fordert vom Landesvorstand der GEW Aktionen gegen den Vorbereitungsdienst. Fünfzig Teilnehmer einer Veranstaltung der Fachgruppe Hochschule der GEW Osnabrück fordern zusätzlich die Einstellung aller ausgebildeten Lehramtsanwärter zum 1.2.77. Um die Einheit gegen den staatlichen Dienstherrn herzustellen, forderte die Bezirksverteterversammlung der GEW Osnabrück Stadt für die Tarifrunde 170 DM für alle.

Verschärfte Ausbeutung der Arbeiter bei der Deutschen Bundespost. 1976 mußten 26 500 Arbeiter weniger als 1973 mehr an Arbeit schaffen. 900 Millionen DM hat das der Post eingebracht. (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 31.12.76) Von den 440 000 Arbeitsplätzen sollen noch 48 000 wegrationalisiert werden. Der Arbeitstag wird verdichtet und verlängert: Im Juli 1976 beliefen sich die Überstunden aus 1975, die weder bezahlt noch mit Freizeit abgegolten worden sind, allein auf drei Millionen Stunden. Das sind ca. 40 Millionen DM an Lohn, die die Post einbehalten hat.

Auf diese Weise hat die Deutsche Bundespost, die 1975 34,2 Milliarden DM Schulden bei westdeutschen Banken hatte, 1976 eine Milliarde DM Gewinn gemacht und rechnet für 1977 mit mindestens einem eben so hohen Gewinn. Schon jetzt ist klar, daß 1977 die Arbeitshetze für die Arbeiter bei der Post enorm zunehmen wird: Ab sofort können die neuen Tastenwahltelefone installiert werden. Es lagen schon Ende 1976 mehr Bestellungen vor, als Tastenwahltelefone installiert werden können, so daß die Deutsche Bundespost jetzt lange Wartezeiten für die Neuanschlüsse angekündigt hat.

Gleichzeitig nutzt die Deutsche Bundespost ihre Monopolstellung, um durch enorme Gebührenerhöhungen die Volksmassen weiter auszuplündern: Der Tastenwahlapparat kostet im ersten Jahr 122,80 DM mehr an Gebühren als ein normales Telefon, in den weiteren Jahren 82,80 DM mehr. (Handelsblatt, 28.12.76)

Rationalisierungen bei der Bahn. Nach Angaben des Verkehrsministeriums mußte das Streckennetz der Bundesbahn von jetzt 29.500 km auf die Hälfte reduziert werden, damit die Bahn „wirtschaftlich arbeitet". (Süddeutsche Zeitung, 28.12.76) Für 1977 sind Streckenstillegungen geplant, die vor allem den Personennahverkehr betreffen, so daß viele Arbeiter vom Wohnort nicht mehr ohne Auto zum Arbeitsplatz kommen, und der Gegensatz von Stadt und Land vertieft wird. Die Transportmöglichkeiten der Kapitalisten (Güter- und Stückgutverkehr) sind nicht betroffen.

Einher mit diesen Rationalisierungen geht das Einsparen von Personal: 1976 waren 4,5% weniger beschäftigt bei der Bahn als 1973, 3000 Beamtenstellen sind 1976 eingespart worden. Die Finanzbourgeoisie, die die Bundesbahn über Milliardenschulden fest im Griff hat, fordert vom „tapferen Gscheidle" in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 29.12.76 : „ ... kein Fackeln und kein Zögern mehr ... für die durchgreifende Rationalisierung der Bahndienste und die viel zu hohen Personalkosten".

Gscheidle kündigte in der Süddeutschen Zeitung vom 3.1.77 die Einsparung von 30.000 Arbeitsplätzen in diesem Jahr an.

Osnabrück. Auf der „erweiterten Vorstandssitzung" der ÖTV Osnabrück(ca. 100 Funktionäre) am 20.12.76 wurde folgende Abstimmung zur Tarifrunde durchgeführt:

Für Festgeld von 170,DM stimmten 40, für 8%, mindestens 150,DM 60.

Für die Auszubildenden wurde beschlossen: Abschaffung der Vergütungsunter schiede zwischen den Ausbildungsjahren, Angleichung an das letzte Ausbildungsjahr, 80 DM mehr.

Uni Göttingen: Der Kampf gegen die Rationalisierung und Entlassungen bei den Putzfrauen wird organisiert

Kurz vor Weihnachten hat der Kurator der Universität Schneider die Putzfrauen der Universität zusammenrufen lassen, um ihnen zu eröffnen, daß „große Eile" Not tue, um die Rationalisierungsmaßnahmen durchzusetzen. Der „hohe Kostenanteil an den Bewirtschaftungskosten der landeseigenen sowie der vom Land Niedersachsen angemieteten Gebäude und Räume erfordert eine stärkere Rationalisierung", so lautet der Auftrag im Runderlaß des Ministers für Finanzen vom 22.1.1976. Ein Jahr ist vergangen und die Bourgeoisie will Ergebnisse sehen. Der Kurator und seine Oberaufseher und Antreiber haben den entscheidenden Durchbruch nicht erzielen können.

Der Dienstherr hat in den letzten Jahren in verschiedenen Vorstößen die Arbeits- und Lebensbedingungen angegriffen und versucht zu spalten. So wurde eine jahrelang außertariflich gewährte 20 minütige Pause gestrichen, Stunden gekürzt und durch Umsetzungen die Arbeitshetze erhöht. Aber der Widerstand der Kollegen hat den Dienstherrn aufgehalten. Als zum Beispiel 1975 am anorganischen-chemischen Institut durch Abzug von Frauen die Arbeitshetze immer mehr erhöht wurde, legten die Frauen zeitweise die Arbeit nieder und berieten Kampfmaßnahmen gegen den Dienstherrn.

Jetzt will der Kurator zum großen Schlag ausholen. Ein Jahr haben des Kurators Beauftragte gebraucht, um die Hälfte der Reinigungsflächen der Universität auszumessen. Anhand der Richtlinien und der darin festgelegten Richtzahlen für den Personalbedarf pro Reinigungsfläche und Arbeitsstunde sei festgestellt worden, so der Kurator, daß eine „Überkapazität" von 30 % bestehe und damit über 100 Reinigungsfrauen entlassen werden müßten. Kennt man die Richtzahlen, durchschaut man den Charakter dieser Maßnahmen: Zwischen 100 und 200 qm Bodenfläche sollen pro Stunde und Frau geputzt werden. Genau festgelegt ist, was und wie geputzt wird. Wo die „Überkapazität" herkommt, ist schnell geklärt: Eine immense Arbeitssteigerung soll die Entlassung von über 100 Reinigungsfrauen ermöglichen. Der Kurator hat vor, die Arbeitszeit eines Teils der Putzfrauen unter 20 Stunden zu senken, wodurch sie aus der Sozialversicherung fallen. So will der Kurator radikal die Lohnkosten senken und einen Teil der Belegschaft völlig rechtlos machen. Für diejenigen Kolleginnen, die in den nächsten Jahren die Altersgrenze erreichen, bedeutet das, mit rund 100 DM weniger in Rente zu gehen.

Gegen diesen Angriff wird der Widerstand organisiert. Das hat auch Kurator Schneider schon zu spüren bekommen. Der Versuch, die Putzfrauen aus den verschiedenen Bereichen mit verschiedenen Arbeitsverträgen, Stundenzahl und Entlohnung gegeneinander auszuspielen, ist nicht gelungen. Die „Alternative", zwischen denen die Putzfrauen wählen sollten:

1. Verkürzung der Arbeitszeit für alle auf 4 Stunden
2. Verkürzung der Arbeitszeit auf 4 1/2 Stunden (dann wären immer noch 30 Kolleginnen zu viel)
3. Kürzung der Arbeitszeit – eventuelle Übernahme in das neue Klinikum – bzw. eine Verbindung zwischen 2. und 3.,

die auf einem Fragebogen angekreuzt werden sollten, wurden abgelehnt. Die ÖTV-Vertrauensleute des Universitätskuratoriums haben in einem Flugblatt dazu aufgerufen, keine Fragebögen auszufüllen. Die Putzfrauen haben sich nicht die Köpfe darüber zerbrochen, wie ihnen das Fell über die Ohren gezogen werden soll. Stattdessen hatten Putzfrauen aus vielen Bereichen ihre Personalvertretungen mit auf die Versammlungen gebracht, obwohl diese nicht eingeladen waren. Angegriffen wurde Kurator Schneider, als er versicherte, er werde alle Härte vermeiden und er habe, Gott sei Dank, gerade die Fläche des neuen Klinikums zur Reinigung zur Verfügung, um Entlassungen zu verhindern und die Arbeitsplätze zu sichern

Ist das nicht sozial? Um nicht entlassen zu werden, sollen die Reinigungsfrauen die riesigen Flächen des neuen Klinikums mit sauber halten und dem Kurator dafür auch noch dankbar sein. (Wie ernsthaft seine Sorge um den Arbeitsplatz der Putzfrauen ist, zeigt sich darin, daß inzwischen eine Gebäudereinigungsfirma im Göttinger Tageblatt Reinigungshilfen als Aushilfe und auch ohne Arbeitspapiere fürs neue Klinikum sucht.)

Der Kurator wird den Dank der Reinigungsfrauen zu spüren bekommen. Sie beraten Streikmaßnahmen. Die Illusion derjenigen Putzfrauen, die nicht unter der Aufsicht der Zentralen Hausverwaltung arbeiten, daß die einzelnen Institusdirektoren sich für sie einsetzen, schwindet. Es zeigt sich, daß man nicht auf die Dienstaufsicht vertrauen kann, sondern sich zusammenschließen muß. Das brachten auch die Putzfrauen zum Ausdruck: „Ich mach mich doch nicht für den Staat kaputt!" und „Wir müssen streiken und mit Schrubber und Eimer auf den Markt ziehen und der Bevölkerung zeigen, was beim Staat passiert!"

Niedersächsisches Kultusministerium beschließt Ausweitung des Berufsgrundbildungsjahres.
Um den „Schülerberg der kommenden Jahre zu steuern", plant das Kultusministerium zum 1.8.77 für die Bereiche Druck und Papier Celle und Peine, zum 1.8.78 außerdem für die Landwirtschaft in Ostfriesland und im Emsland das Berufsgrundbildungsjahr einzuführen. Ab 1.8.76 läuft in Niedersachsen ein Berufsgrundbildungsjahr im Bereich Metall. (Niedersächsische Wirtschaft, Zeitschrift der Industrie- und Handelskammer, Nr. 23/24/76).

In Hildesheim gibt es das Berufsgrundbildungsjahr schon seit einem Jahr. Hier wurden bei Blaupunkt und Senking Berufsgrundschüler eingestellt. Einen Vertrag hatten sie mit dem Arbeitsamt. Von dort bekamen sie Sozialhilfe, wenn der Lohn der Eltern nicht zum Leben ausreichte. Sie bekamen also keinen Lohn und waren auch ansonsten im Betrieb total rechtlos. Nach Ablauf des Berufsgrundbildungsjahres wurden von siebzig Jugendlichen sieben eingestellt, für die der Kapitalist eine monatliche Prämie erhält, „weil er Räume und Ausbilder zur Verfügung stellt."

Mit dem Berufsgrundbildungsjahr soll erreicht werden, daß frühzeitig ein großer Teil der Jugendlichen für die Produktion zur Ausbeutung bereitsteht und daß die Auslese in Fach- und Hilfsarbeiter früh abgeschlossen ist.

32 700 Ausbildungsplätze stehen 1976/77 zusätzlich zur Verfügung, schreibt das Handelsblatt am 30.12.1976. Das Interesse der Kapitalisten an zusätzlichen Lehrlingen erklärt sich aus den Vergünstigungen, die sie für die Einstellung von Lehrlingen erhalten, um sie dann als billige Arbeitskraft auszubeuten.

In Neuburg haben die Kapitalisten einen Fonds gebildet, in den sie jährlich mindestens 500 DM einzahlen. Diese 500 DM bekommen sie wieder, denn sie können sie von der Steuer absetzen. Die Waren der Kapitalisten tragen ein Etikett: „Für jedes verkaufte Produkt leistet der Hersteller einen finanziellen Beitrag zur Berufsausbildung unserer Jugend." Durch eine Sache, die sie nichts kostet, ihnen aber viel einbringt, erhoffen sie einen besseren Absatz ihrer Produkte und einen Vorsprung in der Konkurrenz. Für die Einstellung von Auszubildenden erhält der Kapitalist aus dem Fonds für die gesamte Dauer der Ausbildung 300 DM monatlich, für die Einstellung von Sonderschülern und Schwerbeschädigten sogar 500 DM monatlich. 24 Jugendliche wurden seit November 1976 eingestellt.

Auch die Zahl der registrierten arbeitslosen Jugendlichen ist gestiegen. Dies geben die Landesarbeitsämter an. Sie lag Ende September 1976 bei 27 700. In dieser Angabe sind nicht die Jugendlichen enthalten, die die Suche nach einer Lehrstelle oder Arbeit über das Arbeitsamt aufgegeben bzw. gar nicht erst versucht stelle oder Arbeit über das Arbeitsamt aufgegeben bzw. gar nicht erst versucht haben.

Oldenburg. Kühnrich, Herausgeber des „Oldenburger Anzeigenblattes", läßt von vierzehn- bis fünfzehnjährigen Kindern Werbe-Handzettel verteilen. Für 1 000 Stück bekommt er rund 50 DM. Die Kinder erhalten davon die Hälfte. Dieses profitable Geschäft erlaubt ihm das neue Jugendarbeitsschutzgesetz.

Westberlin. Ein wirksames Instrument, die Auszubildenden bei Orenstein & Koppel auf den Akkord vorzubereiten, ist das Benotungssystem der Werkstücke auf der Grundlage festgesetzter Zeiten. Auf den Zeichnungen für die anzufertigenden Werkstücke steht unten eine Zeit- und Notenskala: zum Beispiel 7 Stunden ist gleich Eins; 9 Stunden ist gleich Zwei. Für die Feilarbeiten an einem Maschinenschraubstock (Grundbearbeitung) betrug die Vorgabe: 10 Stunden ist gleich Eins; 2o Stunden ist gleich Sechs. Der Beste brauchte 50 Stunden, die Letzten haben, weil sie teilweise neu anfangen mußten, jetzt über 100 Stunden.

Holzminden. Verschiedene Initiativen und Gruppen aus Holzminden und Umgebung haben einen „Provisorischen Regionalverband für Initiativen für ein selbstverwaltetes Jugendzentrum" gegründet. Sie bereiten ein Jugendtribunal vor, das die herrschenden Verhältnisse in Schule, Betrieb, Freizeit und Familie anklagen und die Forderungen nach einem selbstverwalteten Jugendzentrum bekräftigen soll.

Kiel. Der Kampf der Schüler gegen das Kernkraftwerk Brokdorf nimmt zu. Der Stadtschülerrat, die Schüler der Berufsschule I und der Max-Planck-Schule führten Veranstaltungen durch. Die Schüler der Max-Planck-Schule gaben außerdem eine Broschüre zum Kampf gegen das Kernkraftwerk Brokdorf heraus.

Braunschweig. Auf der Jugendversammlung der Technischen Universität am 23.12.76 wurden mit nur einer Gegenstimme folgende Forderungen für die Tarifrunde beschlossen: 100 DM mehr für alle Auszubildenden als Schritt zum einheitlichen Existenzlohn in Höhe des Krankenpflegeschülertarifs, zusätzlich 50 DM mehr für alle unter 18 Jahren (Lehrlinge über 18 bekommen das bereits), 300 DM Urlaubsgeld, Urlaubsangleichung wie bei den Erwachsenen.

Da die Ausbildungspläne und -inhalte an der Technischen Universität ganz unterschiedlich sind – oft wird noch nicht einmal der Werksunterricht erteilt – beschlossen die Auszubildenden: Vereinheitlichung der Lehrpläne, Zusammenfassung aller Auszubildenden eines Berufs zum gemeinsamen Werkunterricht als Ergänzung zum Berufsschulunterricht in Verbindung mit der Praxis. Außerdem sollen dort die Prüfungen vorbereitet werden.

Fernmeldelehrlinge gegen Blockunterricht

Göttingen. Ende September hat die Elektro-Innung Südniedersachsens in Absprache mit dem Kultusminister beschlossen, den Blockunterricht von 13 auf 10 Wochen zu kürzen. Begründung des Obermeisters der Göttinger Elektro-Innung Ebeling: „... Was der Lehrling bekommt, muß er auch *mindestens* einbringen ..." (Blick, 30. 9.) Inzwischen steht auch der Amtsvorsteher des Fernmeldeamtes mit der Gewerbeschule über die Kürzung des Blocks in Verhandlung und hat gleich darauf spekuliert, daß die Industrie folgt.

Gegen die Kürzung des Blocks hat es ziemlich viel Empörung unter den Lehrlingen gegeben. Die SPD mußte durch ihre Abgeordnete Wettig-Danielmeier im Landtag parlamentarische Manöver abfahren und eine Anfrage einbringen. DGB-Vorsitzender Krüger hat in einer Pressekonferenz „scharf protestiert". Sie dachten sich, sie können damit die Empörung der Lehrlinge abfangen.

Seit ihnen das nicht gelungen ist, haben sie angefangen, gegen die Lehrlinge zu hetzen und versucht, zwischen den Elektro- und Fernmeldelehrlingen zu spalten: Die Fernmeldelehrlinge seien für die Kürzung des Blocks, wahren das Göttinger Tageblatt schon Wochen zuvor berichten mußte, daß die Klasse EE 31, worin Elektro- und Fernmeldelehrlinge unterrichtet werden, sich gegen die Kürzung gewandt hat.

Der Amtsvorsteher drohte auf einer Jugendversammlung, wir sollten uns in das „Berufsschulproblem" nicht einmischen.

Inzwischen haben 45 Lehrlinge der Ausbildungsstelle des Fernmeldeamtes Göttingen in einem Offenen Brief an den Amtsvorsteher und den Kultusminister gegen den Blockunterricht protestiert und die Abschaffung des Blockunterrichts verlangt. Sie fordern 12 Stunden Berufsschule an zwei arbeitsfreien Wochentagen.

Die Forderung nach Beseitigung des Blockunterrichts hat die Bourgeoisie empfindlich getroffen. Sie hängt an ihrem „Schulversuch". Der „Schulversuch" ist die Verlängerung der Stufenausbildung. Die Schule soll Arbeitskräfte für die jeweiligen Ausbeutungsbedürfnisse der Kapitalisten aussondern: Lehrlinge mit Realschul- oder Fachschulreife, das sind die wenigsten, und solche ohne qualifizierten Abschluß. Außerdem kann der Kapitalist den Lehrling bei Blockunterricht die meiste Zeit ununterbrochen ausbeuten und kann den Berufsschulunterricht stückweise zusammenstreichen. Im Fernmeldedienst sind durch neue Personalbemessungsverfahren 10 000 Arbeitskräfte eingespart worden. Fernmeldelehrlinge werden nach der Lehre in den Postdienst gesteckt oder gar nicht übernommen. Die Ausbeutung der Lohnabhängigen im Fernmeldedienst will der Dienstherr vergrößern. Dazu braucht er eingeschränkte Facharbeiter. Früher waren die Fernmeldehandwerker in der Industrie noch als Elektromechaniker, heute nur als Fernmeldehandwerker anerkannt. Sie müssen sich an die Post oder ihre Zulieferbetriebe verkaufen. Die Ausbildung ist auf die Ausbeutungsbedürfnisse der Post zugeschnitten. Man ist nach Beendigung der Ausbildung Lohnsklave der Post. Damit denkt der Dienstherr, wirksam den Preis der Arbeitskraft senken zu können.

Die Fernmeldelehrlinge kämpfen gegen den Blockunterricht und haben die Forderung nach einer Ausbildung in allen Zweigen des Elektrohandwerks erhoben. Sogleich beginnen die Zeitungen ein fürchterliches Geschrei, und die Dienstaufsicht versucht, den Kampf zu unterdrücken. Zwei Gruppensprecher werden vom Amts- und Stellenvorsteher zwei Stunden lang verhört, und es wird verlangt, daß öffentliche Erklärungen in Zukunft dem Amtsvorsteher zur Zensur vorgelegt werden.

Die SDAJ, die den Schulversuch der Bourgeoisie verteidigt, hatte zu einem Schweigemarsch aufgerufen, um den Blockunterricht zu Grabe zu tragen. Sie hat ihren Sarg allein geschleppt. Die Meinung der Schüler war: „Nicht Särge schweigend in der Gegend rumtransportieren, sondern Krach schlagen müssen wir. Der Blockunterricht muß beseitigt werden."

In der Ausbildungsstelle des Fernmeldeamtes werden Unterschriften für eine Jugendversammlung gesammelt. Auf der Jugendversammlung soll dem Kultusminister ein Ultimatum gestellt werden, die Forderungen: 12 Stunden Berufsschulunterricht an zwei arbeitsfreien Wochentagen! Praktische und theoretische Ausbildung in allen Zweigen des Elektrohandwerks! zu erfüllen. Sonst werden die Lehrlinge streiken. Die gewerkschaftliche Jugendgruppe unterstützt diesen Vorschlag. (ps, KJB Göttingen)



Norden. Seit über einem Jahr versucht die Auricher Bezirksregierung, die kommunistische Lehrerin Laub, die an der Hauptschule Marienhafe unterrichtet, aus dem Schuldienst hinauszusäubern. Der Kampf der Schüler und Eltern hat das bisher verhindert. Bei dem ersten Anhörungstermin im Sommer hatten rund 50 Menschen Öffentlichkeit gefordert – die Regierung verzichtete auf die Anhörung. 23 von 28 Schüler ihrer Klasse und 17 von 23 Eltern hatten daraufhin in einem Brief an die Regierung gefordert: S. Laub muß Lehrerin bleiben! Weg mit den Berufsverboten! Politische und gewerkschaftliche Freiheiten im Öffentlichen Dienst! Weg mit dem KPD-Verbot!

Für den 22. Dezember hatte die Regierung einen erneuten Termin festgesetzt. Die Schüler sind während des Unterrichts durch die Klassen gegangen und haben Unterschriften gesammelt. Zwei Klassen haben erklärt: „Die Klasse 6e (6h) ist dagegen, daß eine Lehrerin ohne unsere Erlaubnis entlassen wird." Bereits über die Hälfte der 800 Schüler haben sich in Unterschriftenlisten eingetragen. Am darauffolgenden Tag haben die Schüler über 60 Wandzeitungen in der Pausenhalle der Schule aufgehängt. Auf einer heißt es:

„Die Regierung braucht sich nicht die Hände zu reiben, denn Eltern und Schüler fordern: Laub muß bleiben! Rektor Janssen – das kann nicht anders sein – steht mit seiner Meinung nicht ganz allein: Auch einige Lehrer sind mit von der Partie. Da schrein die Schüler nur noch Iiiih!"

Die Personalversammlung der Schule hat bei drei Gegenstimmen die Auricher Regierung aufgefordert, sich Anfang Januar in einer öffentlichen Versammlung an der Schule zu stellen.

In Marienhafe wurden Unterschriftenlisten verschickt, in denen gefordert wird, die „mutige Lehrerin Laub" nicht zu entlassen, sondern „zu belobigen". – (h. Norden)

– (h. Norden)

Zuchthäuser

Hildesheim. Das Diakonische Werk Hildesheim unterhält zwei Zuchtanstalten, eine für „geistig und körperlich behinderte" Frauen und ein Mädchenheim für „schwer erziehbare" Mädchen. Die Jugendlichen in diesen Zuchthäusern werden besonders brutal ausgebeutet und unterdrückt.

Ein Mädchen, das mit 13 Jahren in das Frauenheim eingeliefert wurde, berichtet: „Hier wird man erst richtig kaputt gemacht. Ist man am Anfang frech, dann gibt es dreimal täglich 25 Tropfen Haloperidol, ist der Widerstand damit nicht zu brechen, dann gibt es eben 30 Tropfen. Ich habe erlebt, wie ein Mädchen dadurch wie ein kleines Kind geworden ist." Das Mädchen selbst hat ab 13 keinen Schulunterricht mehr bekommen und mußte sieben Tage in der Woche Erwachsenenarbeit wie Wäscheschlagen verrichten.

Die Jugendlichen müssen sechs bis sieben Stunden am Tag in der Küche des Frauenhauses arbeiten und bekommen dafür im Monat 140 DM. Teilweise arbeiten die Mädchen auch außerhalb des Heimes, zum Beispiel in den Werkstätten der Lebenshilfe in Hildesheim. Hier werden für Blaupunkt und den Fuba-Kapitalisten Kolbe unter anderem Teile für Spielzeugautobahnen gefertigt. Dafür gibt es dann alle zwei Wochen 80 bis 90 DM. Außerdem werden dort auch Blusen genäht, die von der Lebenshilfe direkt vertrieben werden.



„Neuordnung der Metallberufe"

Während in der Elektroindustrie die Kapitalisten die Stufenausbildung durchgesetzt haben, wird in der Metallindustrie noch in der hergebrachten Weise ausgebildet. Im Herbst 1975 legte der Gesamtverband der Metallkapitalisten – Gesamtmetall – seine Pläne vor: eine Stufenkonzeption, die in der 1. Stufe eine zweijährige und in der 2. Stufe eine einjährige Ausbildung vorsah. Der Übergang von Stufe 1 nach Stufe 2 sollte jedoch nur bei „mindestens Note 3" in Zwischen- und Abschlußprüfung möglich sein. Gegen diese Pläne formierte sich Widerstand. In einem Antrag des 11. ordentlichen Gewerkschaftstages der IGM heißt es: „Jeder muß die Möglichkeit der Ausbildung in der 2. Stufe erhalten." Am 25.2.1976 erklärten die Metallkapitalisten in Bonn, sie hätten nicht mehr die Absicht, die Stufenausbildung im Metallbereich einzuführen.

Gesamtmetall legte am 12.4.1976 in Köln einen neuen Plan auf den Tisch. Darin sind zwei- und dreijährige Ausbildungsgänge vorgesehen. Im wesentlichen unterscheidet sich dieser Plan von dem alten dadurch, daß kein Übergang nach einer zweijährigen Ausbildung besteht. Im Handelsblatt vom 28.10.1976 stellt Rudolf Geer, stellvertretender Hauptgeschäftsführer von Gesamtmetall, den Plan der Metallkapitalisten als Hilfe für die „Lernschwachen" dar, doch dann läßt er die Katze aus dem Sack: Eine gleiche Bezahlung der zweijährig und dreijährig ausgebildeten Facharbeiter darf nach ihrem Plan nicht stattfinden. Ein sogenannter „Industriemechaniker" soll nach 2 Jahren flexibel an Arbeitsplätzen mit kurzer Einarbeitungszeit neben dem üblichen Facharbeiter mit weniger Lohn eingesetzt werden. Damit soll generell der Lohn gesenkt und zusätzlich der Lohn des Facharbeiters gedrückt werden.

Die Deutsche Industrieanlagen AG (DIAG) plant für die Betriebe Fritz Werner und Berliner Maschinenbau (BMAG) die Ausbildung ab Januar 77 durch das DIAG-Ausbildungszentrum durchführen zu lassen. Ausgebildet werden sollen Metallberufe mit 2, 3 bzw. 3 1/2 jähriger Ausbildungsdauer, Technische Zeichner (2 und 3 Jahre), Elektroberufe 1. Stufe und einige kaufmännische Berufe (2 und 3 Jahre). Der DIAG-Konzern steht mit anderen Werkzeugmaschinenbaukapitalisten in harter Konkurrenz. Die Konzernleitung setzt alles daran, die Ausbeutung der Arbeiter zu erhöhen. An vielen Arbeitsplätzen könnte ein zukünftiger „Industriemechaniker" eingesetzt werden.

Die Grundausbildung ist für alle Berufe im Ausbildungszentrum geplant, die weitere Ausbildung findet in den Betrieben Fritz Werner und BMAG statt. Die Lehrwerkstätten in den Firmen sollen aufgelöst werden. Dies bedeutet, daß die Auszubildenden direkt nach der Grundausbildung (in der Regel 1 Jahr) in die Produktionsabteilungen kommen. In den Abteilungen steht die Produktion (von Profit) an erster Stelle, auch wenn laut Geschäftsleitung Maschinen „speziell" für die Ausbildung benannt werden. Im Ausbildungszentrum sollen Zwischenprüfungen während der gesamten Dauer der Ausbildung durchgeführt werden, deren Ergebnisse in „Beurteilungsbögen" erfaßt werden.

Ablehnung des Ausbildungszentrums bei Fritz Werner

Auf einer Jugendversammlung bei Fritz Werner am 13.12. wurde das Ausbildungszentrum diskutiert. Wegfall der Lehrwerkstätten, zusätzliche Zwischenprüfungen, dies bedeutet weitere Verschlechterung der Ausbildung und zusätzliche Unterdrückung. Die Versammlung lehnte das Ausbildungszentrum mit übergroßer Mehrheit ab. Die Jugendvertretung lehnt das Ausbildungszentrum in der vorliegenden Form ab. Die Jugendvertretungen der beiden Firmen hatten im November die Vorlage der Geschäftsleitung zum Ausbildungszentrum gemeinsam mit ihren zuständigen Betriebsräten diskutiert und verschiedene Änderungen gefordert, wie die Beibehaltung der betrieblichen Lehrwerkstätten, Übernahme nach Beendigung der Ausbildung in ein Arbeitsverhältnis. Diese Gemeinsamkeit zerbrach auf einer entscheidenden Verhandlungssitzung mit Vertretern der Geschäftsleitung. Die sozialdemokratisch geführten Betriebsräte der beiden Firmen stimmten dem Plan der Geschäftsleitung zu. Die Jugendvertretungen setzten diese Beschlüsse auf Grundlage des Betriebsverfassungsgesetzes § 66 aus, was jedoch nur für die Dauer von 7 Tagen gilt.

Diese Zeit wurde genutzt, indem die Jugendvertretungen einen Informationsabend durchführten. Dazu wurden alle Eltern sowie Betriebsräte, Gewerkschaftsvertreter der IGM und die Geschäftsleitung eingeladen. In der Mehrzahl nahmen Auszubildende daran teil sowie einige Elternvertreter und ältere Arbeiter aus beiden Firmen. Die Veranstaltung war ein Erfolg, denn die überwiegende Mehrheit der Teilnehmer unterstützt den Kampf gegen das Ausbildungszentrum. Die Veranstaltung hat die Front unter den Auszubildenden gefestigt, die Diskussion mit den Eltern und älteren Kollegen in Gang gesetzt und damit den Kampf gegen das geplante Ausbildungszentrum vorangebracht. (a, Zelle Fritz Werner, Westberlin)

„Wenn alles nichts hilft, soll das Wasserwerk besetzt werden“

Aus der Umgebung von Allmendfeld und Groß-Rohrheim (südhessische Ried) beziehen die Kapitalisten aus Frankfurt, Wiesbaden und dem Main-Taunus-Kreis täglich 60 000 Kubikmeter Grundwasser. Das hat vernichtende Folgen für die Bewohner dieses Gebietes, besonders für die Bauern. Das Grundwasser ist nämlich so stark gesunken, daß große Schäden aufgetaucht sind.

Nach einem Gutachten, das die Gemeindevertretung erstellen ließ, sind folgende Schäden durch das Absinken des Grundwassers bisher entstanden:

1. Weit über 2 000 Hektar Wald sind vernichtet, was natürlich bedeutet, daß das Grundwasser weiter absinkt, weil der Wald ja ein Wasserspeicher ist. Das hat zur Folge, daß dadurch wiederum Wald vernichtet wird usw! Im Gutachten ist die Rede von der Störung des biologischen Gleichgewichts.

2. An über 49 Häusern oder Gebäuden sind Schäden aufgetaucht. Durch das Absinken des Grundwassers entstehen unter der Erde Hohlräume, was dazu führt, daß Häuser abgesunken sind, Risse an ihnen auftraten, teilweise so stark, daß sie nicht mehr zu bewohnen sind, wie das Sportlerheim des Fußballclubs.

3. Die Brunnen für die Löschwasserversorgung sind nicht mehr zu gebrauchen, da das Grundwasser zu niedrig ist. Nach Angaben des Gutachtens „könnte es vorkommen, daß im Raum Allmendfeld/Groß-Rohrheim kein Brand zu löschen sei, da kein Wasser vorhanden wäre“.

Es sind Geländeabsenkungen bis zu 80 cm festzustellen, wie etwa am Fußballplatz des Clubs. Was aber viel schlimmere Folgen haben kann, ist, daß der Damm des Rheins sich gesenkt hat. Wenn das Wasser im Rhein etwas höher steht als normal, kommt es in dieser Gegend sofort zu Hochwasser.

Was dies für die Bauern in der Umgebung bedeutet, sollen folgende Schilderungen, die aus mehreren Gesprächen mit Bauern entspringen, verdeutlichen:

Ein Bauer teilte mir mit, daß die Sache mit der Grundwasserabsenkung über Existenzen entscheiden würde. Dies käme daher, daß z.B. die Berieselungsanlagen für die Äcker nicht mehr zu gebrauchen wären. Durch den niedrigen Wasserstand sind deren Rohre zu kurz und die Pumpen zu schwach. Deshalb müßten sie sich neue Anlagen kaufen. Diese kosten aber ziemlich viel Geld. Außerdem sei noch nicht raus, ob diese überhaupt etwas mehr bringen würden. Wenn nämlich weiter Grundwasser sinkt, dann wären auch neue Anlagen überflüssig. Wo kein Wasser ist, kann man auch nichts pumpen. Das hat zur Folge, daß im Jahre 1977 ein großer Teil der Ernte zerstört sei. Ob diese noch zum Leben reichen wird, wußte er noch nicht.

Ein anderer Bauer erzählte, daß seine Wiesen kaputt wären und so das Vieh nicht mehr auf den Wiesen grasen könne. Deshalb müßte teureres Futter gekauft werden, wenn er noch weiter Vieh halten würde. Auch auf den Äkkern und Feldwegen seien Risse und Geländeabsenkungen aufgetreten. So könne man ganze Gebiete nicht mehr mit dem Traktor befahren. Wie man ohne Traktor ernten soll, das kann man sich ja vorstellen. Einem Bauer aus den Aussiedlerhöfen bei Groß-Rohrheim ist von der hessischen Landesregierung ein Ultimatum gestellt worden, daß er bis August 1977 einen Löschbrunnen mit Frostschutz gebaut haben soll.

All dies zeigt deutlich, daß die Grundwasserabsenkung in der Tat über Existenzen entscheidet. Für einen großen Teil der Bauern bedeutet es, daß sie noch weiter ins Elend gedrückt und gezwungen werden, ihre Arbeitskraft an die Industriekapitalisten verkaufen müssen, um überhaupt leben zu können. Außerdem, um ihre Schulden bei den Banken zahlen zu können. Jetzt, in der Krise, wo die industrielle Reservearmee immer weiter anschwillt, wird es den Bauern unmöglich sein, einen Arbeitsplatz zu finden.

Ein großer Teil der Bauern bei Groß-Rohrheim sind Nebenerwerbslandwirte, d.h. daß sie in der Fabrik arbeiten und außerdem noch Landwirtschaft betreiben. Das, was sie damit zusammen verdienen, reicht gerade so zum Leben. So berichtete ein „Nebenerwerbslandwirt“, der noch bei der Bundesbahn als Schrankenwärter arbeitet, daß er den Hof wahrscheinlich nicht weiterführen kann. Das, was er aber bei der Bahn verdiene, reiche allein nicht aus zum Leben. Zum Beispiel muß er zur Zeit für die Krankenversicherung sowohl bei der Bahn als auch für den Hof Beitrag zahlen.

Ausschlaggebend für die Absenkung des Grundwassers ist das Streben der Kapitalisten nach dem Höchstprofit. Dazu brauchen sie auch billiges Wasser.

So wurden bei Frankfurt Wasserwerke geschlossen, da das Grundwasser dort zu teuer für die Kapitalisten war. Zum anderen verkaufen die Kapitalisten aus Frankfurt, Wiesbaden und dem Main-Taunuskreis das Wasser, welches sie nicht selbst zur Produktion brauchen, an Dritte teurer weiter. Das Wasser aus Allmendfeld erhalten sie für 40 Pfennig, für die Dritten kostet es 53 Pfennig.

Um das „Grundwasserproblem“ zu lösen, wurde von der Landesregierung eine Arbeitsgruppe gebildet, die die Aufgabe hat, weiter dafür zu sorgen, daß die Kapitalisten ihr Wasser bekommen und die Bevölkerung, besonders eben die Bauern vom Kampf abzuhalten. Gleich zu Beginn ihrer Tätigkeit hat die Arbeitsgruppe ein „Sofortprogramm“ vorgelegt, welches nichts anderes enthielt, als neue Investitionen. So sollte ein Wasserwerk in Biebesheim gebaut werden, um das Werk in Allmendfeld zu „entlasten“. Dabei muß man jedoch bedenken, daß Biebesheim nur einige Kilometer von Allmendfeld und Groß-Rohrheim entfernt ist. Das Grundwasser würde also weiter sinken.

Außerdem sollte ein Uferfiltrat gebaut werden, von dem Rheinwasser und Grundwasser entnommen wird. Doch das Rheinwasser ist so dreckig, daß sich dies für die Kapitalisten nicht rentieren würde, da das Filtern zu teuer ist.

Diese beiden Punkte mußten also wieder gestrichen werden. Jetzt wurde verkündet, an Frankfurt usw. würden anstatt 50 000 nur noch 35 000 Kubikmeter Wasser täglich geliefert. Wahrscheinlich könnten sich die Kapitalisten kaum halten vor Lachen, wenn die Volksmassen darauf reinfallen würden. Diese tun dies aber zum „Bedauern der Kapitalisten“ nicht. Man solle doch mit dem Trinkwasser sparsam umgehen, denn „es ist nun mal das kostbarste Lebensmittel, das wir besitzen, und ist nicht beliebig vermehrbar“, verkündet Regierungsvizepräsident Bach. Ministerialrat Spazier gab zu bedenken, wie doch das Wasser vergeudet würde. Stelle man sich doch bloß einmal vor, wieviel kostbares Trinkwasser verschwendet würde, wenn man auf der Toilette raucht und seine Kippe runterspült. Vielleicht wird es bald im Sofortprogramm stehen, daß man weniger auf die Toilette gehen soll. Bisher ist es noch nicht darin enthalten. Aber eines steht schon fest, die Kapitalisten zahlen keinen Pfennig für die Schäden. Zahlen sollen die Arbeiterklasse und die Volksmassen dafür, daß die Kapitalisten aus Gier nach dem Höchstprofit die Quellen des Reichtums zerstören: den Mensch und die Erde. „Wir werden keinen Pfennig bezahlen“, sagte ein Bauer, „und werden mit allen Mitteln dagegen kämpfen“. So wurde auf einer Bürgerversammlung zu diesem Thema unter großem Applaus der anwesenden Bauern vorgeschlagen, als nächste Kampfschritte eine Demonstration mit einer Kundgebung am Wasserwerk durchzuführen. Wenn alles nichts helfen würde, soll das Wasserwerk in Allmendfeld besetzt werden.

Der Gemeinderat von Groß-Rohrheim, in dem einige Bauern drin sind, hat in der vorletzten Dezemberwoche den Beschluß gefaßt, im Januar eine Demonstration in den Wald zum Wasserwerk durchzuführen. – (ds, Lampertheim/Bezirk Hessen Süd)



Das jetzt im Bau befindliche Kernkraftwerk Grohnde/Weser wird eineErwärmung des Flußwassers und eineSenkung des Grundwasserspiegels in der Umgebung mit sich bringen und damit vor allem die landwirtschaftliche Produktion treffen. Auf der Kundgebung der Bürgerinitiative Weserbergland verlas Soldat Stürzenberger eine Solidaritätserklärung von 15 Soldaten der Gallwitz-Kaserne Hildesheim.

Brokdorf. Die Regionalkonferenz der Bürgerinitiativen gegen das KKW Brokdorf hat am 27.12. 1976 beschlossen, am 19. Februar den Bauplätz in Brokdorf zu besetzen. Dieser Beschluß zeigt deutlich, was die Bürgerinitiativen vom einstweiligen Baustopp halten. Stoltenberg erklärte auf dem CDU-Landesparteitag am 19. Dezember in Neumünster: „Der Beschluß des Verwaltungsgerichts in Schleswig, den Fortgang der Bauarbeiten bis zur Entscheidung in der Hauptsache zu versagen, sei eine reine Verfahrensentscheidung“ (FAZ, 20.12. 76). An dieser Erklärung wird klar, daß der einstweilige Baustopp nur ein Trick ist, den Kampf zu hintertreiben. „Die Landesregierung sehe jener Entscheidung mit Gelassenheit entgegen“, erklärte Stoltenberg. Die Bürgerinitiativen bereiten sich auf die Demonstration vor.

Bauern suchen Gasmasken. In der Zeitung „Land und Forst“ suchen Bauernfamilien aus Flettmar aus alten Wehrmachtsbeständen Gasmasken und Stahlhelme „zwecks möglicher Demonstrationen in Lutterloh“. In Lutterloh ist einer der drei möglichen Standorte für ein Atommüllager und eine Wiederaufbereitungsanlage.

Achim. Im Landkreis Verden sind die Wasserpreise um 10 %, die Kanalgebühren und die Müllgebühren um 38 % erhöht worden. Begründet werden die Gebührenerhöhungen jeweils mit „gestiegenen Kosten“. Über den Wasserverband, einer staatlichen Organisation, die erhebliche Profite macht, hat der Landkreis Verden die Wasserversorgung in der Hand. Schon mehrfach sind die Preise erhöht worden. In diesem Jahr ist beschlossen worden, daß die gesamte Wasserversorgung monopolisiert wird. Private Brunnen sind verboten. Alle Haushalte werden an das zentrale Netz angeschlossen. Die Kosten für den Anschluß an die öffentliche Wasserversorgung müssen vom Volk bezahlt werden. So müssen Bauern im Durchschnitt mit 3 000 DM Belastung rechnen. Hinzu kommt in fast allen Fällen, daß das alte Rohrnetz auf den Bauernhöfen nicht mehr mit den neuen Vorschriften übereinstimmt, so daß die Bauern weitere Mittel aufwenden müssen, um die Rohre zu erneuern. Der Zwangsanschluß an das öffentliche Wassernetz wird mit allerlei Gerede von der Einheitlichkeit der Wasserversorgung vorbereitet. Er bedeutet für einen Teil der Bauern Ruin und Verlust ihrer bäuerlichen Existenz. Nach dem Verbot der privaten Brunnen und dem Anschluß an das öffentliche Wassernetz sind einige Bauern, Handwerker und Arbeiter darangegangen, neue private Brunnen zu bauen, um den Zwangsanschluß zu unterlaufen.

Ausplünderung durch Mietsteigerungen. Nach Angaben des „Deutschen Mieterbundes“ werden die Mieten in Hamburg und München mit Beginn des Jahres zwischen 10 und 25 Prozent steigen, Sozialwohnungen sollen im gesamten Bundesgebiet um 6 bis 8 Prozent teurer werden. Er schließt Steigerungen bis zu 25 Prozent nicht aus. Das Kieler Innenministerium hat eine Steigerung der Mieten für Sozialwohnungen von 20 bis 30 Pfennig pro Quadratmeter angekündigt. Der Stuttgarter Mieterverein rechnet mit einer Erhöhung von 2,30 DM pro Quadratmeter.

Der Dreh mit dem Wasser

Bei der Berechnung der Geldsumme, die sich die Kapitalistenklasse vermittelt durch den unvermeidlichen Wasserkonsum der Volksmassen aneignet, sind wir zu einem Ergebnis gekommen, das uns selber überrascht hat.

Weil die Bezugsbedingungen für Wasser in der BRD sehr verschieden sind, haben wir Daten und Tarife der Südhessischen Gas- und Wasser- AG zugrundegelegt, die das Gebiet um Darmstadt herum versorgt.

270 000 Bewohner hat dieses Gebiet, und runde 44 Millionen hat die Kapitalistenklasse aus den Volksmassen, der Arbeiterklasse, den Bauern, den kleinen Gewerbetreibenden über ungleiche Bezugstarife für Wasser herausgeholt.

Wie wird das gemacht?

Wie alle Ungerechtigkeiten in der kapitalistischen Gesellschaft ist auch diese *verhüllt.* Beim Wasser durch ein technisches Argument. Die „Kleinverbraucher“ verursachen angeblich höhere Kosten. Das rechtfertigt eine „Anschlußgebühr“. Im Darmstädter Wasserverbundnetz macht diese Anschlußgebühr einen Zuschlag von 3,50 DM auf den Kubikmeterverbrauch aus, wenn dieser Verbrauch zwischen 10 und 20 Kubikmetern im Monat liegt. Liegt der Kubikmeterverbrauch der Anschlußstelle zwischen 100 000 und mehr im Monat, so macht diese Anschlußgebühr noch einen Preiszuschlag von 0,0002 *Pfennigen* pro Kubikmeter aus. Zusätzlich erhalten diese „Großverbraucher“ noch einen Rabatt von 5 Prozent.

Im Ergebnis haben die Volksmassen 4,85 DM pro Kubikmeter zu zahlen, die Kapitalisten zahlen 1,28 DM.

Die Stufenleiter der Prellerei wächst sprunghaft!

Der Betrag, der mit dieser Methode herausgeholt wird, ist von 13,02 Millionen DM im Jahre 1964 auf 44,5 Millionen im Jahre 1975 gewachsen. Daß die Kapitalistenklasse diese Gelder will, ist nicht rätselhaft. Sie wollen stets. Warum aber kann sie diese Gelder auf wachsender Stufenleiter holen?

Die Prellerei ist möglich, weil die Kapitalistenklasse in dieser Gesellschaft das Monopol auf das Eigentum hat und die Volksmassen vollständig frei vom Besitz sowohl der Produktionsmittel als auch der Lebensmittel sind und alles von den Kapitalisten kaufen müssen. Weil die herrschende Kapitalistenklasse durch ihr Monopol an Besitz die natürlichen Wasserreserven kontrolliert, ist hier große Ausplünderung möglich.

Warum aber nicht schon immer? Weil in unseren Breitengraden die natürlichen Wasserreserven des Landes erheblich und frei zugänglich sind. Die Bourgeoisie kann ihren Eigentums*anspruch* auf das Wasser nicht durch Bewachung der Flüsse und Seen geltend machen. Deswegen entfaltet das Besitzmonopol in dieser Frage seine volle Wirkung erst in dem Umfang, als die natürlichen Wasserreserven so zugerichtet sind, daß sie auch nicht bewacht werden müssen, weil sie niemand mehr unvermittelt benutzen kann.

Wasser muß aufbereitet werden. In dem Maße, wie *alles* Wasser zum individuellen Gebrauch aufbereitet werden muß, wird das erste Monopol durch ein zweites geschärft. Das Privateigentum an Grund und Boden wird durch das Privateigentum an den Produktionsmitteln ergänzt. Der freie Zugang zum Wasser ist endgültig gesperrt.

Durch segensreiche Wirkung des Privateigentums wandelt sich die Verschmutzung der offen zugänglichen Wasservorkommen in einen reinen Quell der Bereicherung der Kapitalistenklasse.

Am Beispiel der Landwirtschaft ...

Ist das freie Wasser verschmutzt, so verlangt seine Reinigung den Einsatz von Produktionsmitteln. Investitionen. Um diese niedrig zu halten und weil der Grundsatz gilt, daß die Kapitalisten niemals für die Schäden aufkommen, die ihre Wirtschaftsweise verursacht, befaßt sich die Wasserwirtschaft nicht etwa mit der Reinigung des Flußwassers, sondern die natürliche Filtereigenschaft der Erde wird ausgenutzt, um dem verschmutzten Flußwasser auszuweichen.

Die Kosten, die dieser Gebrauch der Erde verursacht ...

werden selbstverständlich nicht von den Kapitalisten gezahlt, sondern von den Bauern. Nicht nur einfach, sondern *doppelt.* Wird das Grundwasser angebohrt, sinkt der Grundwasserspiegel, der eine Existenzbedingung der Landwirtschaft ist. Die Kapitalistenklasse stiehlt den Bauern von unten das Wasser weg. Die sachlichen Mittel, die Brechstange sozusagen, mit der dieser Diebstahl verrichtet wird, läßt sich die Kapitalistenklasse von den „Kleinverbrauchern“ vorneweg bezahlen. Den Bauern wird das von unten weggestohlene Wasser zu teurem Preis verkauft, damit sie's von oben wieder draufschütten können. An diesem Kreislauf verdienen sich die Kapitalisten krumm und dumm. Die Investitionskosten, die Arbeit, die das Obendraufschütten verursacht, müssen die Bauern selbstverständlich selber tragen. Oft können sie es nicht. Dann gehen ganze Landstriche in den Zustand der Versteppung über.

Über die enormen Summen, die die Kapitalisten sich über den Wasserkonsum aneignen, heißt es, sie würden zwecks Sicherung der Wasserwirtschaft verbraucht. Tatsache ist, daß diese herausgepreßten Summen bloß dazu führen, daß sowohl das Chaos und die Verwüstung vorangetrieben wird als auch die Voraussetzung geschaffen wird, daß noch größere Summen herausgepreßt werden.

Jahr	DM / cbm	Grundgebühr DM / 10 cbm	DM / cbm für Arbeiter (Tarif plus Grundgebühranteil)	DM / cbm für Kapitalist (Tarif minus 5 %)	Einwohner im Versorgungsgebiet	Wasserverbrauch von Haushalten und Gewerbe in Mio. cbm	Verbrauch zum Preis des Arbeiters in Mio. DM	Verbrauch zum Preis des Kapitalisten in Mio. DM	Differenz der Preise in Mio. DM	Verteilung der Differenz auf Einwohner im Versorgungsgebiet jährlich
1964	0,60	19,–	2,50	0,57	etwa 230 000	6,747	16,8675	3,84579	13,02171	56,65
1970	0,95	20,–	2,95	0,90	etwa 250 000	9,229	27,22555	8,3061	18,91945	75,68
1975	1,35	35,–	4,85	1,28	276 217	12,467	60,45495	15,95776	44,50719	161,25

Hamburg. Die staatliche Dienstaufsicht versucht, die Sozialarbeiter zur Anwendung des § 218 zu bringen. Sie stößt dabei auf den geschlossenen Widerstand der Beschäftigten. Bei einer Dienstbesprechung der Familienfürsorge in Fuhlsbüttel tauchten plötzlich „Richtlinien der Gesundheitsbehörde Hamburg für die Anerkennung von Beratungsstellen gemäß § 218 b Abs.2 Nr.1 StGB“ auf, die bereits am 16.6.76 verfaßt wurden. In den Richtlinien heißt es zum Ziel der Beratung:

„1.1. Beratungen gem. § 218 b Absatz 1 Nr.1 sollen dazu beitragen, das ungeborene Leben zu erhalten.“ Und damit die Anwendung des Strafgesetzes erfolgt. – Die Kontrolle durch den Dienstherrn:

„2.5. Die Beratungsstellen müssen, wenn sie die ordnungsgemäße Durchführung der Beratung nicht mehr gewährleisten ... dieses der Gesundheitsbehörde mitteilen.

2.6. Die Beratungsstellen müssen sich verpflichten, die Beratungen entsprechend der Nr.1 dieser Richtlinien durchzuführen.

2.7. Alle Mitarbeiter in den Beratungsstellen sind auf die Beachtung der Schweigepflicht hinzuweisen. Aufzeichnungen aus den Beratungen sind gesichert aufzubewahren.

2.8. Die anerkannten Beratungsstellen räumen der Gesundheitsbehörde das Recht ein, die Einhaltung der in diesen Richtlinien festgelegten Bestimmungen zu überprüfen.

2.9. Die Beratungsstellen bzw. der Träger verpflichten sich, der Gesundheitsbehörde jährlich schriftlich über die Arbeit zu berichten und das Vorliegen der Voraussetzungen, wie sie bei der Anerkennung bestanden, zu bestätigen.“

Die Beschäftigten in der Familienfürsorge Fuhlsbüttel lehnen die Spitzeltätigkeit ab. Sie verfaßten einen Brief an die ÖTV, in dem sie die Abschaffung des § 218 und die Durchführung einer Veranstaltung zur Abschaffung des § 218 von der ÖTV fordern.

Bremen. Der Bremer Senat hat den Entwurf eines Bremer Hochschulgesetzes verabschiedet, der damit der Bremer Bürgerschaft vorgelegt wird. Die letzte Vollversammlung an der Universität hat bei nur wenigen Gegenstimmen für die Fortsetzung des Streiks gegen den Hochschulgesetzentwurf und für mehr Ausbildungsförderung beschlossen. Auf Antrag des MSB/SHB-AStA wurde beschlossen, in den ersten drei Tagen nach den Weihnachtsferien in den Lehrveranstaltungen die Debatte über den Streik zu führen. Die Professoren haben diesen Wink der MSB/SHB-Studenten verstanden. Jetzt flattern den Studenten Briefe von den Professoren ins Haus, in denen sie aufgefordert werden, „gemäß Vollversammlungsbeschluß zur Veranstaltung zu kommen". So schreibt ein Professor: „Die Veranstalter müssen mit den Kleingruppen einen Notdienst (Termine) vereinbaren, so daß die Arbeitsvorlagen erstellt werden können, auf Grund derer die Leistungsnachweise ausgegeben werden." An der Hochschule für Technik sind die DKP-Studenten bereits offen gegen den Streik aufgetreten mit dem Argument: „Nur bundesweit kann man jetzt was durchsetzen". Bundesweite Aktionen im Wintersemester 1977/78 sollen die Perspektive sein.

An den Bremer Hochschulen wird in den nächsten Wochen des neuen Jahres über die Fortsetzung des Streiks beschlossen.

Die Kämpfe der Studenten sind notwendig und werden geführt! Seite 15

Auszüge und Dokumentation der Ergebnisse der 8. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks.

Braunschweig. Nach dem Ergebnis der Urabstimmung für die Weiterführung des Mensaboykotts gehen die Reformisten und Revisionisten jetzt die Koalition mit dem Rektor und der Landesregierung ein. Zusammen mit einer Senatsdelegation wollen sie in Hannover über den Mensaboykott im Stillen verhandeln. Die Reaktionäre haben über den Geschäftsführer des Studentenwerks Loschke jetzt die Preise in der Wahlmensa um 10 Prozent erhöht. Sie glauben, so die Studenten spalten und die Erhöhung in der Hauptmensa durchsetzen zu können.

Worms. Das Studentenparlament der Erziehungswissenschaftlichen Hochschule Worms hat in seiner Sitzung vom 16.12.1976 beschlossen, den AStA aufzufordern, sich für eine VDS-MV gegen das BAföG noch im Januar einzusetzen.

Frankfurt. Seit Ende 1975 stehen die Bewohner der Studentenwohnheime in Frankfurt im Mietstreik. Für ein 10-Quadratmeter-Zimmer im Studentenwohnheim der Fachhochschule fordert der hessische Kultusminister eine 20-prozentige Erhöhung von 80 auf 96 DM. 90 Prozent der Bewohner zahlen nicht. Jetzt will die Leitung der Fachhochschule den Studen-

der Bewohner zahlen nicht. Jetzt will die Leitung der Fachhochschule den Studen-

ten Zahlungsbefehle ins Haus schicken. Bewohner des Heims protestierten dagegen in einer Presseerklärung: „Diese Mieterhöhung ist nur ein Teil der ständigen Angriffe auf die soziale Lage der Studenten ... Immer mehr Studierende sind aufgrund der unzureichenden materiellen Absicherung gezwungen, ihr Studium abzubrechen." Während der 3 Streiktage an der Fachhochschule vom 9.-11.12. wurde neben der Ablehnung des Hochschulrahmengesetzes die sofortige Erhöhung des BAföG gefordert. Die Institutsgruppen der Fachbereiche Sozialarbeit und Sozialpädagogik haben die Einberufung einer Vertreterversammlung aller ASten im VDS gefordert, um den bundesweiten Streik zur Durchsetzung dieser Forderungen zu beschließen.

Heidelberg / Professor Maria Blohmke: „Zu lasche Handhabung der Gesundheitskontrolle". Der Kursteil Arbeits- und Sozialmedizin wird von Frau Prof. Maria Blohmke geleitet, Präsident der Deutschen Gesellschaft für Sozialmedizin. Wofür die Frau Professor gesorgt wird, und woran sie forscht, hat sie in dem von ihr mitverfaßten Buch „Sozialmedizin" herausgelassen: „Eine Senkung der Krankenstände um nur ein Prozent, die realisierbar sein müßte, würde Einsparungen der Volkswirtschaft von über 5 Milliarden jährlich machen." (Seite 281) Und ihr Co-Autor Professor Hans Schärfer ergänzt: „Die Beherrschung des Problems Gesundheit könnte die Wirtschaft eines Landes zur reichsten und damit einflußreichsten der Welt machen." (Erfolge und Grenzen der modernen Medizin, Seite 22) In ihrer Forschung hat Frau Professor Blohmke lange mit der Frage befaßt, wie man die Arbeitshetze verschärfen kann. Dazu hat sie verschiedene Tests erprobt, wodurch feststellbar ist, wieweit man gehen kann, ohne daß der Arbeiter schon vor Feierabend zusammenbricht. „Submaximale Belastung" nennt sie das. Außerdem schlägt sie vor, Patienten mit vegetativer Dystonie (Kreislaufregulationsstörungen) als neurotisch einzustufen und arbeitsfähig zu schreiben. Gegen den Kurs gibt es seit Anfang an Widerstand. Bereits viermal boykottierten die Studenten den Kurs. Eine Urabstimmung an der medizinischen Fakultät für Streik gegen die auch im Kurs der Blohmke verlangten Klausuren hat im Dezember nicht das nötige Quorum erreicht. Jetzt soll über die Weiterführung der Urabstimmung entschieden werden.

Studentenparlamentswahlen:

Die Aufgaben stehen fest

Der Zusammenschluß der Studenten gegen den bürgerlichen Staat entwickelt sich in den letzten Wochen schwungvoll. Die bürgerliche Klasse will die Studenten ins Elend treiben, will die Unterdrückung verschärfen. Ausplünderung und Lohnabbau der Arbeiterklasse und der Volksmassen wirken sich auch auf die Masse der Studenten aus und treiben sie immer weiter unter das Existenzminimum.

Dagegen richtet sich der Widerstand der Masse der Studenten. An allen großen Universitäten sind die Studenten Beschlüsse für eine BAföG-Forderung und auch Streikbeschlüsse gefaßt. Der zunehmende finanzielle Druck auf die Studenten ist für die Kapitalisten Grundlage, die Studienbedingungen zu verschärfen und ihre Absichten für die kapitalistische Profitproduktion und den Ausbau des kapitalistischen Gewaltapparates durchzusetzen.

Die zersplitterten Kämpfe der Studenten müssen zusammengeschlossen werden, wenn der Bourgeoisie mit ihren Absichten entgegengetreten werden soll und um die Erhöhung der Ausbildungsbezüge durchzusetzen. Dieser Zusammenschluß entwickelt sich, Entscheidungen werden gefällt. In Bremen haben die Bereichsgruppen die Forderung nach 100,- DM für alle BAföG-Bezieher sowie 1 500,- DM Elternfreibetrag und eine außerordentliche VDS-Mitgliederversammlung gefordert.

Dies ist ein wichtiger Schritt, um die Einheit für die anstehenden Studentenparlamentswahlen herzustellen, die in den nächsten Wochen durchgeführt werden. Daß durch die Studentenparlamentswahlen wichtige Schritte für die Studenten im Kampf gegen den bürgerlichen Staat festgelegt werden, wissen nicht nur die Studenten, sondern auch die Reformisten, Revisionisten und Opportunisten.

„*Sollen wir mit einer Basis-Gruppen-Liste für den AStA kandidieren? (Was machen wir, wenn wir die Wahlen gewinnen? Können wir die institutionelle Rolle des AStA abtakeln, klarmachen daß ein AStA nichts ‚für die Studenten' machen kann?)*", so schreibt der Bremer Spontiführer „Klaus (Tel. 75 886)" am 17.12.1976 in einem Brief an die Studenten und fordert sie auf, sich diese Vorstellungen über Weihnachten zu überlegen. Klar und deutlich wird, daß die Interessen der Studenten nicht vertreten werden sollen. Ein AStA kann „nichts machen", meinen die Opportunisten. Diese Vorstellung haben sie, weil sie den Zusammenschluß der Studenten nicht wünschen. Sie überlegen sich, wenn sie die Wahlen gewinnen, wie sie dem Kampf der Studenten und der Vertretungskörperschaft AStA am besten schaden können.

Verschiedene Manöver werden gestartet, um die Einheit der Studenten zu hintertreiben, scheinbar aber im Interesse der Studenten nach Zusammenschluß nachzukommen.

So hat die Konferenz niedersächsischer Studenten (KSN) eine Demonstration für den 27.1.1977 in Hannover gegen das niedersächsische Hochschulgesetz beschlossen. Der AjLE im Landesbezirk Niedersachsen ruft auf zu einer Demonstration in Hamburg am 29.1.1977 unter der Forderung „Weg mit den Berufsverboten", weil an diesem Tag der fünfte Jahrestag ist. Eine landesweite Demonstration gegen die Berufsverbote soll am Jahrestag in Hamburg durchgeführt werden, kann man auf der Wandzeitung der Komitees gegen die Berufsverbote in der Hannoverschen Universität lesen. Der KB Nord hat in Hamburg nach den Aktionstagen vorgeschlagen, den Streik fortzusetzen, ohne Forderungen und ohne eine Begründung zu geben.



7 000 Studenten demonstrierten am 16.12.76 in Göttingen während des Streiks an Universität und PH gegen den Entwurf eines Niedersächsischen Hochschulgesetzes und für ein Ausbildungsentgeld, von dem man leben kann.

Die Reformisten, Revisionisten und Opportunisten kommen in Panik, sie haben keine richtige Linie, wie sie die Studenten an ihre reaktionären Vorstellungen binden können. Deutlich kann man das im Brief des Bremer Spontiführers lesen:

„*Und wir? Einerseits müssen wir Basisgruppen gründen, d.h. unsere politischen Vorstellungen zu konkretisieren und umzusetzen versuchen. Andererseits wird die beherrschende politische Konfrontation die ‚zentrale' sein, nicht die dezentrale – wie ja auch in den letzten Wochen nicht die ‚Bereichsprobleme' das politisierende und fraktionsbildende Moment waren ...*"

„Zersetzen, zersetzen ..." rufen sie gemeinsam. Sie wollen den Kampf der Studenten verzetteln und die Unterwerfung betreiben. Die Entscheidung im Kampf gegen die Unterdrückung und Ausplünderung der Studenten wollen sie nicht zur Grundlage machen, sondern den Studenten den Gesamtzusammenhang und die nächsten Aufgaben im Kampf gegen die Bourgeoisie verkleistern.

Die Studenten sind gegen die Hochschulgesetze, die in den nächsten Monaten in verschiedenen Bundesländern durchgesetzt werden sollen. So in Hamburg, Bremen und Niedersachsen. Das haben die Studenten in zahlreichen Aktionen schon bewiesen. Daß bürgerliche Kräfte diese Aktionen nur als Ausweichmanöver betrachten, schreibt „Klaus" auch in seinem Brief:

„*Drittens haben wir uns nicht getraut zu sagen,* (gemeint ist die Vollversammlung der Studenten in Bremen, Red.) *daß wir für Abbruch des Streiks sind, spätestens am 6. Januar. Wir waren gegenüber der Streik-Euphorie unsicher, haben deshalb keine Streik-Kritik gehabt.*"

Wesentliche Forderung des Streiks an der Bremer Universität war die Forderung: Weg mit dem Ordnungsrecht!

Die macht deutlich, wo die bürgerlichen Kräfte hinwollen. Sie wollen den Kampf der Studenten um ihre Rechte vergewaltigen. Dies wird nicht gelingen. Die Studenten werden sich im Kampf für ihre Rechte nicht verzetteln. Sie werden die wichtigsten Forderungen nach Erhöhung der Ausbildungsförderung nicht fallen lassen und dies in ihren Kämpfen und in der Vorbereitung der Studentenparlamentswahlen manifestieren. (jd)

Westberlin

Neuer Versuch, den Wiederaufbau der Vereinigten Studentenschaften zu sabotieren

1969 ist es der Bourgeoisie gelungen, mit Hilfe eines neuen Universitätsgesetzes die Studentenmassen der beiden Westberliner Universitäten ihrer Vertretungskörperschaften zu berauben. Verbunden war dieser Akt der Unterdrückung mit massiven ideologischen und politischen Zersetzungsanstrengungen innerhalb der Studentenbewegung. Diese Anstrengungen gingen vor allem in die Richtung, die Studentenmassen auf der Linie des Beamtenparasitismus mit der Bourgeoisie gegen die Arbeiterklasse zu verbinden. Wichtige Brutstätte dieser politischen Richtung war und ist das Otto-Suhr-Institut (OSI) der Freien Universität Berlin.

Unter dem Stichwort „Freiraum erkämpfen" sollte die Studentenbewegung dazu gebracht werden, einigen „marxistischen" Dozenten und Assistenten (die sich in der „Sozialistischen Assistentenzelle" zusammenfanden) ihre Pöstchen zu erhalten. Was dort als „wissenschaftlicher Sozialismus" ausgebrütet wurde, sind Theorien von der Verbürgerlichung der Arbeiterklasse, die damit zur Revolution unfähig geworden sei, von der „historischen Überholtheit" des leninschen Parteitypus usw. und findet sich heute zu großen Teilen wieder in den verschiedenen Planungsetagen der westdeutschen und Westberliner staatlichen Bürokratien – auch in der leibhaftigen Gestalt gar manchen ehemaligen SDS-Mitglieds. Insofern konnte die Bourgeoisie tatsächlich einige Pluspunkte bei ihren Anstrengungen verbuchen.

Das Unterfangen, die Studentenmassen für diese Richtung zu begeistern, mußte jedoch insgesamt scheitern. Das ändert nichts daran, daß es weiter versucht wird und von der Bourgeoisie versucht werden muß. In den Kämpfen der besitzlosen Studentenmassen gegen den bürgerlichen Staat der letzten Jahre und Monate ist die Forderung nach dem Wiederaufbau der Verfaßten Studentenschaft immer lauter erhoben worden. Nun soll die gleiche politische Richtung, die über „Sozialistische Assistentenzellen" und „OSI-Freiräume" nicht mehr hinzukriegen ist, weil die Studentenmassen ihre Erfahrungen mit diesen Institutionen des bürgerlichen Staates und den sie behausenden „Angehörigen des Lehrkörpers" machen, durch ein neues Ungetüm, genannt UStA (Unabhängiger Studentenausschuß) der Studentenbewegung aufgeherrscht werden. Wiederum ist das Projekt im wesentlichen am OSI ausgebrütet worden. Drei Programmentwürfe haben die Urheber dieses Projekts bislang in Zirkulation gebracht. Der zentrale Gedanke in ihnen ist jeweils der gleiche: die Sorge um die Beamtenlaufbahn und die Angst vor Arbeit und Proletarisierung. Im ersten Entwurf wurde ein Umverteilungsfonds unter Akademikern für arbeitslose Akademiker als „Entprivilegisierung" propagiert. Im zweiten Entwurf wurde mehr Geld, aber vollständig auf der Basis von Darlehensförderung, gefordert. Der dritte Entwurf richtet sich vor allem gegen die „Akademikerarbeitslosigkeit". Die Angst und Abscheu vor Arbeit und die Verachtung der Arbeiterklasse dokumentiert sich in einer auf dem Zirkular des Programmentwurfs enthaltenen Karikatur, in der ein Müllarbeiter abgebildet wird mit der Unterschrift: arbeitsloser Soziologiestudent. Als „Minderheitsposition" mußten in diesem Entwurf jedoch zum ersten Mal auch korrekte Forderungen der Studentenbewegung gegen politische Unterdrückung durch den bürgerlichen Staat aufgenommen werden.

Am 13.12.76 wurde nun von ca. 800 Studenten der Freien Universität nach langer Vollversammlung mit gezielter Unterdrückung der politischen Auseinandersetzung durch die imperialistischen Opportunisten der UStA in seiner Existenz zunächst akzeptiert.

Inzwischen ist das erste Dokument von einem der UStA-Strategen („Manuel") im Streikrat der FU-Studenten aufgetaucht.

Die Schwierigkeiten von „Manuel" und seinesgleichen werden gleich im ersten Satz des Papiers festgehalten, in dem es heißt, daß der Streik allen bisherigen Erfahrungen widerspreche. Daß hier von einem Widerspruch die Rede ist, läßt ahnen, wo die UStA-Häuptlinge bislang ihre Erfahrungen gesammelt haben, nämlich in Kreisen, denen Zusammenschluß und Kampf der Massen wesensfremd und unheimlich ist.

Als nächstes wird abfällig konstatiert, daß es in der Streikfront Positionen gegeben habe, die von einem Streik bis zum Sieg ausgegangen wären. Das hält „Manuel" für unreflektiert. Für ihn war das eigentlich Positive am Streik weder seine Ziele noch die Festigung der Kampffront für diese Ziele und die Wucht der Bewegung, sondern seine „Wirkung nach innen", „die vielen Aktivitäten", die „Ansätze alternativer Strukturen". Wofür sich diese Leute begeistern, zeigt eine ihrer Aktionen nach der Verhaftung von zwei Studenten, die am OSI studieren und gegen faschistische Flugblattverteiler vorgingen: Kein fester Wohnsitz war der Vorwand, sie in Untersuchungshaft zu nehmen und damit die Studentenbewegung vor eine Kraftprobe zu stellen. Tausende von Studenten demonstrierten gegen die Inhaftierung der beiden Studenten und erreichten zunächst die Freilassung des einen der beiden. Die Forderung, das OSI zu besetzen, wurde laut. Daraufhin rotteten sich die UStA-Strategen zusammen und beschlossen auf einer UStA-Fête spät in der Nacht, die Besetzung einer Kirche zu beschließen. Der Pope war bekannt als „links" oder zumindest als pflaumenweich, was die Opportunisten sowieso für das gleiche halten, und um Beheizung der Kirche gebeten. Dann zog man hin, an nächsten Morgen wurden Flugblätter verteilt, daß alle kommen sollten, die Polizei käme bestimmt nicht. Freigekommen ist der Student durch diese Tingeltangelaktion natürlich nicht, was aber gar nicht die Absicht. Jetzt hat Altvater ihn mit 10 000 DM freigekauft, nachdem „die Öffentlichkeit aufmerksam geworden war". So soll das gehen: Aktionen als Beschäftigungstherapie, die Bourgeoisie nicht kratzen und die Studentenbewegung lächerlich machen und auflaufen lassen soll. Und wenn es klemmt, dann helfen ein paar „befreundete Persönlichkeiten" aus der Patsche. Das ist die beabsichtigte „Wirkung nach innen". Sonst hat „Manuel" offenbar keine Vorstellung davon, wie es weitergehen soll. Er hält es vermutlich mit denen, die der Ansicht sind, daß man jetzt einfach ohne Forderungen weiterstreiken solle. Das wird auch der Bourgeoisie das angenehmste sein, denn dann kann sie den Streik ziemlich schnell zerschlagen. Die Volksmassen werden ihn nicht unterstützen können, die Studenten werden es schnell einsehen, wozu das Ganze gut sein soll. „Unsere Stärke ist die Spontaneität", schreibt „Manuel". Bislang hat sie den Opportunisten dazu verholfen, daß sie in ihrer vierwöchigen Streiktätigkeit noch nicht einmal ein einziges Streik-Info zustande bekamen. Gegen Ende seines Papiers überfällt „Manuel" aber noch tiefe Ratlosigkeit. Er klagt über die Inhaltsleere des Streiks und seine „Ahistorik", über den Mangel an längerfristiger Strategie und Perspektive, bis ihm schließlich der schwärzeste Pessimismus aus der Feder tropft: „Unsere große Schwäche liegt in unserer intellektuellen Substanz." Dies ist in der Tat das einzige, worin wir „Manuel" und Konsorten wirklich von ganzem Herzen beipflichten können.

Der wissenschaftliche Sozialismus und der demokratische Zusammenschluß der Studentenmassen im Kampf gegen den bürgerlichen Staat sind das Gift, das dem schwindsüchtigen UStA-Projekt ein schnelles und gründliches Ende bereiten muß. – (dz)

Was die Generäle fürchten, das machen wir

Neulich hat die Zeitschrift „Kampftruppen" ein Heft herausgebracht, das von der „Bedrohung" handelt, zwanzig Seiten lang. Vier von diesen zwanzig Seiten sind den Soldaten- und Reservistenkomitees und dem KBW gewidmet, von denen dementsprechend eine ganz ordentliche Portion Bedrohung von Staat, Gesellschaft, Gemeinschaft, Bundeswehr auszugehen hätte. Uns hat's verblüfft, die Zeitschrift wird von den Generälen Guderian und Schulz herausgebracht, beides keine Deppen, sondern abgefeimte Bourgeois.

Der Aufsatz stammt von Oberstleutnant Portner aus Neubiberg. Interessanter als die Schlüsse, die er zieht, sind die Informationen, die er unfreiwillig liefert. Portner zur Agitation der Soldaten- und Reservistenkomitees und des KBW:

„Mit der Auflagenhöhe von angeblich 10 000 Exemplaren (37 Seiten, 1 DM) veröffentlichte der KBW unlängst den Erfahrungsbericht eines KBW-Genossen nach der militärischen Grundausbildung bei einer Pioniereinheit in Holzminden. 456, das ist die Zahl der vom Autor errechneten Wehrpflichttage. In Tagebuchform, rückwärts zählend, versucht der Bericht Formen organisierter Auflehnung gegen die Ausbildung und den inneren Dienst zu beschreiben. ‚Er zieht daraus die Lehre, daß die Kommunisten nicht auf die spontane Äußerung der Empörung und des Widerstandes warten können, sondern daß sie vielmehr bewußt alle Anstrengungen unternehmen müssen, um die spontane Empörung, die von vornherein bei den meisten Soldaten da ist, zu organisieren.' (7)

Grundmethodik

Das letzte Zitat offenbart in aller Deutlichkeit, wie, d.h. mit welcher *Methodik* der KBW die unterschwellige bzw. offene Rebellion der Bundeswehrsoldaten anzuheizen versucht."

Soweit Oberstleutnant Portner. Wir danken ihm für die sachkundige Mitteilung, daß sich die „Bundeswehr-Soldaten" *seiner* Auffassung nach wenigstens im Zustand der „unterschwelligen bzw. offenen Rebellion" befinden, die nur noch „angeheizt werden" muß. Diese kühle Einschätzung der Lage durch einen Praktiker, abgesegnet durch den redaktionellen Stift der Generale Guderian und Schulz, beweist ganz gut, was jeder merkt, der überhaupt mit der Armee zu tun hat. Die Armee bewegt sich in einen Zustand der politischen Gärung hinein. Zwar fahren und schießen die Soldaten heute besser denn je, aber es ist auch ungewisser denn je, ob sie schießen werden, wenn sie sollen, und wenn sie dann schon schießen, auf wen sie dann schießen.

Dieser Zustand der politischen Labilität drückt sich auch in einer Rechtsbewegung im Offizierskorps aus wie auch in der Generalität. Das weiß man aus der Presse. Die Kehrseite dieser Rechtsentwicklung im Offizierskorps besteht in einer Linksentwicklung bei den unteren Dienstgraden, die in das Offizierskorps hineinreicht. Davon nicht zu reden, hat die Bourgeoisie allen Grund, und die Opportunisten der verschiedenen Schattierungen haben auch allen Grund. In der Armee wirken, soviel steht jedenfalls fest, zentrifugale Kräfte, an dem einen Pol die Mannschaften, an dem anderen die Offiziere, insbesondere die Generalität, was die Repräsentanten der Bourgeoisie sind.

In allen einschlägigen Verfassungsschutz- und anderen einschlägigen Berichten ist der KBW berühmt dafür, daß er an den sozialen Interessen der Massen ansetzt. Wir selber sind eigentlich unzufrieden, und die meisten Linienkämpfe, die unsere Organisation auszutragen hatte, hingen mit der opportunistischen Tendenz zusammen, die politischen Interessen der Massen von ihren sozialen zu trennen.

Die Armee ist ein Gewaltapparat. Die Zeit- und Berufssoldaten sind ausgesuchte Söldner, die von der Hand der Bourgeois gefüttert werden wie der Kettenhund vom Herren. Das ist das ökonomische Verhältnis. Ebensowenig wie der Kettenhund Knochen produziert, produzieren die Soldaten irgendetwas, sei es nun ein Produktionsmittel oder sei es ein Lebensmittel.

Ökonomisch gesehen sind sie durch und durch unproduktive Esser. Erschöpfen sich dementsprechend die sozialen Interessen der Zeit- und Berufssoldaten in einer vollen Futterschüssel und kann es ihnen egal sein, wer diese Futterschüssel füllt? Mit anderen Worten: Sind diese Menschen Parasiten, die unter keinen Umständen für die soziale Revolution der *Arbeiter*klasse, die mit allem Parasitismus aufräumen wird, gewonnen werden können?

Wäre dem so, wäre die Sorge der Generalität ganz unbegründet, denn die Soldatenbewegung kann ihr Ziel, die Auflösung des stehenden Heeres im Aufstand, niemals erreichen, wenn das abgestufte Gefüge der inneren Unterdrückung in der Armee erhalten bleibt.

Können nicht viele der Unteroffiziere gewonnen werden, wird jeder Aufstandsversuch als zusammengebrochene Meuterei enden. Können nicht Teile der Feldwebel gewonnen werden, ist es ausgeschlossen, die Armee im Aufstand überhaupt zusammenzuhalten. Können nicht, und das können sehr kleine Teile sein, Teile des Offizierskorps gewonnen werden, so wird es dem revolutionären Flügel der Armee gerade in dem Zeitpunkt an Beweglichkeit und einheitlicher Führung mangeln, wo er dessen am dringendsten bedarf, um die Konterrevolution aufs Haupt zu schlagen.

Wir sind schon seit geraumer Zeit der Meinung, daß der dauernde Kon-Konflikt zwischen den Unteroffizieren und den Mannschaften ein künstlich, durch brutale Abrichtung und Unterdrückung der Unteroffiziere erzwungener Effekt ist, der jedenfalls in der Interessenlage der Unteroffiziere gar keinen richtigen Anhaltspunkt hat. Daher auch die starke Tendenz zur Verbrüderung mit den Mannschaften, die ja ausdrücklich im Reglement verboten werden muß, weil sie sonst unfehlbar eintritt.

Gibt es systematische Gründe für diese leicht festzustellenden und von den Soldaten gern ausgenutzten Sachverhalte? Es gibt sie. In Gesellschaften, in denen die handwerkliche Produktion herrscht, nennt man das Militärwesen Waffenhandwerk. Heute, so muß man sagen, ist das Militärwesen eine industriell betriebene Tätigkeit geworden.

Obwohl die Armee nichts als ein Gewaltapparat ist, steckt in der Ausübung der einzelnen Tätigkeiten, die die Schlagkraft dieses Gewaltapparates ausmachen, ein Element von Arbeit. Von gesellschaftlicher, industriell geübter Arbeit.

Da in der kapitalistischen Gesellschaft nur die besitzlosen Proletarier für die Verrichtung von Arbeit vorgesehen sind und alle Arbeit für die Kapitalisten verrichten müssen, da also die Arbeit allgemein dem Lohnverhältnis unterworfen ist, findet sich eben wegen des industriellen Charakters des „Waffenhandwerks" ein Widerschein der Klassenspaltung der Gesellschaft in der Armee vor. Davon legen die Lohnverteilungen, die wir nebenstehend vorstellen, Zeugnis ab, und daran ändert es nichts, daß diese Lohnverteilungen *Sold*verteilungen sind.

Ganz ähnlich wie in den gewöhnlichen Verwaltungsfunktionen des imperialistischen Staatsapparates erlischt, von links nach rechts betrachtet, in der Ausübung der Beschäftigung das Element der Arbeit nach und nach. Ein General arbeitet ebensowenig wie ein Bundesbahnpräsident. Ein General unterdrückt ausschließlich, ein Bundesbahnpräsident organisiert ausschließlich die Ausbeutung der Bahnarbeiter.

Praktisch stellt man sich es am leichtesten so vor: Könnten diese Leute von ihren Fertigkeiten, wie sie sie üben, überhaupt noch an einem Arbeitsprozeß teilnehmen? Sicherlich der Panzerfahrer, warum soll er nicht Planierraupen fahren können. Sicherlich die Masse der Feldwebel. Sicherlich auch ein Teil der unteren Offiziere, jedenfalls die Zugführer, vermutlich sogar ein Teil der Kompaniechefs.

Daß diese Leute so elend schlecht gezahlt werden – immerhin drückt eine Kompanie Grenadiere eine beachtliche politische Macht aus –, das hängt an der grundsätzlichen systematischen und unerschütterlichen Verachtung, die die Bourgeois für alle jene Tätigkeiten empfinden, die überhaupt ein Element von Arbeit enthalten.

Daß der Offizierskader in der Tat zum großen Teil rechts steht, das liegt an den Beförderungsillusionen, die den jungen Offizieren vorgekaut werden. Diese aber werden, falls die Bourgeoisie nicht eine große, umfassende Aufrüstung wagt, bröckeln, und es ist sowieso offen, ob die westdeutschen Imperialisten mit einer wesentlichen Ausdehnung der Armee politisch durchkämen.

Insgesamt liegen die Einkommen der Zeitsoldaten und der Berufssoldaten mit den Beamtengehältern parallel. Die Lohnkämpfe der Beschäftigten in öffentlichen Diensten erleben sie als Nutznießer, wie sie auch Geschädigte der kassierten relativen Niederlagen im Kampf gegen die absolute Verelendung sind.

Auf was es uns ankommt. Es wäre ganz närrisch, den Gegensatz zwischen der Ausbeuterklasse, die alle Produktions- und alle Lebensmittel in ihrer Hand monopolisiert hat, und der Masse der Armeeangehörigen, die keines von beiden hat – auch nicht General wird, der tatsächlich zu beidem ungehinderten Zugang findet, was man an der Verwendung pensionierter Generäle als Manager sieht –, es wäre ganz närrisch, diesen Gegensatz nicht zielstrebig auszunutzen. Ist es nicht schon heute so, daß ein großer Teil dieser Leute mit dem Kampf der Soldaten für Lohnfortzahlung und gegen den erbärmlichen Wehrsold stille oder auch offene Sympathie hat? Diese Sympathie gibt es, und es gibt sie aus den oben aufgeführten materialistischen Gründen.

Leitsätze zur Militärfrage
Preis: 0,60 DM
Zu beziehen über: Buchvertrieb Hager, Postfach 5129, 6800 Mannheim

Es mag sich zunächst ein jeder auf diese Lage seinen weiteren Reim machen. Wir jedenfalls meinen, daß die Generalität in der Armee die Herausbildung einer Spaltung befürchtet, wie sie sich in anderen Teilen des staatlichen Unterdrückungsapparates eigentlich recht flott in den letzten Jahren entwickelt hat. Was die Generäle fürchten, das machen wir.

Überdies sind wir der Auffassung, daß mittlerweile der Zeitpunkt erreicht ist, an welchem die Soldatenbewegung, an welchem die wehrpflichtigen Soldaten den Gegensatz austragen müssen, daß man sie und mit ihnen die ganze Klasse der Lohnarbeiter in der Armee Jahr für Jahr um 3,2 Milliarden DM Sold jährlich bestiehlt. Dies ist nämlich näherungsweise ausgerechnet der Differenzbetrag zwischen dem heutigen Wehrsold und der Lohnfortzahlung bzw. Bezahlung mindestens nach dem gleichen Lohn, wie ihn gegenwärtig die entsprechenden Dienstgrade der Zeitsoldaten erhalten.

An der Durchsetzung dieser Forderung haben schon mal rein ökonomisch nicht nur die wehrpflichtigen Soldaten ein Interesse, selbstverständlich ist daran die ganze lohnabhängige Bevölkerung interessiert, die ihren Söhnen, Neffen, Cousins Soldaten Monat für Monat beachtliche Geldsummen zustecken muß, weil der Wehrsold eben nicht reicht.

Dies ganz abgesehen von den politischen Gründen, von der Bestrebung jedes Lohnarbeiters, den ehrenrührigen Zustand abzustellen, daß in diesem Lande die Arbeitskraft beschlagnahmt werden darf ohne eine Zahlung von Gegenwert.

Die Opportunisten werfen uns vor, wir würden die Schärfe der Klassengegensätze übertrieben sehen. Wir rufen die Generäle als Zeugen auf. Die Sektierer werfen uns vor, wir würden die wirtschaftliche Seite der Kämpfe überschätzen und wären politisch nicht revolutionärrr genug. Wir bemerken dazu bloß, daß es an politischer Bewegung keinen Mangel geben wird, denn liegt es nicht auf der Hand, daß gerade in der Armee die Bewegung einen Punkt finden muß, an dem sie sich zusammenschließen kann, über den sie in politische Aktion gehen kann, wo sie ihre Kraft entfalten kann, der nicht alsbald in die Ausrufung des Aufstandes hinauslaufen muß, sondern der systematischen Vorbereitung des Aufstandes durch Zersetzung der Armee und Zusammenschluß der Soldaten untereinander wie mit den Volksmassen dient. – (f)

Schaubild 1
Besoldungsverteilung 1976 der Berufs- und Zeitsoldaten nach Besoldungsklassen (Brutto)

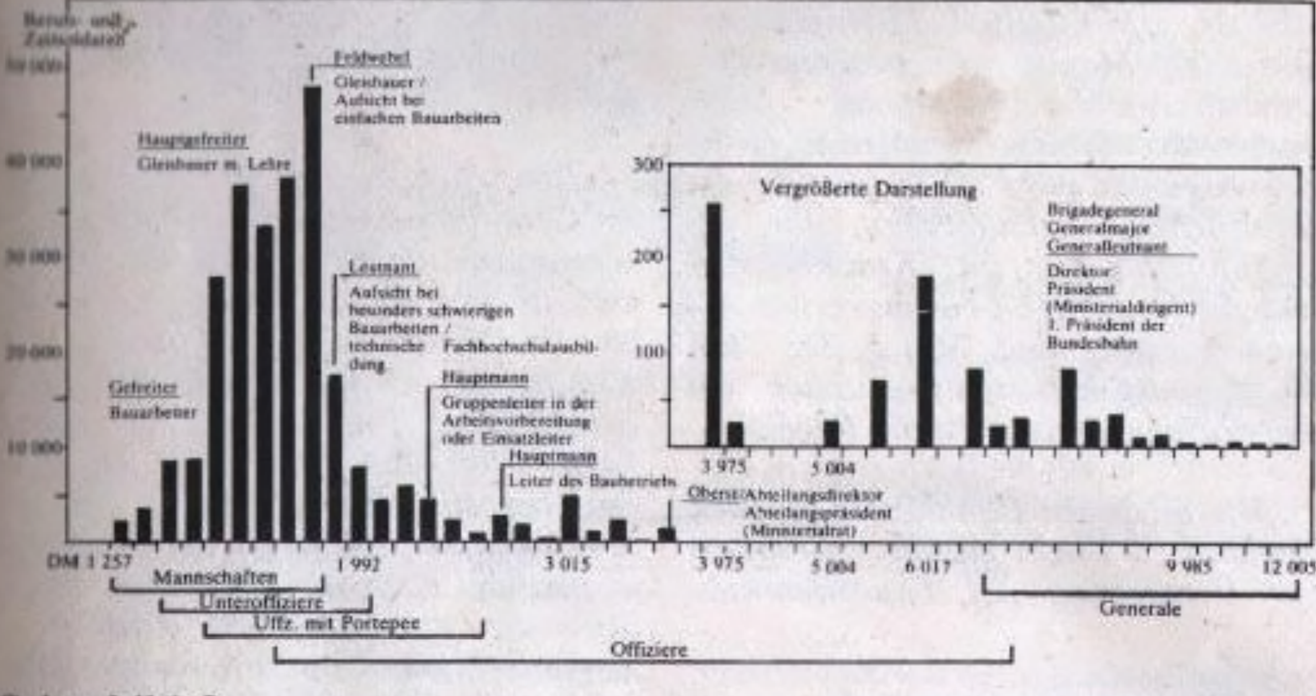
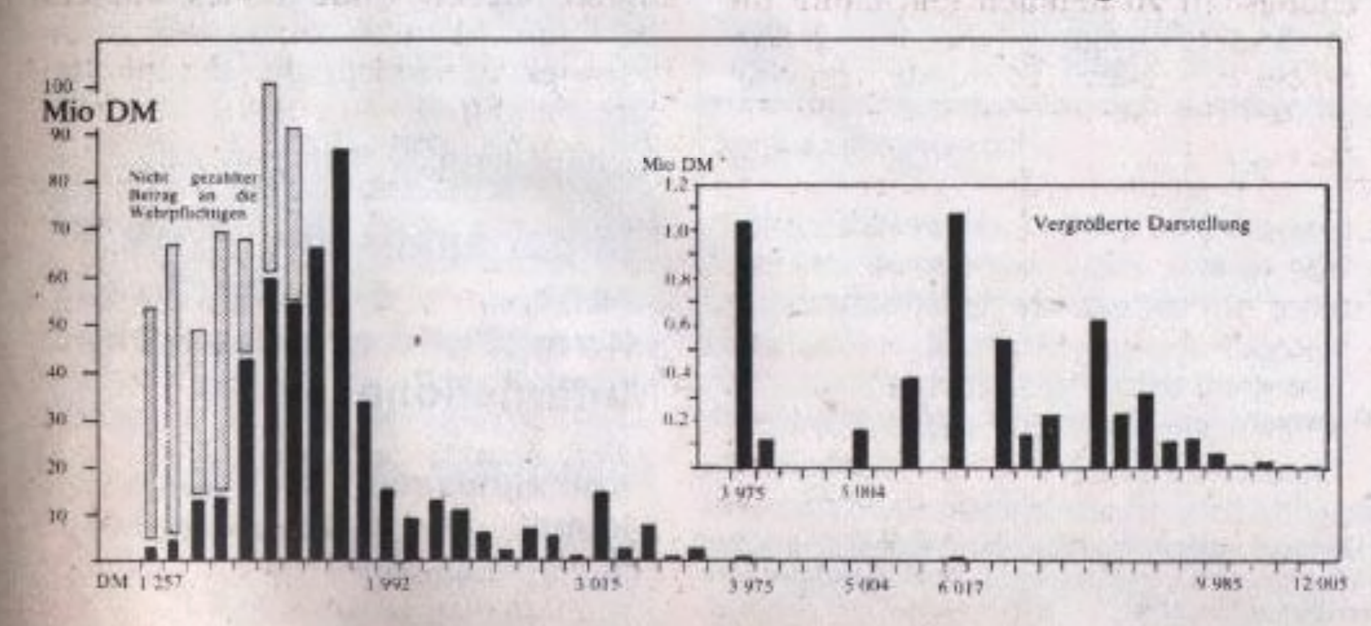


Schaubild 2
Prozentverteilung auf den jeweiligen Besoldungsklassen nach Dienstgraden der Berufs- und Zeitsoldaten



Schaubild 3
Monatliche Bruttosoldsumme auf die einzelnen Besoldungsklassen



(Alle Angaben errechnet nach Bundeshaushaltsplan 1976 und Besoldungstabellen für Beamte, Richter und Soldaten)

Schwanewede/Bremen. 21 Tage Arrest gegen Kanonier Witzmann, aber Absetzung als Vertrauensmann verhindert. Nach etlichen glücklosen Versuchen, Witzmann als Vertrauensmann abzusetzen und in den Arrest zu bringen, haben die Offiziere jetzt 21 Tage Arrest gegen ihn verhängt. Sie wollten damit „den Soldaten der dritten Batterie eindrücklich vor Augen führen, daß einem derartigen ständigen Vergehen gegen die Gesetze mit aller Strenge Einhalt geboten wird". Grundlage für den Arrest war die Meldung, die ein Offiziersanwärter über das Auftreten Witzmanns auf einer Veranstaltung des Soldaten- und Reservistenkomitees gemacht hatte. Der Offiziersanwärter Podlewski ist Juso, sein Vater die rechte Hand vom Bundesminister für Verkehr und Post, und er will „entweder als Offizier bei der Bundeswehr oder als Staatsbeamter" Karriere machen. Mit diesem Burschen, der die Denunziation von Soldaten auch noch mit seinem „rechtsstaatlichen Gewissen" begründete, haben die Kameraden von Witzmann abgerechnet und dafür gesorgt, daß er die dritte Batterie/325 nicht wieder vergißt und daß es gefährlich ist, „die Masse der Soldaten" für „zu dumm und unfähig ihre Lage zu begreifen" zu erklären. Ein Kamerad ist sogar mit dem Messer auf ihn losgegangen. Inzwischen hat man den Herrn Offiziersanwärter in eine andere Einheit verlegen müssen. Die zusammen mit der Arreststrafe gegen Witzmann verhängte Absetzung als Vertrauensmann mußte der Kommandeur Oberstleutnant von Hobe wieder zurücknehmen, weil er weiter gegangen war, als ihm die Gesetze dafür Raum lassen. Jeden Tag waren Kameraden bei Witzmann am Zellenfenster und haben berichtet, was sich getan hat. Nur die Teilung der dritten Batterie und die Verlegung der Hälfte der Mannschaften in eine andere Kaserne hat verhindert, daß es zu härteren Auseinandersetzungen gekommen ist.

Sontra. Das Ermittlungsverfahren gegen H. Arendt wegen u.a. „Wehrkraftzersetzung" mußte eingestellt werden. Der Soldat Arendt hatte in einer Presseeerklärung seine Bestrafung wegen Teilnahme an der 1.-Mai-Demonstration in Kassel und der Weigerung, Uniformen der Hitlerarmee zur Schau zu Stellen, öffentlich gemacht. Dafür kam er 21 Tage in den Bau. Der Kampf für seine Freilassung fand große Unterstützung bei den Soldaten und in Sontra. Deshalb wurde er gleich nach der Entlassung strafversetzt. Wenn jetzt das Ermittlungsverfahren eingestellt wird, so beweist das, daß die Soldaten Siege gegen die Bourgeoisie erringen können, wenn sie sich zusammenschließen und den Kampf an der Seite der Arbeiterklasse und des Volkes führen.

Putlos. Im Winterbiwak der vierten Ausbildungskompanie des Jägerbataillons war die Ausbildung besonders brutal. Nach 3 Kilometer Gepäckschleppen (etwa 50 Kilogramm) zum Truppenübungsplatz Neumünster und Zeltaufbauen wurde am ersten Tag bis 24 Uhr Feldposten bei heftigem Schnee geübt. Am nächsten Morgen wurden die Soldaten um 5.30 Uhr geweckt. Wieder dauerte die Ausbildung bis 23 Uhr. Das Essen war miserabel. Zu Mittag hatte es für jeden einen halben Becher Fettbrühe gegeben. Am Mittwoch wurde Spähtrupplaufen geübt. Als die Soldaten um 18 Uhr bereits 30 Kilometer marschiert waren, sollte ein Angriff auf ein Lager des zweiten Zuges (6 bis 7 Kilometer entfernt) durchgeführt werden. Der Kompaniechef Hauptmann Hillers führte einen Zug. Um 24 Uhr erklärte er den Angriff für beendet. Als ihm gemeldet wurde, ein MG-Zweitschütze habe sein Rohr verloren, befahl er, daß der gesamte erste Zug nicht eher zurückmarschieren dürfe, ehe das Rohr gefunden sei. Abgesucht werden sollten die 15 Kilometer Marschweg durchs Gelände. Nach einer halben Stunde Suche brach ein Soldat erschöpft zusammen und war zehn Minuten bewußtlos. Damit war das Maß voll. Den Unterführern wurde von den Soldaten mit Prügel gedroht, wenn nicht sofort zum Lager marschiert würde. Daraufhin wurde eine Pause gemacht und ohne Rohr zurückmarschiert.

Mit dem Winterbiwak beschäftigt sich „Wehrausbildung in Wort und Bild" Nr. 1/77: „Bei der Ausbildung für den Kampf im Winter im Rahmen eines Winterbiwaks sollen hohe Anforderungen an jeden einzelnen Soldaten gestellt werden", wird verlangt. Ziel der Übungen: „Im Biwak soll der Soldat erfahren, wie er im Winter bei Kälte, Nässe, Schnee und Wind tage- und wochenlang von Ortsunterkünften unabhängig leben, kampffähig bleiben und Waffen und Gerät einsatzbereit halten kann".

Schwanewede/Bremen. Offizier macht Geschäfte. In der 3/325 hat der Rechnungsführer, Oberfeldwebel Gentsch, aus seinem Dienstzimmer eine Geschenkboutique der gepfefferten Preise gemacht. Rechtzeitig vor Weihnachten gab es Kerzen (24 DM) und jede Menge Kupferarbeiten (Bilder, Wappen, Wanduhren und als Prunkstück einen Wandspiegel) zu kaufen. Er hat sich auch ein besonderes Ratensystem ausgedacht, womit er den Wehrsold der Kaufwilligen direkt mit Beschlag belegte. An jedem einzelnen Stück klebte ein Preisschild mit Angabe über die Höhe der Raten. Der Wandspiegel sollte 200 DM kosten (mehr als der durchschnittliche Monatswehrsold). Auf dem Preisschild steht: 200 DM: 75 DM Barzahlung, 5 Raten a 25 DM. – (s. Bremen)

Großbritannien. Zeitungsstreik. Zwischen den Feiertagen haben die Drucker und Setzer in den großen englischen Tageszeitungen den Streik aufgenommen. Auch der revisionistische „Morning Star" wurde bestreikt. Nach Neujahr ging der Streik weiter. Die Druckarbeiter hatten Teuerungsausgleich durch außertarifliche Zahlungen zum Jahresschluß gefordert. Das Arbeitsministerium und die Kapitalisten haben dies für einen Bruch des „Sozialpakts" erklärt, der „Lohnbegrenzungen" und nicht Lohnerhöhungen vorsehe. Der Streik der Druckarbeiter ist auch bereits ein Schlag gegen die weitreichenden Rationalisierungsvorhaben der britischen Zeitungskonzerne, die Massenentlassungen planen.

Frankreich. Gewerkschaften fordern Verkürzung der Arbeitszeit. In diesem Jahr wollen die französischen Gewerkschaftsbünde CGT und CFDT eine Kampagne für Arbeitszeitverkürzung, verbunden mit der Forderung nach Verengung der Lohnskala, führen. Demonstrationen, Aktionstage und Streiks sollen zunächst im Bereich der Stahlindustrie und im Werkzeugmaschinenbau stattfinden.

Finnland: Neuer Angriff der Sowjetunion auf die Souveränität. Die Sozialimperialisten haben ein Buch herausgegeben, in dem der 1948 abgeschlossene sowjetisch-finnische Freundschafts-, Zusammenarbeits- und Beistandspakt so interpretiert ist, daß er die Sowjetunion dazu berechtige, bei einem militärischen Angriff auf Finnland automatisch selbst militärisch einzugreifen. Auf Grundlage des Vertrages hat die Sowjetunion, als das Proletariat noch die Macht ausübte, freundschaftliche Beziehungen zum finnischen Volk unterhalten. Stalin führte zum Abschluß des sowjetisch-finnischen Vertrags 1948 aus: „Es gibt Verträge, die auf Gleichberechtigung, und solche, die auf Nichtgleichberechtigung beruhen. Der sowjetisch-finnische Vertrag ist ein auf Gleichberechtigung beruhender Vertrag ..."

Zum Beistandspakt sagte er: „Ich bin der Ansicht, daß Finnland an einem Beistandspakt mit der UdSSR gegen eine eventuelle deutsche Aggression nicht minder interessiert ist als Rumänien und Ungarn." Die Proteste in Finnland gegen die Behauptung der Sozialimperialisten, dieser Vertrag würde ihre militärische Intervention im Falle jedes Angriffs legitimieren, zeigen, daß die Völker wohl unterscheiden zwischen den Verträgen, die auf Grundlage von Gleichberechtigung geschlossen wurden, und ihren imperialistischen Interpreten.

Kampf der Imperialisten um Fischereirechte in der Nordsee. Nachdem die EG-

Kampf der Imperialisten um Fischereirechte in der Nordsee. Nachdem die EG-Staaten jetzt ebenfalls 200 Meilen-Wirtschaftszonen vor ihren Küsten mit Wirkung ab 1.1. oder 1.3.1977 ausgerufen haben, rüsten sie „zu einem Krieg der Interessen, wie ihn die Gemeinschaft seit der de Gaulleschen Politik des leeren Stuhls nicht mehr gesehen hat". (Stuttgarter Zeitung, 11.12.76) Es geht um Festlegung von Fangquoten in den jeweiligen Zonen, vor allem vor den Küsten von Großbritannien und Irland, wo 60 Prozent der Fischschwärme schwimmen. – Unmittelbar zu Beginn des neuen Jahres entsandte die britische Regierung drei Fregatten, 12 „Fischereischutzboote" und militärische Aufklärungsflugzeuge in die Nordsee, um zu demonstrieren, daß sie auf ihren Forderungen bestehen wird. – Hauptwidersacher der britischen Imperialisten sind die westdeutschen mit ihren modernen Fabrikschiffen (die Großbritannien in seiner Zone ganz verbieten will) und die Sozialimperialisten! Unter den 36 „illegal" fischenden Schiffen, die die britischen Aufklärer auf ihrem ersten Flug am Neujahrstag entdeckten, waren ein sowjetisches Fabrikschiff und mehrere andere Kutter aus osteuropäischen Staaten. Die Sowjetunion hat auf die Aufforderung der EG-Staaten, über gegenseitige Fangquoten zu verhandeln, bisher nicht reagiert.

USA. Streik des Krankenhauspflegepersonals in Chicago. Etwa 1 000 gewerkschaftlich organisierte Krankenschwestern und -pfleger des Cook County Hospital und eines kleineren angegliederten Krankenhauses in Chicago haben einen zähen achtunddreißigtägigen Streik erfolgreich beendet. Ihr Kampf richtete sich gegen die Versuche der Krankenhausleitung, das Krankengeld jeweils für den ersten Tag einer Krankheit ersatzlos zu streichen. Darüberhinaus sollten die Löhne, die bereits seit zwei Jahren nicht erhöht worden waren, weiterhin nicht erhöht werden. Schließlich richtete sich der Streik dagegen, daß immer zunehmend gelernte Pflegekräfte wegrationalisiert und ungelernte die Arbeit übernehmen mußten, sowie gegen fortlaufenden Bettenabbau und insgesamt unverantwortliche medizinische Versorgung der Massen. Das Krankenhaus ist das einzige in einem Einzugsgebiet von über sechs Millionen Menschen, meistens Arbeitern und armen Bevölkerungsschichten. Der Streik mußte gegen Druck und Drohungen jeder Art, Versuche zur Zerschlagung ihrer Gewerkschaftsorganisation im Krankenhaus und gegen Polizeiangriffe geführt werden. Schließlich konnte durchgesetzt werden, daß die Löhne um 14 Prozent erhöht, der erste Krankheitstag mit 25 Prozent bezahlt, kein gelerntes durch ungelerntes Personal mehr ersetzt wird und daß die Gewerkschaftsorganisation im Krankenhaus ein Zentrum unterhalten darf. (Nach: „Revolution", Januar 1977)

Kampf der britischen Bergarbeiter

Schlag gegen „Sozialpakt" / Senkung des Rentenalters

Der entschlossene Kampf der britischen Bergarbeiter für die sofortige Senkung des Rentenalters auf 60 Jahre und die stufenweise Senkung auf 55 Jahre bis 1980 (vgl. KVZ 51/76) hat die britischen Kapitalisten bereits veranlaßt, von ihrer ursprünglichen Position ein Stück abzurücken und als Kompromiß die Senkung des Rentenalters auf 60 (statt 62) Jahre, bei 20 (statt 25) Jahren unter Tage anzubieten. Von der Erfüllung der Forderungen der Bergarbeiter ist allerdings keine Rede. Vielmehr ist mit erbittertem Widerstand zu rechnen.

Die Hoffnung der britischen Finanzkapitalisten richtet sich auf die Sozialdemokraten in der Führung der Bergarbeitergewerkschaft und des gesamtbritischen Gewerkschaftsbundes TUC, die schon ihre Bereitschaft angedeutet haben, einen solchen Kompromiß einzugehen. Der TUC-Vorsitzende Murray hat öffentlich erklärt, ein Streik der Bergarbeiter für ihre Forderung werde einen Angriff auf den „Sozialpakt" bedeuten, den er persönlich zwecks verschärftem Lohnraub mit dem sozialdemokratischen Parteifreund und Ministerpräsidenten Callaghan abgeschlossen hat.

Unter den Mitgliedern, aber auch in der Führung der Bergarbeitergewerkschaft trifft diese Politik der Reformisten auf energischen Widerstand. Eine Funktionärskonferenz wird entscheiden, ob – auch gegen Regierung, Gewerkschaftsführung und Labour-Partei – am erklärten Kampfziel der Mitglieder festgehalten und der Streik für die vollständige Erfüllung der Forderungen sofort eingeleitet wird: Verrentung mit 60 Jahren ab 1.7.77, mit 55 Jahren bis 1980, und zwar für *alle* Arbeiter und Angestellten der Bergbaubetriebe, unter und über Tage.

Ein noch schwererer Schlag für die britischen Bourgeois ist aber womöglich, daß vor Weihnachten die Gewerkschaft der Steiger und Sprengmeister beschlossen hat, ihrerseits für die

ster beschlossen hat, ihrerseits für die

Forderungen der übrigen Bergarbeiter eine Urabstimmung einzuleiten und den Streik vorzubereiten. Der Einschluß dieser besser bezahlten und höher qualifizierten Abteilung der Bergarbeiter erhöht die Wucht ihrer Kampfbewegung und verringert die Möglichkeiten der Kapitalisten, die Front zu spalten, erheblich. Aus diesem Grund sind auch die Sozialdemokraten an der Spitze, wie es aussieht, ziemlich ratlos. So erklärte der Vorsitzende der Steigergewerkschaft, Laurie Wormald, gegenüber der Presse: „Unsere Forderungen sind dieselben wie die der Bergleute. Unsere Mitglieder haben uns das aufgezwungen." („The members have forced this upon us." – Observer, 19.12.76) Und: „Die Senkung des Rentenalters ist unter unseren Mitgliedern eine sehr emotionale Angelegenheit; sie meinen, daß ihnen das zusteht." (Sunday Times, 19.12.76) – Die Fassungslosigkeit dieses bürgerlichen Arbeiterpolitikers darüber, daß es für die Arbeiter „eine sehr emotionale Angelegenheit" ist, wenn sie sich wehren, ihre Lebenszeit bis zum Ende in Arbeitszeit für den Kapitalisten zu verwandeln, zeigt die elementare Wucht dieser Kampfbewegung.

Den britischen Kapitalisten ist es im Laufe der letzten Jahre gelungen, große Teile der englischen, schottischen und walisischen Arbeiter auf jenes „irische" Niveau herabzudrücken, das stets in Großbritannien als der Punkt galt, wo das nackte Elend beginnt. Für die britischen Bourgeois war es freilich stets der Punkt, wo für sie Maximalprofite winkten, in denen ihre einstige weltbeherrschende Stellung wesentlich mitbegründet war.

Heute macht ihnen allerdings die Bourgeoisie der übrigen kapitalistischen Mächte auch auf diesem ureigensten Feld die Beute streitig. So haben die westdeutschen Monopole erstmals im vergangenen Jahr mit ihrem Kapitalexport nach Großbritannien den Kapitalexport der britischen

nien den Kapitalexport der britischen

Finanzkapitalisten in die BRD übertreffen können. Im „Blick durch die Wirtschaft", einer führenden Wirtschaftszeitung der westdeutschen Finanzbourgeoisie, war am 14. Dezember 1976 der (untenstehend abgedruckte) Artikel „Lohnt sich ein Zweigwerk in England?" zu lesen. Deutlich hört man die schmatzende Gier nach Ausbeutung billiger englischer Arbeitskraft wie zugleich (etwas zurückhaltender) nach Senkung des Werts der Arbeitskraft in der BRD selbst durch die Konkurrenz der englischen und deutschen Arbeiter untereinander. („Denn steigende Lohnkosten werden für viele in der Bundesrepublik produzierte Erzeugnisse zu einer Preisbarriere, die vom Zweigwerk in England unterlaufen werden kann.")

Gelingt es den britischen Bergarbeitern, durch harten und geschlossenen Kampf ihre Forderungen durchzusetzen, so hätte das nicht nur für die gesamte britische Arbeiterklasse (allein durch den Abzug von 100 000 bis 150 000 aus dem Arbeitslosenheer bis 1980) direkte materielle wie moralische Auswirkungen. Es wäre auch nicht auf Dauer möglich, z.B. die westdeutschen Bergarbeiter solchen Bedingungen zu unterwerfen, wie dies durch die jetzigen Rentenregelungen geschieht, die unmenschlich sind. (Siehe dazu den nebenstehenden Kasten.)

Durch die imperialistische Konkurrenz ihrer Herren werden die Kämpfe der Arbeiter aller Länder zu einer immer engeren objektiven und subjektiven Einheit. Insofern war es noch eine ganz beschränkte Auffassung, als das Organ der britischen Hochfinanz, die „Financial Times", über die kraftvolle Kampfbewegung der Bergarbeiter schrieb: „Nachwahlen zum Unterhaus können die parlamentarischen Mehrheiten ändern, aber eine Urabstimmung der Bergarbeiter kann über den Fortbestand der Regierung entscheiden."

den.

Renten und Rentenalter der Bergleute der BRD

Bergleute in der BRD müssen in der Regel wie alle anderen Arbeiter bis zum 65. Lebensjahr arbeiten, um eine volle Rente zu erhalten.

Zur Vorbereitung der großen Zechenschließungen seit Mitte der sechziger Jahre und zur Förderung weiterer Rationalisierungen und Entlassungen wurden Möglichkeiten einer vorzeitigen Verrentung geschaffen.

Bergleute können mit 60 Jahren auf Altersrente gesetzt werden, *wenn*
– sie arbeitslos sind und
– mindestens 25 Jahre unter Tage gearbeitet haben.

In der Berechnung der Rente fehlen dann allerdings 5 anrechnungsfähige Versicherungsjahre.

Bergleute können mit 55 Jahren eine „Knappschaftsausgleichsleistung" bis zum Erreichen des Rentenalters beantragen, *wenn*
– sie arbeitslos sind,
– mindestens 25 Jahre unter Tage gearbeitet haben und
– eine entsprechende Arbeit nicht mehr finden können.

Die Knappschaftsausgleichsleistung erreicht wegen Verlust von 10 anrechnungsfähigen Versicherungsjahren, trotz etwas günstigerer Berechnung, im allgemeinen nicht die Höhe der späteren Rente.

Bergleute können mit 50 Jahren eine sogenannte „Bergmannsrente" beantragen, *wenn*
– sie 25 Jahre unter Tage gearbeitet haben und
– für Bergmannsarbeit nicht mehr taugen.

Lassen sie sich verrenten, statt eine andere, schlechter bezahlte Arbeit anzunehmen, so führt das nicht nur zu einer drastischen Senkung der späteren Rente wegen 15 fehlenden Versicherungsjahren, sondern die „Bergmannsrente", die sie bis zum 65. Lebensjahr beziehen, beträgt nur etwa mehr als die Hälfte dieser Altersrente. Im Jahre 1974 betrug die durchschnittliche „Bergmannsrente" 569 DM.

Lohnt sich ein Zweigwerk in England?

„Welche Vor- und Nachteile bietet England als Standort für Zweigwerke deutscher Firmen? Sollten sich deutsche Unternehmer an Zeitungsmeldungen über die streikwütigen Arbeiter in Automobilfabriken, Krankenhäusern, Kohlegruben und Schiffswerften orientieren oder davon ausgehen, daß Firmen wie Farbwerke Hoechst und Demag günstige Erfahrungen mit der Produktivität und dem Arbeitsklima in England machten?"

„Bei gutem Management und modernen Produktionsmitteln leisten die englischen Arbeiter genausoviel wie ihre Kollegen in Deutschland oder Amerika. Die Betriebsleitung braucht dazu aber jenes Gespür für den Umgang mit Mitarbeitern, das in einer Anzahl von nach ‚altenglischer Art' geführten Betrieben noch nicht stark genug ausgeprägt ist."

„Als Folge der Pfundabwertung – seit 1971 um mehr als 45 Prozent – sind die Lohnkosten in England bei einem Kurs von 1 Pfund gleich 4 DM niedrig. Typische Bruttolöhne sind: angelernter Industriearbeiter DM 5,50/Std., Facharbeiter DM 6,50/Std., Betriebsleiter DM 2 000/Monat, zweisprachige Sekretärin DM 1 200/Monat. Dazu kommt der Arbeitgeberanteil in Höhe von insgesamt etwa 25 Prozent für die gesetzlichen Sozialabgaben, für die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall und für freiwillige Leistungen wie Altersversorgung und Mittagessen. Ein 13. Monatsgehalt ist nicht üblich, ein vierwöchiger Urlaub ist die Regel."

„Die niedrigen Lohnkosten machen England zu einem günstigen Standort zur Versorgung des Exportmarktes. Das gilt besonders für die ehemaligen Commonwealth-Länder in Afrika und Nahost."

„Deutschen Führungskräften bietet der Großraum London gute Lebensbedingungen: niedrige Preise für Villen und für die Lebenshaltung, gute Schulen. Und für die Geschäftskontakte mit Kunden aus Afrika, Nahost und Fernost ist London noch heute ein bevorzugter Platz. Aus Kostengründen produzieren eine Anzahl von deutschen und amerikanischen Niederlassungen in England auch für den Export nach Schweden und Amerika. Denn steigende D-Mark-Kurse und Lohnkosten werden für viele in der Bundesrepublik produzierte Erzeugnisse zu einer Preisbarriere, die vom Zweigwerk in England unterlaufen werden kann."

„Die Arbeitsmarktsituation ist in den traditionellen Schwerpunkten der Industrie, also im Südosten und in den Midlands, günstig. Allerdings muß man berücksichtigen, daß in England mehr angelernte und weniger Facharbeiter tätig sind als in vergleichbaren deutschen Betrieben, weil das System der dualen Lehrlingsausbildung wenig verbreitet ist. Facharbeiter sind, daher, die vielen Bezieher von Arbeitslosenunterstützung, knapp."

„Die schon seit vielen Jahren anhaltende wirtschaftliche Stagnation – in den letzten 6 Jahren ist die Industrieproduktion kaum gewachsen – erleichtert Firmenkäufe. Mittlere Industriefirmen sind billig: als Kaufpreis ist das Vier- bis Sechsfache des Ertrags nach Steuern üblich."

(Blick durch die Wirtschaft, 19.12.1976)

Daten zur „Sozialpolitik" der westeuropäischen Finanzbourgeois

Die imperialistische Konkurrenz:
Auspressung von Mehrarbeit, Verwandlung von Lohn in Kapital, Verwandlung der Versicherungskassen der Arbeiter in Kriegskassen der imperialistischen Konkurrenz

	BRD	Frankreich	Österreich	Schweiz	Dänemark	Schweden	Niederlande	Großbritannien	Italien	Belgien
Bruttojahreslohn 1975 (1)	23 354	16 764	16 729	29 146	29 695	27 276	25 308	16 609	10 230 (1)	
Sozialversicherungsbeiträge in % (2)	13,2	13,4	12,4	8,7	0,7	9,0	19,6	6,6	14,8	12,1
Steuern in % (3)	30,0	27,2	30,7	25,9	49,5	45,4	37,2	38,8	26,1	32,9
Abzüge zusammen	43,2	40,6	43,1	34,6	50,2	54,3	56,8	44,4	40,9	45,0
Verfügbarer Jahreslohn	13 282	9 955	9 518	19 053	14 777	12 436	10 945	9 064	6 050	.
Lebenserwartung (4) – männlich	67,9	68,6	67,4	70,2	70,7	72,1	71,6	68,9	69,0	67,8
– weiblich	74,4	76,4	74,7	76,2	76,1	77,7	77,6	75,1	74,9	74,2
Lebenserwartung bei 50 Jahren – männlich	23,2	23,7	23,4	24,7	24,9	25,7	25,2	23,0	24,4	22,8
– weiblich	28,0	29,6	28,3	29,1	29,1	30,1	30,1	28,3	28,0	27,7
Beiträge zur Rentenversicherung in % (5)	18	8,75	20,8	.	.	13,6	6,7	.	20,8	14,0
davon zahlen – die Lohnabhängigen	50 %	34,29 %	33,17 %	.	.	22,8 %	76,05 %	.	33,17 %	42,80 %
– die Kapitalisten	50 %	65,71 %	66,83 %	.	.	77,2 %	23,95 %	.	66,83 %	57,20 %
gesetzliches Rentenalter	65	65	65	65	65	65	65	65	60	65

(1) Italien 1974, durchschnittlicher Bruttolohn eines Industriearbeiters, nach: Aktuelle Beiträge zur Wirtschafts- und Finanzpolitik, Presse und Informationsamt der Bundesregierung, 10.8.1976
(2) Nach: Finanznachrichten des Bundesministeriums der Finanzen vom 20.10.1976
(3) Errechnet aufgrund *Steuern in Prozent des Bruttosozialproduktes* in derselben Quelle. Zur Umrechnung dieser Steuerquote in die *Steuern auf den Lohn* haben wir das bekannte Verhältnis der beiden Quoten für die BRD auf die anderen Länder übertragen. Damit ist unterstellt, daß a) der Anteil der Abschreibungen minus Subventionen plus indirekte Steuern am Bruttosozialprodukt sowie b) die Aufteilung der Steuern auf Kapitalisten und Lohnabhängige in allen Ländern gleich sei wie in der BRD. Das mindert die Genauigkeit der Berechnung, für den Zweck einer ersten vergleichenden Übersicht ist sie jedoch hinreichend genau. (Steuerquoten BRD siehe Arbeitshefte zu Kommunismus und Klassenkampf Nr. 6, S. 34 f. und Nr. 9, S. 32 f.)
(4) In den Jahren 1970 bis 1974, nach: Statistisches Jahrbuch der BRD 1976, 1975
(5) Nach: Vergleichende Darstellung der Systeme der sozialen Sicherheit in den Mitgliedsstaaten der europäischen Gemeinschaften, Kommission der EG, 1970

Die Geduld des Volkes von Panama ist am Ende

Kampf um die Rückgabe der Kanalzone

Das Jahr 1977 müsse – so hat der Staatspräsident von Panama, Omar Torrijos, wiederholt angekündigt – das „Jahr der Entscheidung" werden im Kampf des panamesischen Volkes um die volle Souveränität über die von den USA besetzte Kanalzone.

Das wird nur durch bewaffneten Kampf möglich sein. Alle US-Präsidentschaftskandidaten erklärten ihre Absicht, in Panama die Interessen des US-Imperialismus zu wahren. Ford erklärte, die USA müßten wenigstens noch 50 Jahre in Panama „anwesend" sein. Sein Wahlkampfchef sagte es unverblümter: „Wir vertreten die Meinung, daß der Kanal einen enormen Wert darstellt, daß wir für ihn bezahlen und er uns folglich auch gehört."

Panama dagegen findet die breite Unterstützung der Dritten Welt. Die Gipfelkonferenz der Blockfreien im August 1976 in Colombo wählte Torrijos demonstrativ zum Vizepräsidenten und unterstützte in einer Resolution den Kampf des panamesischen Volkes für seine nationalen Rechte.

Kolonialismus der USA

Die USA sind bis heute eine Kolonialmacht. Puerto Rico in der Karibischen See ist praktisch eine Kolonie. Hawai wurde in den sechziger Jahren als 51. Bundesstaat direkt den Vereinigten Staaten einverleibt. Und in Panama hält der US-Imperialismus eine 1 200 Quadratkilometer große Zone quer durch das Land als „Kanalzone" besetzt, entsprechend einem dem panamesischen Volk durch Betrug und Gewalt aufgezwungenen Vertrag aus dem Jahre 1903, womit die USA sich auf „unbegrenzte" Dauer Rechte in der Kanalzone verschafften, die sie „so

auf „unbegrenzte" Dauer Rechte in der Kanalzone verschafften, die sie „so

ausüben können, als ob es ihr Hoheitsgebiet wäre" (Artikel 3).

Der Panama-Kanal und die Kanalzone sind weiterhin für die US-Imperialisten ein strategischer Stützpunkt und ein Mittel imperialistischer Seeherrschaft von entscheidender Bedeutung. Hier sitzt das Südkommando (SOUTHCOM) ihrer Streitkräfte, haben sie strategische Waffen, darunter Atomwaffen, konzentriert, und unterhalten sie ihre Anti-Guerilla-Trainingslager und eine zusammengekaufte Söldnertruppe aus verschiedenen Nationalitäten Mittel- und Lateinamerikas als dauernde Interventionsstreitmacht. Die gesamte Kanalzone ist ein einziges Militärlager mit insgesamt 14 Stützpunkten. Zwar hat sich die Bedeutung des Kanals für den Welthandel verringert, da der Kanal für Großtanker und Großcontainer-Schiffe nicht befahrbar ist. Aber noch immer werden ein Hundertstel des Welthandels und fast ein Zehntel des gesamten Außenhandels der USA durch den Panama-Kanal abgewickelt. Im Vietnam-Krieg rollte ein Drittel des Nachschubs durch den Kanal. Für zahlreiche Länder Mittel- und Lateinamerikas sowie der Karibik ist der Kanal lebenswichtig. Die Kontrolle des Kanals ist daher für die US-Imperialisten ein Mittel zur Beherrschung dieser Länder.

Die US-Imperialisten blockieren, seit sie durch den Kampf des panamesischen Volkes und der Länder der Dritten Welt zur Aufnahme von Verhandlungen über eine Rückgabe der Kanalzone und des Kanals an Panama gezwungen wurden, den Ausbau des Kanals, um die panamesische Regierung zu zwingen, erneut die nationalen Souveränitätsrechte und Interessen zu verkaufen. Tatsächlich war und ist es der Plan der US-Imperialisten, einen neuen Kanal durch Panama zu brechen, der auch für mittelgroße Tanker und Containerschiffe sowie Kriegsschiffe passierbar wäre. 1971 schlug eine von der amerikanischen Regierung eingesetzte und mit 25 Millionen Dollar für Voruntersuchungen ausgestattete Kommission vor, mit Hilfe von 325 unterirdischen Atomexplosionen die von einem Gebirgszug durchlaufene Landenge zu durchbrechen, so daß alle Staustufen wegfallen. Dadurch würden die Kosten von 7 Milliarden Dollar auf 3 Milliarden Dollar gesenkt werden können. Das panamesische Volk sollte die atomare Verseuchung eines großen Teils seines Landes und die Evakuierung seiner Bevölkerung in Kauf nehmen.

Anfang der siebziger Jahre, als die US-Imperialisten in Vietnam einer Niederlage entgegengingen, konnten diese Pläne nicht durchgesetzt werden, nachdem sich in Panama und den benachbarten Ländern ein Sturm des Protestes erhob. Diese Pläne sind aber keineswegs aufgegeben.

Kampf um nationale Souveränität

Das panamesische Volk verlangt immer entschlossener die umgehende und bedingungslose Rückgabe der Kanalzone und des Kanals selbst. Das Land wird durch die Kanalzone geteilt. Seine größeren Städte, Panama und Colón, werden durch das von den USA besetzte Gebiet eingeschnürt. Durch den Vertrag von 1903 wird jede industrielle Tätigkeit, die nicht unmittelbar

den Vertrag von 1903 wird jede industrielle Tätigkeit, die nicht unmittelbar

mit dem Betrieb des Kanals selbst verbunden ist, untersagt. Die Nutzung des natürlichen Reichtums, den die geographische Lage und Besonderheit Panamas für das Land bedeutet, ist für Panama als einem kleinen Land (28 000 Quadratkilometer, 1,4 Millionen Einwohner) mit geringen Bodenschätzen von entscheidender Bedeutung.

„Die Lage Panamas ist so, daß in vielen Gebieten – aufgrund des Bedarfs der Schiffe, die täglich passieren – zahlreiche Betriebe angesiedelt werden könnten, von Stahlwerken bis hin zu Kupferschmelzereien und Montagehallen für alle Arten von Ausrüstungen und Maschinen. (. . .) Das ist ein ungeheures Potential zur Steigerung der Produktionskapazität des Landes zur Hebung der Beschäftigung, zur Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen aller Einwohner Panamas, und uns würden immer noch Leute fehlen." Dies führte der Vizepräsident Panamas vor den Arbeitern der Kanalzone aus.

Die Teilung des Landes und die kolonialen Rechte der USA stellen ein unüberwindliches Hindernis für jede selbständige Entwicklung des Landes dar. Die Landwirtschaft wird nach wie vor überwiegend von den großen amerikanischen Lebensmittelkonzernen beherrscht, zusammen mit einheimischen Großgrundbesitzern, die weite Landstriche in ausschließlich für den Export produzierende Bananenplantagen verwandelt haben, auf denen die landlosen Bauern sich als Saisonarbeiter verdingen müssen.

Gegen diese halbkoloniale Versklavung und die würdelose Kuli-Existenz, der es vom US-Imperialismus unterworfen wird, hat sich das Volk von Panama wiederholt erhoben. Durch den Aufstand von 1964 wurden die USA erstmals zu Verhandlungen gezwungen.

Hinhaltemanöver der US-Imperialisten

Seit fast 10 Jahren versucht der Staatspräsident Torrijos, den Imperialisten wesentliche Zugeständnisse abzuringen. Tatsächlich erwiesen sich die 1974 von Kissinger gegebenen Zusicherungen über eine schrittweise Herstellung der Hoheit Panamas über die Kanalzone als bloße Hinhaltemanöver. Im Wahlkampf dieses Jahres überboten sich die Kandidaten der verschiedenen US-Monopolgruppen in Versicherungen, die amerikanischen Kolonialrechte in Panama auf jeden Fall zu wahren. Die härteste Linie wird von den Nahrungsmittelkonzernen und Schiffahrtsunternehmen der amerikanischen Südstaaten vertreten, denen Carter (als Präsident wie als Erdnußmillionär) besonders eng verbunden ist.

1976 sind die Verhandlungen zwischen Panama und der US-Regierung praktisch zum Stillstand gekommen. Torrijos hat die US-Imperialisten (durch deren Schule er als Absolvent der Counter-Guerilla-Akademie in Panama selbst gegangen ist) gewarnt, daß die Geduld des Volkes bald erschöpft sein werde. Unter seiner (Torrijos) Führung habe das Volk von Panama eine „Ghandi-Strategie" verfolgt. Es werde zu einer „Ho-Chi-Minh-Strategie" übergehen, wenn

folgt. Es werde zu einer „Ho-Chi-Minh-Strategie" übergehen, wenn

seine Wünsche nicht rasch erfüllt würden.

Im September kam es zu erneuten Demonstrationen und Angriffen auf US-Einrichtungen in Panama. Torrijos ließ diese Kämpfe mit Nationalgarde niederschlagen und warnte die USA erneut eindringlich vor einer revolutionären Entwicklung in Panama.

Zusammenschluß der Staaten Mittelamerikas

Gegenüber den immer schwerwiegenderen Folgen der Abhängigkeit vom US-Imperialismus haben die Staaten Mittelamerikas und der Karibik sich enger zusammengeschlossen. So hat Panama nach Erweitern der Fischereizone auf 200 Seemeilen mit Kolumbien und Venezuela einen Vertrag über die Nutzung und Abgrenzung der Küstengewässer und des Festlandsockels getroffen. Ein Kongreß der Länder Zentralamerikas und der Karibik forderte die „Rückgabe aller Gebiete, die noch von Kolonial- und Neokolonialmächten besetzt sind" (neben Belize, Surinam, Malouines und dem US-Stützpunkt Guantanamo auf Kuba auch Puerto Rico und die Panama-Kanalzone). Als Kissinger sich unmittelbar danach mit den Staatspräsidenten von 6 mittelamerikanischen Staaten treffen wollte, sagten ihm diese ab und er mußte sich mit den Außenministern begnügen. Im September bildeten die bananenexportierenden Länder Mittelamerikas eine gemeinsame Vertriebsgesellschaft.

Kriegsvorbereitungen beider Supermächte

Der russische Sozialimperialismus versucht, sich die schwierige Lage wie auch das Streben nach Unabhängigkeit der Staaten Mittel- und Lateinamerikas gegenüber dem US-Imperialismus zunutze zu machen, um sich selbst festzusetzen. Im August hielten sie in der Karibik mit modernsten Waffen kombinierte See- und Luftmanöver ab. Castro erklärte in einem Interview, es könne nicht ausgeschlossen werden, daß bei Auseinandersetzungen in Mittelamerika kubanische Truppen wie in Angola „zur Hilfe" entsandt würden.

Auf Kuba unterhalten heute sowohl die US-Imperialisten als auch die Sozialimperialisten militärische Stützpunkte. Keineswegs werden die Völker Mittelamerikas und der Karibik und besonders das von Kolonialismus und Neo-Kolonialismus schwer niedergedrückte panamesische Volk bereit sein, sich einem solchen Schicksal zu unterwerfen.

Von der „Ghandi-" zur „Ho-

Von der „Ghandi-" zur „Ho-Chi-Minh-Strategie"

Die Volksmassen Panamas bereiten sich auf die bewaffnete Erhebung vor. „Alle strategischen Überlegungen der USA gehen deswegen davon aus, daß der Kanal bei Beginn kriegerischer Auseinandersetzungen ausfällt." (W. Grabendorff, Konfliktherd Panama: Probleme eines neuen Kanalvertrages, Vereinte Nationen 5/76)

Die selbständige Entfaltung des bewaffneten nationalen Befreiungskampfes wird den Aggressions- und Kriegsplänen der Imperialisten einen mächtigen Hebel vorschieben. Torrijos hat die USA gewarnt. Das Volk von Panama wird sich eine neue Führung schaffen und die „Ho-Chi-Minh-Strategie" einschlagen. Die Unterstützung der Völker wird es dabei haben, wie das Volk von Vietnam diese Unterstützung hatte im Kampf für die Befreiung vom US-Imperialismus. – (gk)

KANALZONE – Colón – ATLANTIK – Schleuse – Panamá – ATLANTIK – PANAMA – COSTA RICA – KOLUMBIEN – PAZIFIK – 20 km – PAZIFIK

Der Panama-Kanal führt über mehrere Staustufen (siehe Skizze). Die Imperialisten lassen die Kanaleinrichtungen verrotten. 68 Prozent der Kanalzone sind durch US-Militäreinrichtungen besetzt. Die Schleusen und technischen Einrichtungen stammen sämtlich noch vom Beginn des Jahrhunderts. Es sind keine Ausweichstellen vorhanden, so daß lange Wartezeiten entstehen, und nur Schiffe bis 60 000 Bruttoregistertonnen können den Kanal befahren. Der Ausbau von Colón und Panamá zu Hochseehäfen sowie der Bau einer Schnellstraße und einer Pipeline sind andere wichtige Aufgaben des nationalen Wirtschaftsaufbaus Panamas, die durch den Kolonialismus der USA blockiert werden.



Bewaffnete Landbesetzungen in Mexiko

Die Auseinandersetzung zwischen den Volksmassen Mexikos und den Kräften des Imperialismus und der Reaktion spitzt sich zu. Täglich werden neue Landbesetzungen gemeldet. Es bilden sich unabhängige Bauern- und Landarbeiter-Organisationen. Aber auch der Vorsitzende der offiziellen Allgemeinen Mexikanischen Bauern- und Landarbeiter-Union (UGOCM) hat erklärt: „Die enteigneten Ländereien in Sonora werden niemals in die Hand der reichen Grundbesitzer zurückgegeben werden. Diejenigen, die die Landbarone unterstützen, provozieren einen bewaffneten Aufstand im ganzen Land." – Die Landbarone und US-Agrarkonzerne versuchen das Land ökonomisch zu erdrosseln. So haben sie die Aussaat des Winterweizens im Yuqi-Tal, wo die größten Landbesetzungen stattfanden, verhindert. Sie rechnen darauf, daß die Regierung angesichts riesiger Auslandsschulden veranlaßt werden kann, gegen die Bauern vorzugehen. – Die Regierung Portillo laviert. Sie hat Militär und Gendarmerie in den nördlichen Regionen zusammengezogen, aber bisher nur vereinzelt angreifen lassen. Den Lohnstopp gegenüber den Industriearbeitern hat sie jedoch durchgesetzt. Die Gewerkschaftsführer haben den angedrohten Generalstreik abgeblasen. Darum findet in den Gewerkschaften eine heftige Auseinandersetzung statt.

Carter: Sorge um das Atommonopol der Supermächte. „Die Bonner Außenpolitik wird sich bald einer Aufforderung des neuen Präsidenten Carter gegenübersehen, die dritte Schwenkung der amerikanischen Proliferations- (‚Nichtweiterverbreitungs')-Politik nachzuvollziehen." (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 28.12.76) Die „dritte Schwenkung" bei den Versuchen der US-Imperialisten, das Atommonopol der Supermächte aufrechtzuerhalten, besteht in dem Vorschlag, eine „internationale Brennstoffagentur" zu bilden. Die US-Imperialisten speien Gift und Galle, weil die Staaten der Dritten Welt sich der Erpressung durch Atomwaffen nicht unterwerfen, sondern selbst Atomwaffen herstellen. Am 19.11.1976 hat die Volksrepublik China ihren vierten erfolgreichen Kernwaffentest im Jahr 1976 durchgeführt. Die US-Imperialisten fahren den BRD-Imperialisten an den Karren, weil sie Kernkraftwerke nach Brasilien liefern, um sich dadurch Zugang zum Uran zu verschaffen, das sie für das eigene Kraftwerksprogramm brauchen. Die Staaten der Dritten Welt stellen an die Lieferung ihres Urans mittlerweile Bedingungen, die im Interesse ihrer Selbständigkeit liegen. „Nicht umsonst drohen neue Atomwaffenstaaten gerade in der Dritten Welt und nicht in Westeuropa zu entstehen", schreibt die „Frankfurter Allgemeine Zeitung".

Kanada: Verschärfung des Klassenkampfs und wachsender Widerspruch zum US-Imperialismus. Von Oktober auf Dezember ist der Kurs des kanadischen Dollars um über 5 Prozent gefallen. Der Druck des US-Imperialismus auf Kanada hat zugenommen. Am 14. Oktober hatte in ganz Kanada ein Generalstreik, der erste in Kanada überhaupt, gegen die „Lohnkontrollen", das heißt den von der Regierung kontrollierten Lohnabbau,

„Lohnkontrollen", das heißt den von der Regierung kontrollierten Lohnabbau,

stattgefunden, an dem sich 1,1 Millionen Arbeiter beteiligten. Am 15. November hat in der von Franco-Kanadiern bewohnten Provinz Quebec die nationalistische „Parti québecois" die Wahlen gewonnen. Der Quebecer Gewerkschaftsbund war führend am Zustandekommen des Generalstreiks beteiligt gewesen. Beim Streik selbst war die geschlossenste Beteiligung in den Betrieben und Gruben, die in der Hand von US-Monopolen sind. Das sind von den 100 größten kanadischen Betrieben allein 49.

Puerto Rico. US-Imperialisten planen Annektion. Ford hat zum Ende seiner Amtszeit den Vorschlag gemacht, Puerto Rico direkt als 51. Staat der USA zu annektieren. Das hatte er offenbar noch auf dem Herzen. Puerto Rico ist für die US-Imperialisten äußerst wertvoll. Seit sie 1898 diese ehemals spanische Kolonie unter ihre Kontrolle gebracht haben, haben sie das Land in ein einziges Arbeitslager und eine Zuchtfarm billiger Arbeitskraft verwandelt. 20 Prozent der 3 Millionen Puertoricaner sind arbeitslos. Hunderttausende arbeiten in den USA selbst. Auf Puerto Rico sind 85 Prozent der Industrie in den Händen von US-Konzernen. 5,5 Prozent aller Auslandsinvestitionen der USA sind in Puerto Rico angelegt, insgesamt 14 Milliarden Dollar. Steuern zahlen die Kapitalisten auf Puerto Rico keinen Pfennig – darin besteht seine „Autonomie". Geschützt wird dieses Ausbeuterparadies durch zwei US-Militärstützpunkte. – Die Volksmassen Puerto Ricos haben in den letzten Jahren ihren Kampf um nationale Unabhängigkeit fortlaufend verstärkt. Die Staaten der Dritten Welt haben diesen Kampf immer entschiedener unterstützt. Ford will die Unterdrückung der Unabhängigkeitsbewegung durch die direkte Annektion des Landes lösen. Carter hat sich vorsichtig geäußert: Er meint, ohne die parlamentarische Tünche einer „Volksabstimmung" werde das nicht gehen.

Honduras. Enteignungen und Landbesetzungen. Die honduranische Regierung hat beschlossen, 62 000 Hektar Land zu nationalisieren, die im Besitz der „Tela Railroad Company", einer Tochter des Agrarkonzerns „United Brands" waren. Dies folgt einem Beschluß der honduranischen Regierung vom August 1976, die Konzessionen der amerikanischen Bananenkonzerne zu beseitigen, die seit Anfang des Jahrhunderts in Honduras 200 000 Hektar fruchtbaren Landes in ihren Besitz gebracht und Honduras in eine der berüchtigten „Bananenrepubliken" verwandelt haben. Das Volk von Honduras, besonders die von ihrem Land vertriebenen Bauern und Landarbeiter, haben sich damit niemals abgefunden. Im Mai 1976 haben Bauern, im nationalen Bauernverband von Honduras und anderen Organisationen zusammengeschlossen, 2 500 Hektar Land aus dem Besitz der „Tela Railroad" besetzt. Im Oktober haben 180 Familien erneut 1 700 Hektar dieser Gesellschaft besetzt. (Hsinhua, 24.12.76) Schon das ganze Jahr 1975 über ist es in 10 Bezirken in Honduras zu ähnlichen Aktionen gekommen.

Hannover. Am 31.12.76 wurde vom Komitee Südliches Afrika Hannover ein Solidaritätsfest „Es lebe der Befreiungskampf des Volks von Zimbabwe" durchgeführt. Die Aufführung des Theaterstücks „Vorwärts mit der Revolution" bekam viel Beifall, besonders wie in der 3. Szene Kissinger, Smith und Schmidt durch die Freiheitskämpfer vertrieben wurden. Um 24 Uhr wurde eine Smithpuppe angezündet und verbrannt. Die 150 Teilnehmer des Festes spendeten insgesamt 1 350 DM für ein Landwirtschaftsprojekt der ZANU.

Norden/Ostfriesland. Auf dem Flohmarkt der „Aktion Jugendzentrum" kurz vor Weihnachten wurde von der Ortszelle des KBW ein Stand zur Unterstützung des Befreiungskampfes des Volkes von Zimbabwe durchgeführt, an dem verschiedene Gegenstände verkauft wurden. Die meisten Menschen gaben mehr Geld als den geforderten Mindestpreis, um den bewaffneten Befreiungskampf zu unterstützen. Besonders begehrt waren die Plakate des KBW zur Regierungserklärung. Der „Schmidt-Geier" war am Ende ausverkauft. Insgesamt wurden 208,50 DM gesammelt.

Hamburg. Am 24.12. und 31.12. wurde auf dem Langenhorner Markt am Agitationszentrum des KBW ein Basar und eine Spendensammlung durchgeführt zur Unterstützung der ZANU. Es wurden insgesamt 442,82 DM gesammelt.

Braunschweig. Auf einer Veranstaltung des KBW in der Propagandawoche des KBW gegen die Regierungserklärung wurden in Braunschweig 650,08 DM von ca. 70 Anwesenden für die ZANU gespendet. Die Stadtteilzelle Clausthal-Zellerfeld hat im November/Dezember 136,56 DM für die ZANU gesammelt, die Stadtteilzellen Wolfsburg haben 168,50 DM gesammelt. Insgesamt konnten vom Bezirksverband Braunschweig/Östliches Niedersachsen weitere 1 293,14 DM für die Unterstützung der ZANU überwiesen werden.

Hamburg-Bergedorf. Im Rahmen der Propagandawoche des KBW wurde ein Solidaritätsbasar zur Unterstützung des bewaffneten Befreiungskampfes des Volkes von Zimbabwe durchgeführt. Im Sachsentor in Hamburg-Bergedorf wurden 70 DM gesammelt.

Heidelberg/Handschuhsheim. 85 DM und mehrere Säcke mit Kleidern für die ZANU wurden bei einer Straßenaktion gesammelt.

Instandsetzungskompanie 6/2, Baunatal/Kassel. Sechs Rekruten der Instandsetzungskompanie in Baunatal haben anläßlich einer Diskussion über den bewaffneten Befreiungskampf des Volkes von Zimbabwe eine gemeinsame Erklärung verfaßt, die sich direkt gegen die Kriegsvorbereitungen und Interventionspläne richtet, für die die Bundeswehr von den westdeutschen Imperialisten vorgesehen ist. In der Erklärung heißt es unter anderem: „Wir halten den Kampf des Volkes von Zimbabwe gegen das Smith-Regime für gerecht und verurteilen jegliche Einmischungsversuche der Imperialisten aller Schattierungen. Wir lassen uns nicht für

Instandsetzungskompanie 6/2, Baunatal/Kassel. Sechs Rekruten der Instandsetzungskompanie in Baunatal haben anläßlich einer Diskussion über den bewaffneten Befreiungskampf des Volkes von Zimbabwe eine gemeinsame Erklärung verfaßt, die sich direkt gegen die Kriegsvorbereitungen und Interventionspläne richtet, für die die Bundeswehr von den westdeutschen Imperialisten vorgesehen ist. In der Erklärung heißt es unter anderem: „Wir halten den Kampf des Volkes von Zimbabwe gegen das Smith-Regime für gerecht und verurteilen jegliche Einmischungsversuche der Imperialisten aller Schattierungen. Wir lassen uns nicht für
eine Sache einspannen, die unseren Interessen widerspricht." Weiter heißt es in der Erklärung: „Aus diesen Gründen geben wir keinen Pfennig für die verlogene Aktion Kriegsgräberfürsorge, die z.Zt. von der Bundeswehrführung veranstaltet wird, sondern überweisen auf das Spendenkonto das Verpflegungsgeld für ein Wochenende (zusammen 48, DM) für die ZANU."

Duisburg. Am 10.12.76 fand auf Einladung des Mannesmann Betriebsrates Huckingen und des Kirchenrates in Duisburg Wanheim eine Veranstaltung statt, auf der ein Vertreter des Zentralen Komitees der ZANU, Genosse Mutumbuka, über den bewaffneten Kampf des Volkes von Zimbabwe für seine Unabhängigkeit berichtete.

Gekommen waren ca. 110, darunter 82 Arbeiter von Mannesmann. Der Bericht über die schrankenlose Ausbeutung und Unterdrückung des Volkes von Zimbabwe, das die weißen Siedler Rhodesien nennen, stieß auf große Empörung bei den Anwesenden. Der Genosse führte aus, daß das Volk von Zimbabwe über viele Jahre versucht habe, seine Lage durch Gespräche mit dem Smith-Regime zu verändern – ohne Erfolg. Erst seitdem das Volk von Zimbabwe den bewaffneten Kampf aufgenommen hat, sei Smith dazu gezwungen worden, Verhandlungen zu führen. Das Volk will den bewaffneten Kampf aber nicht wegen der Verhandlungen aufgeben, sondern ihn bis zur vollständigen Befreiung fortführen.

Dieses konsequente Festhalten am bewaffneten Kampf stieß bei einigen Teilnehmern der Veranstaltung, die dem Aufruf der Kirche gefolgt waren, auf Ablehnung. Gewalt und Unterdrückung könne nicht mit Gewalt beseitigt werden. Dem wurde von den Mannesmann-Arbeitern entschieden widersprochen. Ein Arbeiter sagte: „Wenn im Dritten Reich alle die Hände in den Schoß gelegt hätten, würde das Dritte Reich heute noch bestehen." Die Mannesmann-Arbeiter haben auf dieser Veranstaltung über 360 DM für die medizinische Versorgung des kämpfenden Volkes von Zimbabwe gesammelt und wollen beraten, wie sie im Betrieb ihre Unterstützung fortsetzen können.

Bekämpft die Propagandalügen der Imperialisten! Unterstützt den bewaffneten Kampf der Völker Afrikas!

„Schwarze massakrierten die 27 Teepflücker. – Die 27 Plantagenarbeiter waren nach Angaben überlebender Verwundeter von den Guerilleros aus ihren Unterkünften geholt und zu einem Platz geführt worden ... Dann gaben die etwa 20 bis 23 Guerilleros der Darstellung zufolge aus Maschinenpistolen des chinesischen Typs AK 47 drei bis vier Minuten lang Feuerstöße auf die Männer ab." (Süddeutsche Zeitung, 22.12.76)

„Im rhodesischen Guerillakrieg sind nach Angaben der Sicherheitsbehörden in Salisbury über Weihnachten 45 Schwarze getötet worden. Dazu hätten mindestens 12 Zivilisten gehört, wurde am Dienstag mitgeteilt. Unter den Opfern sei eine Anzahl Frauen, diese seien im Schußwechsel umgekommen, als Terroristen versucht hätten, sie zur Sicherung ihrer Flucht als ‚Schutzschilde' zu benutzen, hieß es in einem Kommuniqué." (Neue Zürcher Zeitung, 30.12.76)

„Kämpfe zwischen Schwarzen haben nach Angaben der Polizei seit Weihnachten in Südafrika 84 Menschenleben und Hunderte von Verletzten gefordert." (...) „Mindestens 60 Tote gab es in der Provinz Natal bei Stammesfehden der Zulus. Sie überfielen Dörfer und brannten Hütten nieder ... Die südafrikanische Nachrichtenagentur SAPA berichtete gestern über einen Fall besonders grausamer Selbstjustiz in einem Dorf bei Piersburg. Dort soll ein an Händen und Füßen gefesseltes älteres Ehepaar auf einen Fußballplatz öffentlich verbrannt worden sein. Die beiden hatten angeblich einen Verkehrsunfall verursacht und waren von Zauberärzten zum Tode verurteilt worden."

Man sieht die Schreiberlinge der Imperialisten förmlich vor sich sitzen und sich aus den Fingern saugen: Wildgewordener Zulukaffer frißt Oma im Busch mit chinesischen Eßstäbchen. Was diese hochbezahlten Schwindler als „Nachrichten" abliefern, wird auch immer durchsichtiger. Diese Lügen sind *verzweifelt*.

Gift kann man darauf nehmen, daß ihre Berichterstattung erlogen ist. Solches hat noch niemals einer Überprüfung standhalten können.

„Die ZIPA hat Sonntagabend die rassistische Armee angeklagt, daß sie 26 zimbabwesche Landarbeiter einer Teeplantage bei Meletter getötet hat. Die Regierung von Salisbury behauptet, daß die 26 zimbabweschen Arbeiter von Nationalisten getötet worden seien, tatsächlich aber sind sie Opfer der rhodesischen Streitkräfte, die gegenwärtig angestrengt von Kräften der ZIPA gesucht werden. Dies berichtet die Stimme Zimbabwes, die durch Radiostationen Mozambiques ausgestrahlt wird." (El Moudjahid, 22.12.)

Die Imperialisten unternehmen fieberhafte Anstrengungen: Nachdem ihr Propagandacoup, die Genfer Konferenz, zu ihren Ungunsten ausgegangen ist, versuchen sie, ideologische Voraussetzungen zur Lähmung der Solidaritätsbewegung mit dem Kampf der afrikanischen Massen zu schaffen und damit die geplante militärische Intervention in den Bereich ihrer Möglichkeiten zu rücken.

Die Lage entwickelt sich für die Imperialisten nicht günstig. Während der Genfer Konferenz wurde der Kampf in Zimbabwe fortgesetzt, in Azania wächst die Bewußtheit, mit der die Massen den Kampf gegen das Kolonialistenregime führen.

Die US-Imperialisten und ebenso der BRD-Imperialismus werden Afrika nicht aufgeben. 1974 haben die US-Imperialisten in Südafrika 1 457 Millionen US-Dollar in Produktionsmitteln (offiziell) angehäuft.

Die BRD-Imperialisten haben im südlichen Afrika über eine halbe Milliarde DM angehäuft. Die Löhne betrugen für die Arbeiter in Zimbabwe im Jahr 1975 242,58 DM im Monat. Die Arbeiter in Azania verdienten im Jahr 1972 221,57 DM im Monat durchschnittlich.

Richard, Unterhändler der britischen Imperialisten in Genf, hat sich letzte Woche mit Kissinger und danach mit Vance, dem zukünftigen US-Außenminister, getroffen, und ist hernach nach Zimbabwe gereist, „um mit den an dem Rhodesienkonflikt beteiligten Parteien Gespräche über die Fortsetzung der Genfer Konferenz zu führen".

Die Sozialimperialisten betreiben ebenfalls die Vorbereitung neuer Manöver. Podgorny, Staatsoberhaupt der UdSSR, will im März 1977 Afrika bereisen und Sambia, Mozambique und Tansania heimsuchen.

„Die drei Länder gehören zu den sogenannten ‚Frontstaaten', die an den Bemühungen um eine Lösung des Rhodesienproblems beteiligt sind." (Neue Zürcher Zeitung, 30.12.)

Durch Propagandalügen und Spaltungsmanöver wird die Lage der Imperialisten nicht besser.

In Salisbury sind die Arbeiter der öffentlichen Verkehrsbetriebe am Freitag, dem 24. Dezember, in Streik getreten. Die Arbeiter fordern eine Erhöhung der Weihnachtsgratifikation. Die „Neue Zürcher Zeitung" berichtet am 30. Dezember, daß die rhodesischen Kolonialisten 800 streikende Arbeiter haben festnehmen lassen.

In Pretoria (Azania) wird Polizeiverstärkung über Luftbrücke angefordert.

Die Massen nutzen dort die Weihnachtsfeierlichkeiten der Kolonialisten, die Herausgabe der politischen Gefangenen zu fordern, und haben bis zum 24. Dezember die Freilassung von 80 politischen Gefangenen erzwungen.

Die Ziele der afrikanischen Massen sind vollständig gerecht und werden energisch verfolgt. Sie müssen energisch unterstützt werden. Welches Interesse sollte die westdeutschen Arbeiter bewegen, die Herrschaft der gleichen Ausbeuter, die sie schon im eigenen Lande bekämpfen müssen, über andere Völker mit ihrem eigenen Blut zu fördern?

Die Imperialisten wissen, daß es keine solchen Gründe oder Interessen gibt. Sie haben es hier mit derselben Klasse zu tun und mit demselben Kampf. Ihre Hoffnung ist daher begrenzt. Diesen Imperialisten genügt es, wenn sie die Arbeiterklasse zur stummen Duldung ihrer Verbrechen bringen können. Daher sind die Lügen selber zwar lächerlich, die Bemühungen aber, Spaltung in die internationale Arbeiterklasse zu treiben, ernst zu nehmen. Wobei sie auf geographische Entfernung setzen und Verwirrung und daraufhin eintretetende Lähmung der Solidaritätsbewegung ersehnen. Die Arbeiter setzen aber auf ihre Interessen. Und die sind über Tausende von Kilometern dieselben. Und sie verfolgen sie aktiv. – (am)



„Krüger, release detainees ... " – „Krüger, laß die Gefangenen frei!" – Die Forderungen der azanischen Jugend in den großen Demonstrationen vor Weihnachten



„Krüger, release detainees ... " – „Krüger, laß die Gefangenen frei!" – Die Forderungen der azanischen Jugend in den großen Demonstrationen vor Weihnachten

Imperialistische Fieberträume

Wechsel in der Vietnam-Politik der USA in Vorbereitung

Die Hoffnungen der Imperialisten, besonders der US-Imperialisten, das vietnamesische Volk werde die beispiellosen Verwüstungen des Krieges und die Zerrüttung der Ökonomie und aller sozialen Beziehungen im Süden des Landes nicht wettmachen können, es werde nicht in der Lage sein, seine nationale wie soziale Einheit auf revolutionärer Grundlage herzustellen, wirksame und einheitliche Organe der Volksmacht zu bilden und das Land aus eigener Kraft aufzubauen, schwinden mit jedem Tag mehr. Die Konterrevolution im Land hat zum größten Teil die Waffen strecken müssen.

Am 14.12. hat die Kommunistische Partei Vietnams ihren 4. Parteitag, den ersten nach der vollständigen Befreiung des Landes, abgehalten. Die Entfaltung der sozialistischen Revolution auf allen Gebieten und die Festigung der Diktatur des Proletariats wurde als die entscheidende Aufgabe in der neuen Etappe der Geschichte Vietnams bezeichnet, die mit dem historischen Sieg über den US-Imperialismus im April 1975 begonnen hat. Das Zentralkomitee wurde neu gewählt, und die Arbeiter und Bauern Vietnams wurden aufgerufen, ihre Anstrengungen zu vervielfachen, um ein friedliches, unabhängiges, demokratisches und sozialistisches Vietnam aufzubauen.

Diesem Ruf sind die Massen bereits in der Vorbereitung des Parteitages begeistert nachgekommen. Sie haben das Bewußtsein über ihre revolutionären Aufgaben gehoben und im ganzen Land die Produktionspläne weit vor der Zeit erfüllt. So haben zum Beispiel die Bauarbeiter von Saigon in viel kürzerer Zeit als vorgesehen zahlreiche Sozialbauten für Gesundheitsversorgung, Betreuung der Kinder und andere Zwecke in den verschiedenen Stadtteilen fertiggestellt. Und pünktlich zum Tag der Eröffnung des Parteitages eröffneten die Eisenbahnarbeiter die Strecke Hanoi–Ho-Chi-Minh-Stadt, so daß nach 20 Jahren der erste Zug aus Hanoi wieder im früheren Saigon eintraf.

Die Ford-Regierung hat alles daran gesetzt, Vietnam ebenso wie Laos und Kambodscha zu isolieren und zu schwächen und durch Greuelpropaganda und handfeste Provokationen den Boden für neue Aggressionen zu bereiten. So haben sich die US-Imperialisten seit dem von ihnen gestützten Militärputsch in Thailand dort wieder verstärkt festgesetzt und den Luftwaffenstützpunkt Thakli wiedereröffnet. Sie stachelten die thailändischen Streitkräfte zu andauernden Grenzprovokationen an. Noch am 15. November legte der US-Delegierte im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen sein drittes Veto gegen den beantragten Beitritt der Sozialistischen Republik Vietnam zur UNO ein. „Der amerikanische UNO-Botschafter Scranton begründete den erneuten Einspruch der USA mit dem Vorwurf an Hanoi, keine befriedigende Auskunft über das Schicksal vermißter afrikanischer Vietnamsoldaten zu erteilen und sich einer Heimschaffung von Leichen gefallener Soldaten zu widersetzen." (Neue Zürcher Zeitung, 17.11.76)

Das Zentralorgan der Kommunistischen Partei Vietnams, Nhan Dan, hat demgegenüber herausgestellt, daß Vietnam seine Verpflichtungen aus dem Pariser Abkommen erfüllt hat und mehrfach die Überführung der sterblichen Überreste von Piloten, die bei den Überfällen auf Nordvietnam ums Leben kamen, gestattet hat. Demgegenüber aber seien es die USA, die ihre Verpflichtung aus dem Pariser Abkommen nicht eingehalten haben, nämlich die Schäden, die ihr Angriffskrieg gegen Vietnam verursacht hat, durch finanzielle Entschädigung wenigstens zu einem kleinen Teil wiedergutzumachen.

Offensichtlich erwägt die neue Regierung Carter einen Wechsel in der Taktik, nachdem sich die Pläne einer offenen Konterrevolution und erneuten Aggression zunächst zerschlagen haben. So wurden jetzt die Ergebnisse einer von der Ford-Regierung selbst eingesetzten Kommission bekannt, die feststellte, daß sich keine US-Kriegsgefangenen mehr in Vietnam befinden und das Schicksal der Vermißten wahrscheindlich unaufklärbar sei. Der Vorwand wird fallengelassen.

Der neuernannte UN-Botschafter Young hat in einem Fernsehinterview erklärt, daß er für die Mitgliedschaft Vietnams in der UNO eintrete. Denn: „Es ist in unserem Interesse, daß es Spannungen zwischen der Sowjetunion und China gibt, es ist ebenso in unserem Interesse, daß ein starkes Vietnam existiert, das in der Lage ist, seine Unabhängigkeit gegen den Einfluß Chinas zu wahren." (Süddeutsche Zeitung, 20.12.76)

Die Imperialisten sind unfähig, aus der Geschichte zu lernen. Die Politik Carters ähnelt in vielem derjenigen Roosevelts in den Jahren vor Ausbruch des Zweiten Weltkrieges, die – nach einer Charakterisierung Mao Tsetungs – darin bestand, Hitler-Deutschland als die aufstrebende imperialistische Macht „zu einem Krieg gegen die Sowjetunion aufzuhetzen, sie selbst aber wollten ‚auf dem Berg sitzend dem Kampf der Tiger zuschauen' ". (Mao Tsetung, Ausgewählte Werke, Band II, S. 321)

Dem revolutionären Vietnam soll die Rolle zukommen, das revolutionäre China in Schach zu halten, damit es von der zu einer aggressiven, sozialimperialistischen Macht entarteten Sowjetunion mit stillschweigender Duldung der US-Imperialisten überfallen werden kann. Und wenn die Kräfte beider Seiten erschöpft sind, dann – schrieb Mao Tsetung 1939 über die Träume der US-Imperialisten – „dann würden sie auf den Schauplatz treten und Ordnung schaffen" (ebenda).

Welche Narren sind die Imperialisten! Die Sache hat 1939 einen anderen Verlauf genommen und wird wieder einen anderen Verlauf nehmen. Im Streit um die Beute geraten die Imperialisten unweigerlich selbst aneinander. Die Völker der Welt haben sich erhoben und verwandeln den Krieg in die Revolution. Das Zentralorgan der Kommunistischen Partei Vietnams schrieb aus Anlaß des dritten Vetos der USA gegen den UNO-Beitritt der Sozialistischen Republik Vietnam: „Die Kraft des vietnamesischen Volkes ist die Kraft der nationalen Unabhängigkeit, des Sozialismus und der Zukunft. Der US-Imperialismus wird bereits zu einer Sache der Vergangenheit und taucht immer schneller in der Vergangenheit unter." – (gk)

Die Kämpfe der Studenten sind notwendig und werden geführt!

Auszüge aus der im Dezember 1976 veröffentlichten Vorauswertung der 8. Sozialerhebung des deutschen Studentenwerkes vom Sommersemester 1976 an Universitäten, Fachhochschulen und Pädagogischen Hochschulen:

Universitäten:

„Um einen genauen Vergleich mit der Erhebung des Jahres 1973 zu erhalten, waren dieselben Hochschulen wie vor drei Jahren in die Erhebung einbezogen worden.

22,7 % der Studenten sind 21 Jahre alt oder jünger (1973: 24,0 % – 1967: 27 %). Der Anteil der über 26jährigen liegt nunmehr bei 30 % (1973: 25,3 %). Das heißt das Durchschnittsalter der Studenten ist weiter gestiegen.

Fast jeder dritte Hochschulbesucher war im Sommer 1976 weiblichen Geschlechts (1956: 17,7 % – 1967: 23 % – 1973: 28,3 % – 1976: 32,8 %).

Weiter gestiegen ist der Anteil der männlichen Studenten, die Wehr- oder Ersatzdienst geleistet haben. 47,4 % fallen unter diese Gruppe (1973: 39,7 % – 1967 nur Wehrdienst: 24 % – 1963 nur Wehrdienst: 12 %).

Nach der Ableistung eines Sozialen Jahres gefragt, gaben nur 0,8 % der Studentinnen hierauf eine bejahende Antwort.

Hatte 1967 noch jeder fünfte Student seinen Vater verloren, so sank diese Zahl 1973 auf 14 %, sie liegt jetzt bei 13 %. Wie 1973 stehen 68 % der Väter, fast immer voll, im Erwerbsleben. Der Anteil der Väter, die eine Rente beziehen, hat auf 20 % (1973: 17 %) zugenommen.

Fachhochschulen:

Die Studenten an Fachhochschulen unterscheiden sich in vielen Punkten kaum von den Studenten an Universitäten. Der Anteil der Verheirateten liegt fast gleich hoch, ebenso die Zahl der Geschwister, die Quote der Wehr- oder Ersatzdienstleistenden, die Wartezeit zwischen dem Erwerb der Berechtigung zum Studium und dem Studienbeginn, der Anteil der Studienunterbrecher, der Halbwaisen unter den Studenten, der Anteil der Väter, die voll im Beruf stehen u.a.m.

Der Anteil der Frauen ist an den Fachhochschulen in den letzten drei Jahren zwar auch von 14 auf nunmehr 18 % gestiegen, er liegt dennoch weit unter dem entsprechenden Anteil an den Universitäten mit 33 %. Es gibt an den Fachhochschulen auch weniger ältere Studenten, nur 19 % haben das 26. Lebensjahr erreicht oder überschritten (Universitäten: 30 %).

Pädagogische Hochschulen (PH)

Bemerkenswert ist, daß die Gruppe der Studenten mit einem Lebensalter von 19 bis 21 Jahren an den Pädagogischen Hochschulen mit 29 % stark repräsentiert ist, ebenso aber auch die Gruppe der 30jährigen und Älteren mit 16 % (Universitäten: 22 und 8 %). Das liegt daran, daß jeder fünfte Lehrerstudent an diesen Hochschulen die Studienberechtigung über eine Sonderprüfung erworben hat (21 % gegen 0,6 % an Universitäten). Das höhere Lebensalter wirkt in dem Anteil von 30 % Verheirateten in den oben genannten Hochschulen weiter, jeder dritte Verheiratete ist 7 Jahre und länger Ehepartner. 60 % der Verheirateten haben Kinder, jedes dritte Kind ist schon im schulpflichtigen Alter.

Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAFöG):

Universitäten:

Antworteten 1973 noch 39 % der Empfänger einer Ausbildungsbeihilfe nach dem BAFöG, daß sie ihr Studium so gut wie ausschließlich aus öffentlichen Mitteln finanzieren könnten, so sank diese Quote 1976 auf 30 % ab. Daraus erklärt sich der höhere Anteil der Geförderten, die eine Verdienstmöglichkeit suchten, und auch ihre höhere Verschuldung ...

Der Anteil der nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz Geförderten ist insgesamt gesunken. Die Freibeträge des BAFöG für die Eltern sind seit zwei Jahren nicht mehr erhöht worden. Gleichzeitig wiesen die für die Errechnung der Ausbildungsförderung maßgebenden Einkommen der Jahre 1973 und 1974 erhebliche Steigerungsraten auf. Die Maßnahmen des Haushaltsstrukturgesetzes schlagen sich in den vorliegenden Zahlen noch nicht nieder ...

Die Zahl der Geschwister ist bei den Geförderten nur unwesentlich höher als bei der Gesamtheit der Studenten. Gleiches gilt für die Quote der Geschwister, die noch von den Eltern unterhalten werden. 18 % der Gesamtheit haben drei und mehr Geschwister, von den Geförderten sind es 22 %. 6 % der Eltern von Studenten haben noch 3 und mehr Geschwister zu unterhalten, bei den Geförderten sind es 9 %.

Fachhochschulen:

Einen objektiven Hinweis auf die wirtschaftliche Lage der Familien von Studenten gibt die Quote der nach dem BAFöG geförderten Studenten. Sie liegt an den Fachhochschulen mit 62,6 % (1973: 63 %) weit über der entsprechenden Quote an den Universitäten mit 38,2 %.

Finanzierung aus Lohn der Eltern bzw. des Ehegatten / aus Vermögen und Besitz:

Universitäten:

Die Leistungen der Eltern an ihre studierenden Kinder haben sich erhöht. Zahlten 1973 noch 33 % der Eltern nichts, so sank diese Quote 1976 auf rund 30 %. Rund jeder vierte Student erhält von daheim höchstens DM 200 monatlich (1973: jeder fünfte). Nur 5 % der Eltern können mit 600 DM und mehr das Studium ihrer Kinder sicherstellen.

Fachhochschulen:

Der schlechteren wirtschaftlichen Lage der Familien der Fachhochschulstudenten entspricht, daß fast 40 % dieser Studenten von daheim keine Barmittel erhalten (Universitäten: 29 %). Nur 4 % der Väter unterstützen ihre Kinder während des Studiums derzeit mit 500 DM monatlich und mehr (Universitäten: 12 %).

Pädagogische Hochschulen:

Von den verheirateten Studentinnen haben 78 %, von den verheirateten Studenten 50 % einen Ehegatten, der voll im Beruf steht. Dies wirkt sich bei der großen Quote der Eheleute naturgemäß auf die wirtschaftliche Lage der Gesamtstudentenschaft aus. 49 % aller Befragten erhielten eine Unterstützung nach dem BAFöG (Universitäten: 39 %), fast die Hälfte muß ohne Bargeld von den Eltern auskommen (45 %).

So sind es an den Pädagogischen Hochschulen an der Finanzierung des Studiums Dritte, das heißt fast immer die Ehepartner mit 21 % beteiligt (Universitäten: 14 %). Auch die Hilfe der öffentlichen Hand ist recht erheblich; denn fast jeder Zweite erklärt, daß durch sie das Studium wesentlich finanziert wird (Universitäten: 39 %). Das Elternhaus tritt dementsprechend zurück mit nur 42 % (Universitäten: 57 %). Auch die Werkarbeit ist hier weniger ausgeprägt (22 % gegen 30 % an Universitäten).

Finanzierung durch Lohnarbeit der Studenten:

Universitäten:

Eine wesentliche Finanzierungsquelle ist bei mangelnden Zuschüssen der Eltern oder zu geringen Förderungsmitteln die Werkarbeit. Hier machte sich im Jahre 1976 gerade die Arbeitsmarkt für Studenten die Konjunkturflaute stark bemerkbar. Wenn in den Semesterferien im Februar und März 1976 *weniger* Studenten erwerbstätig waren als im Vergleichszeitraum 1973, nämlich ‚nur' 44 % gegen 55 %, so ist das nicht auf eine bessere finanzielle Situation der Studenten zurückzuführen. 26 % der Befragten gaben dagegen an, daß sie in diesem Zeitraum zwar arbeiten wollten, aber keine Tätigkeit (15 %) gefunden hatten oder weniger verdient als wünschten (11 %). Jeder dritte Student, der nach dem BAFöG gefördert wurde, bemühte sich um eine Arbeitsstelle, fand aber keine oder zu wenig Arbeit.

Fachhochschulen:

38 % der Besucher von Fachhochschulen hatten im Frühjahr 1976 Arbeit gesucht, aber keine Stelle gefunden (27 %) oder weniger verdient als beabsichtigt (11 %).

Schmidt ist beim BAFöG für eine Darlehensregelung. Die Studenten sollen ein paar Pfennig mehr für die Vernutzung ihrer Arbeitskraft gezahlt bekommen, aber hernach alles zurückzahlen müssen. Das gibt dieser Fürst der Scheinheiligkeit als Verbesserung aus.

Verschuldung:

Universitäten:

Auf die Frage, ob sie während der letzten 12 Monate haben Schulden machen müssen, die noch nicht zurückgezahlt werden konnten (ausgenommen waren ausdrücklich die Darlehen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz), antworteten 13 % der Befragten, daß sie solche Schulden hätten, zumeist bei Verwandten (5,4 %), bei Freunden oder Bekannten (4 %), bei sonstigen Stellen (2,9 %). Daraus, daß nur jeder zweihundertste Student das Studentenwerk als Gläubiger angab, folgt, daß die Studentenwerke offensichtlich ungenügend ausgestattet sind, um in Krisensituationen wenigstens durch Darlehen die nötige Hilfe leisten zu können. Die Verschuldung außerhalb der zwangsläufig gewährten Darlehen ist bei den nach dem BAFöG Geförderten noch höher als in der Gesamtheit, nämlich 14,3 %. Am höchsten ist sie bei denen, die zu wenig Arbeit fanden, mit 25,5 % ...

Auf die Frage, ob sie ein Darlehen aufnehmen würden, um wirtschaftlichen Schwierigkeiten entgehen zu können, antworteten nur 26 %, daß sie diese Frage nicht beträfe.

Aus dem allgemeinen Fragebogen ergibt sich, daß jeder achte Student bei Verwandten, Freunden oder Bekannten Schulden hatte, die er noch nicht zurückzahlen konnte. Auf die Frage, wofür sie mehr Geld ausgeben würden, wenn das möglich wäre, antworteten 46 %: für Lehrbücher, 40 %: für Kleidung und Wäsche, 32 %: für die Ernährung.

Fachhochschulen:

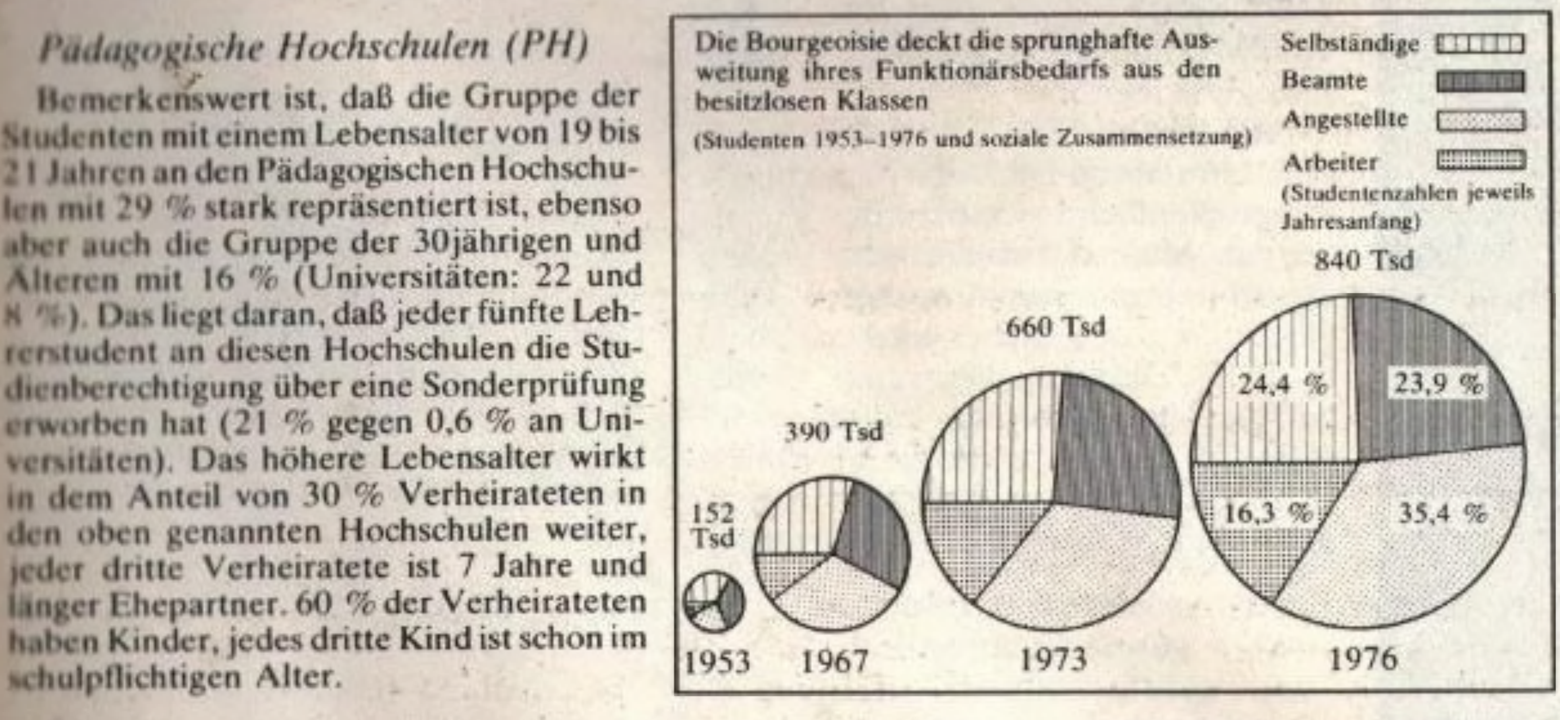
Die derzeit nicht ausreichenden Förderungshöchstbeträge bewirken bei mangelndem Rückhalt im Elternhause, daß fast jeder fünfte Fachhochschulstudent am Ende des Sommersemesters 1976 Schulden bei Freunden, Bekannten oder Verwandten hatte, die er nicht zurückzahlen konnte (18,8 % gegen 12,9 % an Universitäten).

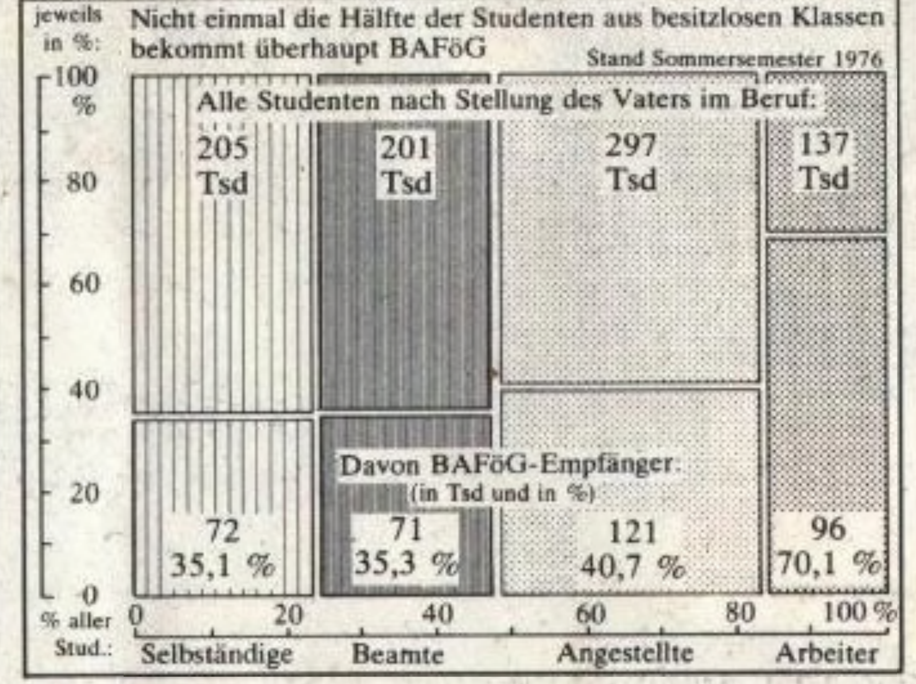
Wohnung / Verkehrsmittel:

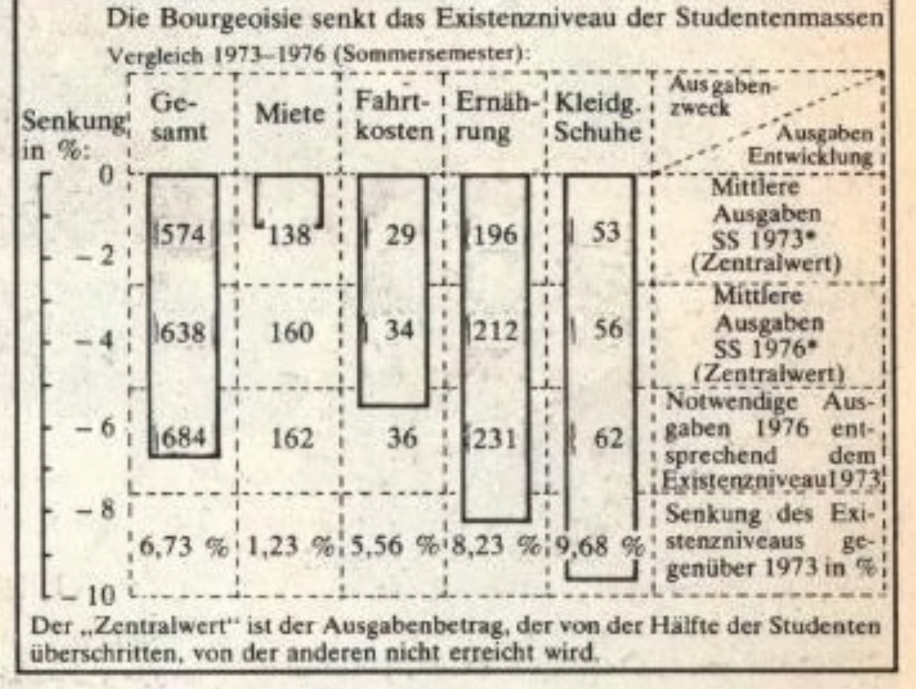
Universitäten:

Konnten 1973 noch 46 % aller Befragten mit einer Zimmermiete von DM 120 und weniger im Monat rechnen, so ging dieser Anteil bis zum Sommer 1976 auf 21 % zurück. Eine Miete von mehr als DM 170 monatlich zahlten 1973 nur 12 %, jetzt sind es 28 % ...

1976 gaben 79 % der Befragten an, daß sie in der Hochschulstadt wohnten, 1973 waren es nur 75 %. Wie weit hier Gebietsreformen auf die Antworten einwirkten, läßt sich nicht beurteilen. Der Zeitaufwand für den täglichen Weg zur Hochschule hat sich gegenüber 1973 nicht wesentlich verändert, er ist bei der Spanne von 45 Minuten und mehr leicht zurückgegangen (11,3 % gegen 12,4 % 1973). – Auch die Art der Verkehrsmittel, die Studenten auf dem Weg zur Hochschule benutzen, hat sich kaum verschoben. 26 % der Befragten erreichen die Hochschule zu Fuß oder mit dem Fahrrad (1973: 24 %), 39 % mit dem eigenen Auto (1973: 40 %), 28 % mit öffentlichen Verkehrsmitteln (1973: 29 %), dabei ist besonders der Anteil der Bahnbenutzer zurückgegangen, das sind in der Regel die Studenten mit den längsten Anfahrtswegen. Konnten 1973 noch 30 % der Befragten mit Fahrkosten bis zu DM 20 im Monat rechnen, sind es jetzt nur 24 %, jeder fünfte Student wendet dagegen DM 60 und mehr auf (1973: 14 %)."







Ein (un)verschämtes Angebot

Das Deutsche Studentenwerk hat knapp vor Weihnachten einen Bericht über die wirtschaftliche Lage der Studenten veröffentlicht. Wir dokumentieren diesen Bericht ausführlich; nicht etwa, weil er besonders viel Wahres enthielte. Das Studentenwerk befindet sich unter gesetzlicher Kontrolle des Staates. Vielleicht grad deswegen zeigt dieser – der Übertreibung völlig unverdächtige – Bericht, wohin die herrschende Kapitalistenklasse das Lebensniveau von besitzlosen Massen drückt, wenn und solange sie sich's gefallen lassen.

Schon ein flüchtiger Blick auf das Material zeigt: Die wirtschaftliche Lage der Studenten ist bloß haltbar, weil das Studium bloß ein Ausbildungsstadium, ein Durchgangsstadium zu späterem Verkauf der Arbeitskraft darstellt. Da die Studenten durchschnittlich jung sind, tragen ihre Familien zu ihrem Unterhalt bei; da die Studenten relativ gesund sind, vermögen sie sowohl sich durch Doppelarbeit, Zusatzarbeit zur Ausbildung Geld zu verschaffen, wie sie auch anerkannt schlecht essen können; freilich sind sie hernach nicht mehr gesund.

Die kapitalistische Krisenwirtschaft fesselt die größte Produktivkraft der Gesellschaft, den Arbeiter. Sie macht die Arbeiter überschüssig, arbeitslos. Gegenwärtig macht die kapitalistische Wirtschaft sogar einen sehr großen Teil der jugendlichen Arbeitskräfte überschüssig, arbeitslos.

Praktisch gesehen haben die Studenten gar nicht die Möglichkeit, den schlechten Studienbedingungen auszuweichen, indem sie etwa das Studium abbrechen, sie wären hernach allermeist bloß arbeitslos. Außerdem, warum sollten sie auch ihre Ausbildung abbrechen wollen?

Das ist der Hauptgrund, warum die herrschende Kapitalistenklasse, die die Arbeitskraft von Jugendlichen an den Universitäten zu Ausbildungszwecken vernutzt, die Lage der Studenten so sehr ins Erbärmliche drücken konnte.

Daß die Studenten nicht das Recht haben, durch freie tarifliche Vereinbarung eine Bezahlung ihrer vernutzten Arbeitskraft zu erzwingen, ändert natürlich nichts daran, daß die Studenten essen, wohnen, sich kleiden müssen. Infolgedessen strebt zwar die Kapitalistenklasse an, die Studenten nicht auf, sondern *unter* Hungersold zu setzen, aber die Studenten kämpfen auch dagegen.

Sie kämpfen um Ausbildungsentgelt, um Rechte während dieser Ausbildung. Die Kämpfe der Studenten im letzten Jahr, besonders aber im vergangenen Herbst waren wirklich beeindruckend. Allerdings sind die Studenten in der Durchsetzung ihrer Interessen nicht nur durch unterdrückerische Gesetze gehemmt. Diese ließen sich im einheitlichen Kampf wohl wegputzen. Die Studenten sind durch politische Spaltung an dem einheitlichen Kampf gehindert. Das ist gegenwärtig keine Ausnahme.

Die Studenten trifft aber die politische Spaltung, die Herrschaft des Opportunismus über ihre Bewegung, um so härter, weil es keine Tradition, eine generationenlange praktische Erfahrung von dem Erfordernis der Einheit im Kampf um wirtschaftliche Interessen dort nicht gibt.

Es ist noch gar nicht lange her, da war Hochschulausbildung vorwiegend Ausbildung von reichen Nichtstuern, Bourgeois, zu Nichtstuern. Damals gab es auch nur ziemlich wenige Studenten. 1920 gab es 120 000 Studenten. Heute sind es über 800 000, und diese mehr als 800 000 werden ganz überwiegend zu Lohnarbeitern für die Bourgeois ausgebildet. Bis sich eine solche Umwälzung als praktische Erfahrung von Hunderttausenden wirklich auswirkt, verginge schon eine gewisse Zeit, besonders, wenn bürgerliche Politiker verschiedener Schattierung das mit aller Kraft verhindern wollen.

Trotzdem die Lage also ziemlich schwierig ist, haben die Kämpfe der Studenten, die ja wie gesagt auch wirklich beeindruckend waren, bereits hingegangen, um die Regierung zu Überlegungen zu zwingen.

Auf der Pressekonferenz, auf der der Bericht der Studentenwerke vorgelegt wurde, befand sich ein Vertreter des Ministeriums für Bildung und Wissenschaften. Er bezweifelte, daß das Unterhaltsminimum für Studenten tatsächlich bei den 638 DM liege, die das Studentenwerk ausgerechnet hat. Über die Forderungen nach Erhöhung des Elternfreibetrages sei ihm nichts bekannt.

Dann druckste er etwas herum und ließ heraus, daß die Regierung ‚gleich im Januar' diese Frage beraten würde, am 20. Januar käme die Frage zur Erörterung in die Bund-Länder-Kommission, überhaupt müsse das alles ins Parlament.

Auf deutsch, sie wollen ausbaldowern, wie man die Studenten übers Ohr hauen kann. Es wurde angedeutet, daß wohl irgendwie etwas angehoben würde. Um *wieviel* „angehoben" würde, und vor allem *wann* „angehoben" würde, hat man nichts gehört.

Der anwesende Vertreter der VDS, also der über 800 000 zusammengeschlossenen Studenten, hat sich noch nicht mal vorgestellt. Dieser Dunkelmann benutzte die Gelegenheit ausschließlich, um sich bei dem Vertreter des Ministeriums für vertrauliche Gespräche über die Lage der Studenten anzuschmieren.

Daß der Vertreter des Ministeriums diesen Vertreter von über 800 000 Studenten behandelt hat wie eine lästige Fliege, macht hinsichtlich des Vertreters nichts aus.

Aber schließlich sind es doch die Interessen von Hunderttausenden Studenten, die bei solchen Gelegenheiten verspottet werden.

Es liegt auf der Hand, daß die Geheimverhandlungen, die jetzt innerhalb der Regierung über Betrugsmanöver an den Studenten geführt werden, platzen müßten, wenn es den Studenten gelänge, auch gegen den Willen der Opportunisten, die gegenwärtig die VDS beherrschen, eine außerordentliche Mitgliederversammlung zu erzwingen, die einheitliche Urabstimmung und einheitlichen Streik beschließen muß.

Da hätten dann „Bund-Länder-Kommission", „Parlament", „Kabinett", „Kultusministerkonferenz", und wie sie alle heißen, die mit dem Betrug an den und der Unterdrückung der Studenten befaßt sind, ordentlich was zu beißen.

Vielleicht wäre es dann unmöglich, daß ein „Vertreter" der Studenten unter der Türritze zu einem vertraulichen Gespräch mit dem Minister schlüpft, aber wäre das denn schade? – (mf)

Die materielle Basis der Diktatur des Proletariats sichern!

Auf Einladung des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas hat in Peking die zweite Landeskonferenz für das Lernen von Dadschai stattgefunden. Kurz vor dieser Konferenz hat ein Treffen stattgefunden zur Vorbereitung einer Landeskonferenz zum Lernen von Datjing. Es wurde beschlossen, diese Konferenz noch vor dem 1. Mai 1977 einzuberufen und durchzuführen.

Dadschai ist eine Produktionsbrigade in der Gebirgslandschaft der nordchinesischen Provinz Schansi. 1964 hat der Vorsitzende Mao einen Aufruf an das chinesische Volk gerichtet: „Lernt in der Landwirtschaft von Dadschai!“ Was hat diese Produktionsbrigade zum Vorbild werden lassen für das ganze chinesische Volk? Ihr Vorbild besteht darin, daß sie in allen Windungen und Wendungen des Klassenkampfes an der Weisung „Die Revolution anpacken, die Produktion fördern!“ festgehalten und nach der Bodenreform und der Vergenossenschaftlichung der Landwirtschaft die nächste große revolutionäre Aufgabe der Revolution in der Landwirtschaft führend in Angriff genommen hat: die Mechanisierung der Landwirtschaft und die Verbindung der Landwirtschaft mit der Industrie.

Ebenfalls 1964 hat der Vorsitzende Mao dazu aufgerufen: „Lernt in der Industrie von Datjing!“. Datjing ist ein Erdölfeld. Die Arbeiter haben es 1960 zu erschließen begonnen. Im Vertrauen auf die eigene Kraft und voller Verachtung kapitalistischer Expertenmeinungen haben sie in weniger als drei Jahren ein erstklassiges Erdölfeld angelegt und mit der Entfaltung der Revolution Jahr für Jahr die Produktion gesteigert. Von vornherein haben die Erdölarbeiter von Datjing den Aufbau des Erdölfeldes mit dem Aufbau der Landwirtschaft verbunden, um sich selber versorgen zu können.

Dadschai und Datjing sind Vorbilder beim Aufbau des Sozialismus, weil sie stets den Klassenkampf an die erste Stelle gesetzt haben und so große Erfolge erzielt haben im Produktionskampf.

Bereits im September 1975 hatte eine erste Landeskonferenz zum Lernen von Dadschai stattgefunden. Der jetzige Vorsitzende des Zentralkomitees Hua Guo-feng hat auf dieser Konferenz im Auftrag des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas den zusammenfassenden Bericht gehalten. „Kreise vom Typ Dadschai aufbauen bedeutet, jeden Kreis im Land zu einer Kampffestung zu machen, die an der proletarischen revolutionären Linie des Vorsitzenden Mao, am sozialistischen Weg festhält. Auf diese Weise werden die Leitungsorgane aller Ebenen im Land weiter revolutioniert werden. Die Kader und Mitglieder unserer Partei und die Volksmassen werden ihr Verständnis für den Marxismus, den Leninismus, die Maotsetungideen erheblich vertiefen. Unsere Diktatur des Proletariats und das sozialistische System werden sich so weiter festigen und entwickeln. Und wir werden noch größere Kraft für die Zerschlagung jeder Art Angriffe jeglicher Feinde besitzen.“

Auf dieser Konferenz gab es Kampf, und durch die zweite Landeskonferenz zum Lernen von Dadschai sind viele Tatsachen und der Inhalt dieses Kampfes, wie er sich nach dieser Konferenz weiterentwickelte, besser bekannt geworden. Die Landwirtschaft ist die Grundlage beim Aufbau des Sozialismus. Die Industrie ist der führende Faktor. Ob die Arbeiterklasse das Bündnis mit den Bauern festigen kann, das entscheidet über den Aufbau des Sozialismus. Hua Guo-feng hat im Oktober auf der ersten Landeskonferenz zum Lernen von Dadschai gesagt:

„Von Dadschai lernen und Kreise vom Typ Dadschai aufbauen ist eine große revolutionäre Massenbewegung zur Weiterführung der Revolution unter der Diktatur des Proletariats und zum Aufbau der sozialistischen Landwirtschaft nach dem Prinzip ‚mehr, schneller, besser und wirtschaftlicher‘. Sie ist eine weitere große revolutionäre Bewegung auf dem Land, von ähnlicher Bedeutung wie die Bodenreform, die Vergenossenschaftlichung der Landwirtschaft und die Bildung der Volkskommunen. Die ganze Partei, vom Zentralkomitee bis hin zu den Parteikomitees auf Provinz-, Bezirks- und Kreisebene, muß diese Bewegung tatsächlich anleiten, eine einheitliche Führung ausüben und alle Mitglieder der Partei erziehen, gegen alle falschen Aktivitäten und falschen Ideen zu kämpfen, die diese Bewegung behindern oder stören. Sie muß außerdem alle Bereiche und Abteilungen organisieren für den Sieg in dieser Bewegung.“ Genau des Gegenteil hat die Gruppe Wang Hung-wen, Dschang Tschun-tjiao, Djiang Tjing und Yao Wen-yüan gemacht. Sie hat alles getan, um diese Bewegung zu sabotieren. Das fing damit an, daß sie versuchte, anstelle des Berichts, den Hua Guo-feng seitens des Zentralkomitees gehalten hatte, eine Rede Djiang Tjings zu verbreiten, die auf der Konferenz kritisiert worden war. Yao Wen-yüan weigerte sich, den Bericht im theoretischen Organ zu veröffentlichen. Auf der anderen Seite wurden die Ergebnisse der Konferenz in vielen Provinzen von den Massen mit großem Enthusiasmus aufgenommen, und wo die Partei die Massen für diese Bewegung mobilisierte, wurden im letzten Jahr bereits große Erfolge erzielt. So berichtete der Sekretär des Parteikomitees der Provinz Kiangsu auf der jetzigen Konferenz: „Im Laufe des vergangenen Jahres haben die Arbeiten zur Bodenverbesserung einen nicht gekannten Umfang angenommen. Vom letzten Winter bis zum Frühjahr sind 2,3 Milliarden Kubikmeter Erde bewegt worden – zweimal so viel als das vorausgegangene Jahr. Würde man mit dieser Erde eine Mauer von einem Meter Höhe und einem Meter Breite bauen, so würde diese Mauer 57mal den Erdumfang am Äquator umspannen. Die von den Volkskommunen, den Produktionsbrigaden und Produktionsgruppen betriebenen Fabriken haben dieses Jahr einen neuen Aufschwung genommen. Der Wert ihrer Produktion hat sich gegenüber dem vergangenen Jahr um ungefähr 30 Prozent erhöht. Diese Industriebereiche haben mehr Maschinen an die Landwirtschaft geliefert. Die landwirtschaftliche Produktion konnte ein allgemeines Wachstum verzeichnen: Wir haben in der Getreideproduktion, in der Seideproduktion, in der Schweinezucht, beim Fischfang und bei der Zucht von Seidenraupen alle Rekorde geschlagen. 24 Kreise haben ihre Getreideproduktion von 25 000 Tonnen auf 50 000 Tonnen erhöht.

Die Bewegung für die Schaffung von Kreisen des Typs Dadschai hat sich in Kiangsu in einem erbitterten Klassenkampf, einem erbitterten Kampf der zwei Wege und der zwei Linien entwickelt. Der Viererbande – Wang, Dschang, Djiang, Yao – war jedes Mittel recht, um die Bewegung zu stören. Diese Sabotage war Teil ihrer Verschwörung zur Machtergreifung in Partei und Staat und zur Restauration des Kapitalismus. Die Kader und die Massen, die ohne Schwanken auf dem Weg von Dadschai vorwärtsschreiten, haben ihren Kampf auf diese Sabotageversuche konzentriert.“



Genosse Hua Guo-feng, Vorsitzender des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas, auf der zweiten Landeskonferenz zum Lernen von Dadschai.

Den Bericht des Zentralkomitees auf der zweiten Landeskonferenz zum Lernen von Dadschai hat Tschen Yung-gui gehalten. Tschen Yung-gui, der vor der Revolution selber 20 Jahre als Knecht bei einem Grundbesitzer ausgebeutet wurde, ist früherer Sekretär der Parteizelle von Dadschai, Mitglied des Politbüros des Zentralkomitees und Stellvertretender Ministerpräsident. In seinem Bericht hat er entlarvt, wie diese Sabotage unter dem Deckmantel der Kritik der Theorie der Produktivkräfte betrieben wurde: „Die ‚Viererbande‘ hat einem nach dem anderen, wie es ihr gerade paßte, die ‚Theorie der Produktivkräfte‘ angedichtet. ‚Die Metaphysik tobt sich aus‘: Sie stellten die Politik der Ökonomie diametral gegenüber, die Revolution der Produktion, die Produktionsverhältnisse den Produktivkräften, den Überbau der ökonomischen Basis, lauter Absurditäten, die dem Marxismus-Leninismus und den Maotsetungideen völlig widersprechen. Die Revolution anpacken und die Produktion fördern oder die ‚Theorie der Produktivkräfte‘ praktizieren ist ein Kriterium, das erlaubt, die Entwicklung der Produktivkräfte auf den Sozialismus auszurichten oder auf den Kapitalismus, d.h. seinen Weg zu wählen. Wir kritisieren gerade die falsche Linie von denen, die dem Klassenkampf, der Politik keine Aufmerksamkeit gewähren und nicht den Weg zum Sozialismus einschlagen. Aber wir kritisieren niemals die Produktion, die für den Aufbau des Sozialismus günstig ist.“



Das frühere, alte Dadschai war eine felsige, hügelige Gegend mit armem Boden und reißendem Wildwasser. Nach Einführung der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaft im Jahr 1953 beschloß die Parteizelle, die Bauern bei der Neuschaffung der Natur zu leiten, und arbeitete dann gemeinsam mit den Bauern einen Zehnjahresplan dafür aus. Sekretär der Parteizelle war Genosse Tschen Yung-gui (Bildmitte), Mitglied des Politbüros des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas und stellvertretender Ministerpräsident.

Die Theorie der Produktivkräfte kritisieren und unter dem Vorwand der Kritik der Theorie der Produktivkräfte die Entfaltung der Produktivkräfte und der Produktion kritisieren, das sind zwei Paar Stiefel. Wer die Revolution gegen die Produktion ausspielt, der will die Produktion stören, um die Revolution zu unterdrücken und die Restauration des Kapitalismus zu betreiben. Die bürgerliche Presse jammert herum, in der Volksrepublik China sei die „Linke“ entmachtet worden. Seit wann jammert die bürgerliche Presse, wenn der Revolution ein Schlag versetzt worden ist? Sie jammert, weil der Konterrevolution ein Schlag versetzt worden ist, und will bloß Verwirrung stiften. Sie will die Unsicherheit über den Charakter des Kampfes unter den Massen schüren, um die Volksrepublik China von der internationalen Arbeiterklasse zu isolieren und die Massen von diesem großen Vorbild für die proletarische Revolution und den Aufbau des Sozialismus zu isolieren.

Auf der zweiten Landeskonferenz zum Lernen von Dadschai ist ein bisher unveröffentlichter Bericht des Vorsitzenden Mao „Über die zehn großen Beziehungen“ vom 25. April 1956 studiert worden. Sicher wird er alsbald auch ins Deutsche übersetzt. Vorsitzender Hua Guo-fang hat in seiner Rede auf der Konferenz die Veröffentlichung des fünften Bandes der Ausgewählten Werke Mao Tsetungs angekündigt. Sie werden im nächsten halben Jahr erscheinen. Vorsitzender Hua Guo-feng hat in seiner Rede auf die Notwendigkeit einer tiefgehenden Kampagne zur Berichtigung der Auswirkungen der Politik der „Viererbande“ auf ideologischem, politischem und organisatorischem Gebiet hingewiesen. Das Studium des fünften Bandes der Ausgewählten Werke durch die breiten Volksmassen wird dieser Bewegung großen Schwung verleihen. Er hat festgestellt:

„Der Imperialismus und vor allem der Sozialimperialismus haben ihre Hoffnung auf schwere Unruhen gesetzt, die in ihrer Meinung nach dem Tod von Vorsitzendem Mao ausbrechen würden. Ihre Hoffnungen sind enttäuscht worden. Gleichermaßen haben sie sich Illusionen gemacht, daß eine Kraft auftauchen würde, um die Linie und die Ausrichtung, die Vorsitzender Mao für uns festgelegt hat, zu ändern. Diese Illusion hat sich ebenfalls zerschlagen.“ (Zitate nach: Hsinhua)

In der Volksrepublik China verteidigt das Proletariat seine Diktatur, sichert die materielle Basis dieser Diktatur, indem es die Produktivkräfte entfesselt, und schreitet weiter beim Aufbau des Sozialismus voran. Die Revolution anpacken und die Produktion fördern, bleibt dabei die Richtlinie. – (gs)



Dadschais Bauern führen die revolutionäre Tradition harter Arbeit weiter und betonen: „Bei der Bekämpfung des Revisionismus dürfen wir die Tragstange nicht an den Nagel hängen, sondern müssen sie benutzen bis zur kommenden kommunistischen Gesellschaft.“ (Bilder aus: Dadschai – Vorbild für die Landwirtschaft in China; Verlag für fremdsprachige Literatur, Peking. Zu beziehen über: Buchvertrieb Hager GmbH, Postfach 5129, 6800 Mannheim)